

## Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Südosteuropa

Wettig, Gerhard (Ed.)

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerk / collection

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wettig, G. (Hrsg.). (1995). *Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Südosteuropa* (Sonderveröffentlichung / BIOst, Mai 1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-44294>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder. © 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet. Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon

0221/5747-0,

Telefax

0221/5747-110

ISSN 0435-7183

## Inhalt

Seite

Kurzfassung	
.....	
6	
Einführung	
.....	
8	
Albanien	
.....	
11	
Die außenpolitischen Wendungen.....	11
Akute Bedrohung und nationale Frage.....	12
Gegenwärtige Sicherheitspolitik und Militärdoktrin.....	14
Bulgarien	
.....	
18	
Bulgariens Außenpolitik seit Ende des Kalten Krieges.....	18
Innenpolitische Kontroversen um Bulgariens nationale Sicherheit.....	19
Bulgariens regionale Sicherheitsinteressen auf dem Balkan.....	21
Bedrohungsvorstellungen zur inneren Sicherheit.....	24
Griechenland	
.....	
27	
Nationaler Konsens in der Sicherheitspolitik.....	27
Wende von 1989/90: traditionelle "multidimensionale" Politik in Frage gestellt.....	28
Die Makedonien-Frage - ein Sicherheitsrisiko für Griechenland?.....	29
Weitere Konfliktpotentiale auf dem Balkan.....	30
Die Türkei für Griechenland auch weiterhin der Hauptwidersacher.....	31

Noch keine Antworten auf die neuen Herausforderungen.....	32
Kroatien	
.....	
33	
Apokalyptische Bedrohung durch Großserbien.....	33
Zwiespältige Haltung gegenüber den Moslems in Bosnien.....	34
Serbische Siedlungsgebiete und Territorialansprüche in Kroatien.....	36
Die Serben in Kroatien - Belgrads 5. Kolonne ?.....	36
Regionalismus contra Zentralismus.....	37
Kroatien - Bollwerk des Westens?.....	38
Makedonien	
.....	
38	
Bedrohte Integrität und Identität.....	38
Störfaktor Griechenland.....	39
Bulgarien - Makedoniens Pate?.....	39
Hauptgefahrenherd Serbien.....	40
Der albanische Faktor.....	41
Die innere Situation.....	42
Äußere Sicherheit.....	42
Rumänien	
.....	
43	
Bedrohungsszenarien und Sicherheitskonzepte.....	43
Rumänien: Option für die NATO.....	45
Diplomatische Kontakte, operative Zusammenarbeit.....	46
NATO-Stützpunkte in Rumänien?.....	47
Rumänien, Rußland und die NATO.....	48
Die Reform der Streitkräfte hat begonnen.....	50
Zweitklassig in die NATO?.....	52
Die rumänische Reaktion auf den Brüsseler NATO-Gipfel.....	55
Serbien	

.....  
57

Bedrohte Serben?.....	57
Bedrohte Nationalitäten.....	59
Mangelndes Bedrohungsgefühl.....	60
Freunde und Feinde.....	61
Dissidenten und Kritiker.....	62

Summary

.....  
64

24. April 1995

## **Hinweise zur Person der Autoren**

Heinz-Jürgen Axt:

Professor an der Technischen Universität Berlin und externer Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik in Ebenhausen.

Anneli Ute Gabanyi:

Wissenschaftliche Referentin am Südost-Institut in München.

Hans-Joachim Hoppe:

Fachbereichsleiter an der VHS Köln und Lehrbeauftragter für osteuropäische Geschichte an der Universität Köln.

Sabine Riedel:

Wissenschaftliche Referentin am Südost-Institut in München.

Gerhard Wettig:

Leiter des Forschungsbereichs Außen- und Sicherheitspolitik der osteuropäischen Länder am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien.

**Gerhard Wettig (Hrsg.)**

## **Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Südosteuropa**

**Sonderveröffentlichung des BIOst 1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

In den internationalen Beziehungen ist es entscheidend wichtig, in welchem Ausmaß, in welcher Weise und von welcher Seite sich die staatlichen Akteure bedroht sehen. Diese Bedrohungsvorstellungen wiederum hängen weithin davon ab, wie die jeweiligen Akteure ihre Sicherheit definieren, d.h. was sie als für ihre Existenz unverzichtbar und damit als unbedingt schützenswert ansehen. Aus den Bedrohungsvorstellungen einerseits und den Sicherheitsvorstellungen andererseits folgt, welche Bemühungen dann zur Gewährleistung der äußeren Sicherheit des betreffenden Landes für notwendig gehalten werden. Dabei geht es nicht allein um militärische Maßnahmen und beistandverheißende Bündnisse, sondern ebenso um allgemein-politische, wirtschaftliche, ökologische und andere Vorkehrungen. Über alle diese Fragen bestehen vielfach Auffassungsunterschiede oder zumindest Auffassungsnuancen bei den verschiedenen politischen Kräften in dem jeweils betrachteten Land. Diese müssen dementsprechend auch in das jeweilige Bild eingehen. Das sind wesentliche Überlegungen, die den Kurzstudien über die Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen auf dem Balkan in dem hier vorgelegten Sammelband zugrunde liegen.

#### *Ergebnisse*

1. Die serbischen Aggressionskriege im früheren Jugoslawien haben sowohl in den aktuell bedrohten Ländern Kroatien und Bosnien-Herzegowina als auch in der weiteren Region, namentlich in Makedonien, vielfältige Bedrohungsvorstellungen hervorgerufen.
2. Paradoxerweise sieht man sich auch in Serbien bedroht. Der Grund dafür liegt im Hochspielen von tatsächlichen und fiktiven Gefahren, die mit dem eigenen Aggressionsverhalten zusammenhängen und zugleich zu dessen Rechtfertigung dienen.
3. Die Diskrepanz zwischen der Bedrohungsmacht, die Serbien gegenüber seinen Nachbarn bereithält bzw. einsetzt, und den Bedrohungsängsten, denen sich das Land von seiten anderer ausgesetzt erklärt, ist enorm groß: Gegenwärtig gibt es keinen Staat und keine Staatengruppe, die der serbischen Expansion entscheidenden Widerstand entgegensetzt.
4. Kroatien sieht sich in seinem Abwehrkampf gegen Serbien vom Westen nur unzureichend unterstützt. Nach Zagreber These sind die umstrittenen verschiedentlichen Bemühungen des kroatischen Präsidenten um ein Arrangement mit Belgrad hierauf zurückzuführen, doch läßt sich mit zumindest teilweiser Berechtigung der Standpunkt vertreten, daß die kroatische Schwäche

gegenüber dem serbischen Aggressor einen wesentlichen Grund auch in mangelnder kroatischer Solidarität gegenüber anderen Opfern der serbischen Aggression, insbesondere gegenüber den Muslimen in Bosnien-Herzegowina, hat.

5. Makedonien kann sich zwar bislang als "Oase des Friedens" und Modell eines multiethnischen Zusammenlebens präsentieren, ist sich aber der mit seiner exponierten und schwierigen Lage gegebenen Gefahren sehr bewußt. Der gegenwärtige Zustand erscheint als Folge vor allem der serbischen Konzentration auf andere Richtungen und der Präsenz von amerikanischen Militärbeobachtern.
6. Die rumänische Führung suchte nach dem Auseinanderbrechen des Warschauer Pakts zunächst Rückhalt und Schutz bei der damals noch existierenden Sowjetunion. Als auch das "innere Imperium" Moskaus zusammenbrach, das weithin rumänisch besiedelte Moldova eine prekäre Unabhängigkeit erlangte und zugleich das Verhältnis zum serbischen Nachbarn durch Ungewißheiten belastet wurde, galt zunächst manchen, dann den meisten Politikern in Bukarest eine Hinwendung zur NATO als Ausweg.
7. Nach der Ablösung des kommunistischen Regimes suchte sich Bulgarien von dem bisher gepflegten türkischen Feindbild zu lösen und auf Äquidistanz beruhende gute Beziehungen zu allen Nachbarn aufzubauen. Mittlerweile machen sich antitürkische und progriechische Tendenzen stärker bemerkbar, und zugleich halten maßgebliche politische Kräfte den Frieden ihres Landes von möglichen Auswirkungen sowohl der Athener als auch der Belgrader Politik für latent bedroht.
8. Albanien sieht sich, nachdem es sich des kommunistischen Regimes entledigt hat und aus seiner jahrzehntelangen Isolierung herausgetreten ist, mit einem höchst unruhigen und vielfach sogar bedrohlichen Umfeld konfrontiert. Zum Schutz davor sucht es Rückhalt im Westen.
9. Die auswärtigen Herausforderungen, denen Makedonien gegenübersteht, werden durch die feindselige griechische Haltung außerordentlich verschärft. Athen ließ es nicht damit genug sein, Skopje die Rechtmäßigkeit des Staatsnamens und damit seine Identität zu bestreiten und sich zugleich seiner internationalen Anerkennung entgegenzustellen; es ging auch so weit, die makedonische Wirtschaft durch die Verweigerung des Hafens Saloniki an den Rand einer Katastrophe zu treiben.
10. Griechenland hat sich durch seine weitreichenden nationalen Ambitionen in scharfen Gegensatz nicht nur zur Türkei, sondern auch zu Makedonien und Albanien gebracht und sucht die dadurch hervorgerufenen negativen Auswirkungen durch das Knüpfen von Banden zu "Feinden der Feinde" - vor allem zu Bulgarien (mit nur begrenztem Erfolg), zu Serbien und nach Möglichkeit auch zu Rußland - wettzumachen. Auch am griechischen Fall läßt sich verdeutlichen, wie Bedrohungsverhalten gegenüber anderen geeignet ist, eigene Bedrohungsvorstellungen nach sich zu ziehen.



## Einführung

von Gerhard Wettig

Die Balkan-Halbinsel ist in vielfacher Hinsicht eine zerklüftete Region. Kleinlandschaften, Kleinvölker und Kleinstaaten bestimmen das Bild. Die Menschen gehören zu den Völkerfamilien der Slawen, Griechen, Romanen, Albaner und Türken. Die geographischen Räume sind vielfach nicht homogen, sondern gemischt besiedelt. Auch im Blick auf die kulturelle Tradition bestehen große Unterschiede. Im Mittelalter gehörte die Balkan-Halbinsel zum ostkirchlich - also von Konstantinopel her - geprägten Teil Europas, wenn man von Kroatien und dem transsilvanischen Norden Rumäniens absieht - Gebieten, die eigentlich nicht zur balkanischen Region gehören, aber wegen der gegenwärtigen politischen und staatlichen Verhältnisse dazugerechnet werden. Die kulturelle Einheit des Balkans war schon im Mittelalter stellenweise durchbrochen, vor allem durch die bogumilische Häresie in Bosnien-Herzegowina und seit der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert auch durch die "fränkischen", d.h. römisch-katholischen Fremdherrschaften rings um die Ägäis. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts kam der Einbruch des islamisch geprägten Osmanischen Reiches hinzu, der mit dem Sieg über die Serben auf dem Kosovo Polje (Amselfeld) 1389 auf breiter Front einsetzte und zunächst vor allem die mittel- und ostbalkanische Region betraf. Die türkischen Osmanen wurden zu den Herren der gesamten Halbinsel nach dem Fall Konstantinopels 1453; nur das sehr kleine Berggebiet Montenegro konnte seine Unabhängigkeit mühsam behaupten. Der osmanischen Herrschaft folgten in vielen Gebieten - vor allem in Bosnien-Herzegowina (wo die Bogumilen die neue Religion annahmen), Makedonien und Albanien - Massenübertritte zum Islam. Die Konvertiten errangen einen privilegierten Status gegenüber der sonstigen, generell minderberechtigten Bevölkerung, die bei der orthodoxen Kirche blieb. Soweit sich der Islam nicht durchsetzte, breitete sich in der nachfolgenden Zeit allmählich eine wirtschaftliche, kulturelle und sprachliche Hegemonie der Griechen aus, die erst im 19. Jahrhundert als Folge von "nationalen Wiedergeburten" der balkanischen Völker beseitigt wurde.

Mit der gescheiterten osmanischen Belagerung Wiens 1683 setzte eine Trendwende ein. Österreich drang tief auf die Balkan-Halbinsel vor und gliederte sich alle Territorien bis zum Karpatenbogen und bis zu den Grenzen Serbiens und Bosniens ein, so daß fortan die zum westlichen Kulturkreis gehörenden Länder dem Osmanenreich vollständig entzogen waren. Die Annexion der orthodox geprägten Gebiete Serbien und Westwalachei dagegen wurde in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts wieder rückgängig gemacht. Damit verblieb der eigentliche Balkan noch weitere 100 bis 180 Jahre unter türkischer Herrschaft. Erst in der Phase der während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden "nationalen Wiedergeburt" errangen Serbien und Griechenland, Bulgarien und Albanien ihre staatliche Unabhängigkeit. Die den Osmanen tributpflichtigen Fürstentümer Walachei und Moldau vereinigten sich und konnten schließlich auch die türkische Oberherrschaft abschütteln. Nur Makedonien blieb Eigenstaatlichkeit versagt. Die nationale Eigenidentität wurde von den nahen bulgarischen Verwandten in Abrede gestellt, und zugleich sah sich das Land mit serbischen und griechischen Ansprüchen konfrontiert. Die serbische Seite setzte sich im wesentlichen durch: Der größte Teil des Landes kam nach dem Ersten Weltkrieg zu dem serbisch beherrschten

Staat Jugoslawien, Bulgarien, das 1877/78 und 1912/13 seine Macht weit ausgedehnt hatte, wurde zum Verlierer.

Neben den Serben wurden auch die Rumänen und die Griechen durch die neue Ordnung des Balkans im Jahre 1919 zu begünstigten Siegern. Griechenland freilich überschätzte seine Möglichkeiten, als es wenig später die türkische Niederlage im Ersten Weltkrieg zu einer weit nach Kleinasien vordringenden Eroberung zu nutzen suchte. Kemal Atatürk, der Schöpfer der modernen laizistischen Türkei, organisierte den militärischen Widerstand und warf die griechischen Invasoren in die Ägäis zurück. Damit verband sich eine Vertreibung der griechischen Bevölkerung aus Anatolien, die seitdem das griechisch-türkische Verhältnis nachhaltig belastet. Eine weitere Belastung der Beziehung zwischen beiden Ländern ergab sich in Zypern. Auf diese ursprünglich fast ausschließlich griechisch besiedelte Mittelmeerinsel wanderten nach deren Unterstellung unter britische Verwaltung im Jahr 1878 Türken ein, die, als die Insel nach dem Zweiten Weltkrieg unabhängig wurde, griechischer Unterdrückung ausgesetzt wurden - mit dem Ergebnis, daß 1974 türkische Truppen den von ihren Landsleuten überwiegend besiedelten Norden okkupierten und der Kontrolle durch die griechische Mehrheit entzogen.

Ähnliche historisch begründete Konflikte bestehen auch im Verhältnis der Serben zu den Nachbarvölkern. Als die Österreicher nach der Befreiung Wiens im Jahre 1683 auf serbisches Gebiet vorgedrungen waren, fanden sie dort Verbündete im Kampf gegen die Türken. Bei dem wenige Jahrzehnte später erfolgenden österreichischen Rückzug mußten diese Kämpfer vor türkischer Rache in Sicherheit gebracht werden. Demzufolge wurde das Kosovo-Gebiet, das im Mittelalter der Kern des Serbischen Reiches gewesen war, von der serbischen Bevölkerung verlassen. Die Flüchtlinge erhielten dafür bisher nicht-serbische Siedlungsgebiete im Belgrader Raum, in der Vojvodina und in Kroatien zugewiesen, wo sie weithin als Hüter der Militärgrenze zum Osmanischen Reich eingesetzt wurden. Auf diese Weise verloren die Serben zum einen, was ihnen Jahrhunderte lang gehört hatte, und drangen zum anderen in Länder vor, die zum Traditionsbestand anderer Völker gehörten und teilweise (wie im Falle der kroatischen Krajina) auch nicht mit dem Stammland verbunden waren. Bis zum kürzlichen Ende des jugoslawischen Staates blieb das Problem weithin verdeckt, das mit den serbischen Ansprüchen sowohl auf die verlorenen historischen Gebiete als auch auf die mittlerweile neu eingenommenen Territorien verbunden war. Denn die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgekommene und dann nach dem Ersten Weltkrieg verwirklichte jugoslawische Idee hatte es bis dahin den Serben ermöglicht, sich als die Herren auch dort zu gerieren, wo sie entweder als Bevölkerungsmehrheit nicht mehr präsent waren (wie im seither ganz überwiegend albanisch besiedelten Kosovo) oder Siedlungsgebiete innerhalb eines anderen Landes innehatten (wie in der zu Kroatien gehörenden Krajina).

Der jugoslawische Staat als die praktische Verkörperung der jugoslawischen Idee litt jedoch von Anfang an unter einem existenzgefährdenden inneren Widerspruch. Der - ursprünglich wesentlich auch von kroatischer Seite ausgegangene - Leitgedanke beruhte auf der Vorstellung einer ethnischen Gemeinschaft der Südslawen, wie sie sich insbesondere aufgrund der weitreichenden serbisch-kroatischen Spracheinheit konstruieren ließ. Es ging demnach um eine freie Vereinigung von Völkern, die nur durch geschichtliche Zufälligkeiten voneinander getrennt worden waren und in Wirklichkeit zusammengehörten. Dieser Theorie entsprach die Praxis jedoch nicht: Der

jugoslawische Staat entstand als Folge des Ersten Weltkriegs, in dem die Serben auf der Seite der Sieger und die Kroaten (sowie auch die ebenfalls einbezogenen Slowenen) auf der Seite der Besiegten gekämpft hatten. Die serbische Führungsschicht, die zudem den relativ größten Teil der Bevölkerung hinter sich hatte, sah sich aufgrund dieser Voraussetzungen als Herr des neugebildeten Staates. Jugoslawien war ihrer Vorstellung nach nichts anderes als der vergrößerte serbische Staat, dem die hinzugekommenen Gebiete als Kriegsbeute zugefallen waren. Diese negative Haltung galt nicht allein den Kroaten und Slowenen, sondern auch - und in vielleicht noch höherem Maße - den Muslimen in Bosnien-Herzegowina, deren "Verrat" an der nationalen Kultur bis in die bogumilischen Ursprünge zurückverfolgt wurde. Schon in der Zwischenkriegszeit zerfiel Jugoslawien daher in zwei Seiten, die nur mühsam durch den Druck des serbisch kontrollierten Staatsapparats zusammengehalten wurden. Während des Zweiten Weltkriegs, als die deutschen und italienischen Okkupanten die Kroaten zur Sezession ermunterten, war es dann mit der offiziell dekretierten Einheit des jugoslawischen Staates und Volkes vollends zu Ende, und es entstanden weithin zwei sich mit Erbitterung und Brutalität bekämpfende Lager, wobei es zu massenhaften Massakern erst der Serben und dann ihrer Widersacher kam. Dem unter kommunistischer Ägide 1944/45 erneuerten jugoslawischen Staat gelang es nur auf oberflächliche Weise, den Zwist zu überwinden - nach seinem Auseinanderbrechen kamen die alten Probleme und die alten Feindschaften wieder zu Tage.

Der vorstehende Aufriß, der nur die aktuell wichtigsten Gegensätze berücksichtigt, läßt als fundamentale Konfliktlinien zum einen den Widerstreit zwischen den Balkanländern und der Türkei und zum andern vielfache innere Antagonismen unter den Balkanvölkern erkennen. Das jahrhundertelange Ringen gegen das Osmanische Reich ist in der breiten Öffentlichkeit als Befreiungskampf gegen eine die eigene Identität bedrohende Fremdherrschaft nach wie vor gegenwärtig. Auch die Geschichte der nationalen Erfolge und Niederlagen in der Auseinandersetzung mit Nachbarvölkern nimmt im allgemeinen Bewußtsein einen Raum ein, der für Deutsche unvorstellbar ist. Wie der serbische Mythos der Schlacht auf dem Kosovo Polje deutlich macht, geht es dabei nicht so sehr um früher Geschehenes, sondern um aktuelle Bedeutung. In den Randgebieten der balkanischen Region ist weiterhin der historisch-kulturelle Widerstreit von katholischer bzw. protestantischer und orthodoxer Tradition von großer Wichtigkeit.

Entlang allen Konfliktlinien entstehen beiderseits Bedrohungsgefühle, mit denen Sicherheitsbedürfnisse einhergehen. Es entspricht generell bekannten Wahrnehmungsmustern, daß diejenige Seite, die durch ihr Bedrohungs- und/oder Aggressionsverhalten Schaden und Gefahr auf sich gezogen hat, diese Interaktionskette ignoriert und dementsprechend nur das eigene Herausgefordertsein sieht. Als typisches Beispiel können die Bedrohungsvorstellungen gelten, die sich in Griechenland nach dem ganz überwiegend zu eigenen Lasten gehenden Bevölkerungsaustausch mit der Türkei 1923 und nach der türkischen Zypern-Invasion von 1974 herausgebildet haben. Weniger plausibel erscheint die Tatsache, daß sich Bedrohungs- und/oder Aggressionstäter in die Rolle von Opfern versetzt sehen, was ihnen dann gestattet, ihr eigenes, die Existenz anderer bestreitendes Handeln als bloße Selbstverteidigung wahrzunehmen. Diese Orientierung an fiktiven Bedrohungen und/oder Gefahren für eine zwar geschichtliche, aber nicht mehr aktuelle Realität charakterisieren etwa die serbische Haltung gegenüber verschiedenen Nachbarvölkern und den griechischen Widerstand gegen eine

Anerkennung des makedonischen Staates. Die auf der Balkan-Halbinsel weithin vorhandenen wechselseitigen Vorstellungen, von benachbarten Staaten und Völkern bedroht zu sein, machen die Region auch heute noch zu dem, was sie schon vor dem Ersten Weltkrieg war: zu einer kriegsträchtigen Weltgegend. An den balkanischen Antagonismen entzündete sich 1914 der Weltbrand. Die serbischen Aggressionskriege seit 1991 zeigen die unverminderte Explosivität der Situation im Südosten Europas. Die in der Region selbst vorhandenen Kräfte des friedlichen Ausgleichs sind zu schwach, dem Fortgang und der Eskalation der Bedrohungsvorstellungen und des Bedrohungsverhaltens mit Aussicht auf Erfolg entgegenzuwirken. Es wird daher von den außerregionalen Großmächten abhängen, ob der Gewaltgebrauch eingedämmt und beendet wird oder aber sich weiter ausbreitet.

## **Albanien**

von Hans-Joachim Hoppe

### *Die außenpolitischen Wendungen*

Nicht nur albanische Kommentatoren sehen in den heutigen Balkan-Konflikten einen Rückfall in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Seit seiner Gründung (1912) ist Albanien angesichts permanenter Gefährdung seiner staatlichen Existenz von einem Sicherheitstrauma geprägt. Dabei erscheint die Zwischenkriegszeit als ein Vorspiel der kommunistischen Ära: König Zogu, der mit Belgrader Hilfe zur Macht kam, löste sich vom jugoslawischen Einfluß durch Anlehnung an Italien, versuchte aber vergeblich, sich durch eine neue Wendung (etwa nach Deutschland) von der italienischen Umklammerung zu lösen. Nach der Besetzung durch italienischen Truppen im April 1939 wurde Albanien in Personalunion mit Italien vereinigt und diente Mussolini als Basis für sein Unternehmen gegen Griechenland. Trotz Verwirklichung des albanischen Traums eines "Großalbanien" unter italienischer und dann deutscher Ägide gelangte die kommunistische Widerstandsbewegung unter Hoxha mit jugoslawischer und britischer Rückendeckung zur Macht. Aus der Bevormundung Belgrads, das Albanien angeblich "schlucken" und zu einer 7. Republik machen wollte, löste sich Hoxha 1948 durch Anlehnung an Moskau und von diesem 1960/61 durch Anlehnung an China. Nach dem sowjetischen Einmarsch in die CSSR im Sommer 1968 trat es auch formal aus dem Warschauer Pakt aus.<sup>1</sup>

Albanien war damit nach Jugoslawien das zweite abtrünnige Land und spielte eine Vorreiterrolle für den Zwist Pekings mit Moskau. Daß der Bruch mit der UdSSR ohne gravierende Folgen überstanden wurde, läßt sich weder mit der geringen sowjetischen Präsenz, der angeblich gesunkenen strategischen Bedeutung des Balkanlandes noch mit dem schützenden Cordon des blockfreien Jugoslawiens und des NATO-Mitglieds Griechenland allein erklären, wie dies gemeinhin geschieht. Immerhin verlor Moskau eine der NATO unbequeme Bastion am Mittelmeer.

Kennzeichnend für die albanische Sicherheitspolitik war die Anlehnung an immer entferntere Partner (Jugoslawien, UdSSR, China), die ihm jeweils mehr Eigenständigkeit, geringere Interven-

<sup>1</sup> Zur albanischen Außen- und Sicherheitspolitik siehe ausführlich K.-D. Grothusen, in: K.D. Grothusen (Hrsg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. VII: Albanien, Göttingen 1993, S. 86-156.

tionsmöglichkeit, aber auch weniger Schutz boten. Von China nahm Albanien zwar Militärhilfe an, überließ ihm aber keine Militärbasen. Das Verbot der Stationierung ausländischer Truppen auf albanischem Boden wurde neben dem Kreditverbot sogar in der Verfassung (1976) verankert. Dennoch steigerte die Liaison das albanische Selbstgefühl, wie der Ausspruch des Politbüromitglieds Hysni Kapo zeigt: "Wenn jemand uns fragen sollte, wieviel Menschen wir jetzt haben, lautet die Antwort 701 Millionen."<sup>1</sup>

Die völlig "uneuropäische" Zuwendung zu China führte zu einer weiteren Brutalisierung der Hoxha-Diktatur durch Religionsverbot (1967) und "Kulturrevolution" (frühe siebziger Jahre). Der Flirt Chinas mit dem Westen, der ebenso wie Pläne einer Kooperation mit Jugoslawien und Rumänien vom Hoxha-Regime als Gefahr für seine Machtstellung empfunden wurde, führte 1978 zum Bruch und zu einer Politik völliger Abschottung.

Die paranoide Selbstisolierung in den Jahren 1978-1988 war mit einem materiellen und geistigen Primitivismus, einem verheerenden Autarkiedenken ("Entwicklung aus eigener Kraft"), einer irrationalen Belagerungsideologie und der Hybris der "reinen Lehre" verbunden. Dabei versuchte Albanien, sich als Zentrum antikolonialistischer Bewegungen und peripherer K-Gruppen des Westens noch eine gewisse globale Bedeutung zu bewahren. Die Beziehungen zur Dritten Welt wurden verstärkt, allerdings lehnte Albanien im Hinblick auf Belgrad die Idee der Blockfreiheit ab. Bevorzugte Partner waren die PLO, Algerien, "crazy states" wie Chomeinis Iran und Ghaddafis Libyen, Nordkorea, Vietnam, ferner Tansania, Nicaragua und Chile (unter Allende).

Ende der siebziger Jahre begann auch eine Diversifizierung der Außenpolitik gegenüber den europäischen Ländern - Griechenland, Jugoslawien, Italien und Deutschland. Dabei spielten Besuche von F.-J. Strauß (1984, 1986) sowie der Machtwechsel von Hoxha zu Alia eine wichtige Rolle. Am 2. Oktober 1987 erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Im gleichen Jahre hob Griechenland den Kriegszustand auf und verzichtete offiziell auf Nordepirus. Die Beziehungen zu Jugoslawien erreichten mit der Belgrader Konferenz von 1988 einen Höhepunkt. Dennoch lehnte Albanien bis Ende der achtziger Jahre aus Furcht vor innenpolitischen Rückwirkungen die KSZE als Instrument der Supermächte sowie Gorbatschows Perestrojka als revisionistischen Verrat ab.

Erst der Zusammenbruch des Sozialismus zwang Albanien aufgrund seiner Wirtschaftslage und zunehmender Instabilität auf dem Balkan zur Anlehnung an den Westen. Seine Bereitschaft zur Demokratisierung ebnete ihm den Weg in die KSZE (19. Juni 1991) und in andere internationale Organisationen und zu den damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Hilfen. Auch militärische Unterstützung von außen braucht Albanien dringender als je zuvor, denn an die Stelle der in der Hoxha-Zeit propagierten (fiktiven) Bedrohung durch eine angebliche geballte Aggression der Supermächte ist jetzt die reale Gefahr eines Konflikts mit den Nachbarländern getreten.

### *Akute Bedrohung und nationale Frage*

Es ist eine Tragödie, daß die Konflikte in Jugoslawien den Entspannungsprozeß auf dem Balkan und die durch den Umbruch auch für Albanien eröffneten Perspektiven (Anbindung an Europa) abrupt

---

<sup>1</sup> Peking Rundschau, 10.5.1966.

zerstört haben. Durch die Querelen um die Aufteilung Jugoslawiens wurden die Balkangrenzen insgesamt erneut zur Diskussion gestellt. Dabei sind die Konflikte beinahe spiegelbildlich: Albanien bietet seinen Nachbarn durch die kleinen Minderheiten in seinem Lande willkommene Ansätze für Gebietsforderungen, während umgekehrt in Restjugoslawien, Makedonien und in geringerem Maße auch in Griechenland die albanischen Bevölkerungsteile als von Albanien ausgehende Bedrohung empfunden werden.

Offiziell wird die Integrität des Territoriums der Republik Albanien von den Nachbarländern nicht in Frage gestellt; doch wecken propagandistische Töne aus Montenegro mit Blick auf Shkoder (Nordalbanien), großmakedonische Träume der IMRO-Partei in Skopje und eine Neuformulierung der Nordepirus-Frage durch Athen in Kombination mit einem (u.a. von orthodoxen Priestern) geschürten Separatismus der griechischen Minderheit in Albanien alte albanische Ängste vor einer Aufteilung zwischen Serbien und Griechenland. Wenn man der Propaganda in den Nachbarländern Glauben schenken würde, bestünde die Bevölkerung in Albanien fast ausschließlich aus Minoritäten: Griechen, Montenegrinern, Serben, Makedoniern, Zigeunern, Aromunen und Griechen. Tatsächlich fallen nur die Griechen mit 50-100.000 Angehörigen in zwei bis drei Bezirken Südalbanien ins Gewicht, deren Forderungen die Führung in Tirana durch großzügige Beachtung der Minderheitenrechte zu begegnen versucht. Dennoch betreibt das NATO- und EG-Mitglied Griechenland ein infames Spiel, indem es die verbesserte Stellung seiner Minderheit auf albanischem Gebiet negiert, selbst aber seinen Minderheiten (Türken, Albanern, Slawophonen) keine Sonderrechte gewährt und albanische Migranten vertreibt.

Trotz der Querelen mit Athen rechnet man in Tirana aufgrund des serbischen Expansionsstrebens und der Spannungen in den albanischen Siedlungsgebieten noch mehr mit Verwicklungen im Norden, wobei die enorme serbische Truppenkonzentration im Kosovo (die Angaben schwanken zwischen 40-100.000) als bedrohlich angesehen wird.

Bei einer weiteren Eskalation im Kosovo will Albanien nicht abseits stehen: Während das Hoxha-Regime selbst während der Unruhen des Jahres 1981 nur verbal seine Solidarität mit den albanischen Brüdern jenseits der Grenzen erklärte und sich im übrigen gegenüber ihren verderblichen (titoistischen) Einflüssen abschirmte, ist unter den heutigen demokratischen Verhältnissen die Unterstützung der Landsleute im früheren Jugoslawien eine nicht zu umgehende nationale Pflicht. Alle Parteien haben die Wahrnehmung der gesamtalbanischen Interessen mehr oder weniger deutlich in ihrem Programm festgeschrieben. Besonders rühlig sind die nationalistischen Parteien sowie die Organisationen der albanischen Flüchtlinge aus den Nachbarländern (Kosovaren, Çamen u.a.). Auch die albanische Regierung definiert Sicherheitspolitik nicht nur als Wahrung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität Albanien, sondern auch als Schutz der Rechte der Albaner in Ex-Jugoslawien und in der Diaspora.<sup>1</sup>

Tatsächlich ist die Haltung der Regierung zur gesamtalbanischen Frage<sup>2</sup> aus realpolitischen Gründen zwiespältig. Mit den Albaner-Organisationen im früheren Jugoslawien teilt sie die Mini-

<sup>1</sup> Siehe Reden von Präsident Berisha und Verteidigungsminister Zhulali in: Diskutim për reformën në ushtri, Botim posaçëm i revistës Mbrojtja, o.O., o.J. (1992).

<sup>2</sup> Zum Problem-Komplex siehe Hans-Joachim Hoppe, Kosovo, Makedonien und die albanische Frage, Aktuelle Analysen des BIOST, Nr. 39, 1992.

malforderungen, die sie auch auf internationalen Gremien vertritt - volle Minderheitenrechte (einschließlich lokaler Autonomie) für die Albaner in Montenegro und Serbien, die volle (von ihr bereits anerkannte) Unabhängigkeit für Kosovo und die Anerkennung der Albaner als zweite Staatsnation in Makedonien. Mehrfach kündigten Präsident Berisha und andere Spitzenpolitiker im Falle einer weiteren Eskalation im Kosovo ein militärisches Eingreifen an, zugleich versuchen sie permanent in Kooperation mit der Liga die Albaner im Kosovo zum Ausharren gegenüber den serbischen Repressionen zu bewegen und die Albaner in Makedonien von überspannten Forderungen - wie der nach einer Abspaltung - abzuhalten.

Die serbische Zwangsverwaltung im Kosovo wurde von den dortigen Albanern unter Führung der Demokratischen Liga mit Obstruktion sowie der Errichtung einer "Schattenrepublik" beantwortet. Hinzu kamen diplomatische Aktivitäten in Abstimmung mit Tirana in den wichtigsten Ländern und auf internationalen Foren. Doch ist Liga-Führer Rugova mit seiner Forderung nach Unterstellung Kosovos unter UN-Protectorat und Entsendung von Friedenstruppen (als Schutz vor weiteren serbischen Repressionen und ersten Schritt zur Selbständigkeit) bisher nicht durchgekommen.<sup>1</sup> Seine Strategie ist wegen der Zurückhaltung der auswärtigen Mächte, insbesondere der USA und der EG-Staaten, umstritten; angesichts der Abwanderung von ca. 300.000 Albanern in den letzten beiden Jahren ("ethnische Säuberung") sowie neuer serbischer Schikanen wie der kürzlichen Verhaftungswelle gegen prominente Politiker nehmen die Forderungen nach "aktivem" Widerstand zu.

Auch in Makedonien wächst die Unzufriedenheit der Albaner, die einer Kooperationsbereitschaft mit Skopje und der Regierungsbeteiligung der Prosperitäts-Partei eine Loslösung der albanischen Siedlungsgebiete vorziehen.<sup>2</sup> Die Teilnahme an der makedonischen Regierung sei nur dekorativ und habe den albanischen Interessen wie etwa in der Schulfrage und Gleichberechtigung kaum Fortschritte gebracht. Der UNO, aber auch Tirana und anderen Staaten (u.a. der Türkei) wird vorgeworfen, sie hätten Makedonien zu früh anerkannt, ohne eine Besserung der Lage der Albaner abzuwarten.

### *Gegenwärtige Sicherheitspolitik und Militärdoktrin*

Bezüglich der Wünsche der Albaner im früheren Jugoslawien setzt Tirana offensichtlich andere Prioritäten, insbesondere den wirtschaftlichen und politischen Aufbau des eigenen, von den Kommunisten zugrunde gerichteten Landes. Die Zurückhaltung der Regierung in der nationalen Frage liegt aber außer an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem an der militärischen Schwäche des kleinen Balkanlandes. Aufgrund des Sparzwangs kann sich Albanien nur eine kleine Armee (40.000 Mann) als Basis der Verteidigung leisten, die im Ernstfall rasch mit Reservisten aufgefüllt werden kann. Der Mangel an Quantität muß durch erhöhte Verfügbarkeit, Qualifizierung des Personals und durch Modernisierung der Kasernen und des Waffenarsenals kompensiert werden. Nach der unsinnigen Truppendispersion der Hoxha-Zeit (nach dem Konzept der "Volksverteidigung") muß die Armee wieder in ordentlichen Kasernen untergebracht und an

<sup>1</sup> 10-Punkte-Katalog Rugovas zum Kosovo-Problem abgedruckt in *Illyria*, 8.-10.4.1993.

<sup>2</sup> Duncan Perry: *Macedonia: A Balkan Problem and a European Dilemma*, RFE/RL Research Report, 25, 19.6.1992.

wichtigen strategischen Punkten konzentriert werden, von denen sie in jeder Richtung operieren kann. Trotz dieser Umstrukturierungen und Anstrengungen dürften die albanischen Streitkräfte kaum der hochgerüsteten serbischen Armee gewachsen sein.<sup>1</sup>

Daher bemüht sich die albanische Führung um enge Anbindung an die NATO. Wie Berisha und andere albanische Politiker und Militärs betonen, ist in der heutigen labilen Situation in Ost- und Südosteuropa die NATO der einzige Stabilitätsfaktor. Albanien habe mehr als andere ex-kommunistische Länder ein Anrecht auf Mitgliedschaft, weil es schon früh (1968) mit dem Warschauer Pakt gebrochen und so zur Stabilisierung des Balkans beigetragen habe.<sup>2</sup> Als erster Schritt hin auf einen NATO-Beitritt wird die Aufnahme Albaniens in den NATO-Kooperationsrat am 6. Juni 1992 gewertet. Am 16. Dezember 1992 beantragte Albanien übrigens als erstes Reformland offiziell die Aufnahme in die NATO. Seine Chancen sind wegen der wachsenden strategischen Bedeutung des Balkanlandes und der schon bestehenden engen Kooperation möglicherweise nicht schlecht.<sup>3</sup>

Mit der Türkei wurde im Juni 1992 ein umfassender Beistandspakt abgeschlossen, der ein (wohl schwer realisierbares) Beistandsversprechen von türkischer Seite im Falle eines serbischen Angriffs oder einer Eskalation im Kosovo enthält. Noch wichtiger ist die enge Zusammenarbeit mit den USA, mit Italien, Deutschland und anderen NATO-Ländern; trotz der politischen Querelen leistet sogar Griechenland den Albanern Hilfe. Militärberater aus NATO-Ländern unterstützen Albanien bei der Armee reform; nicht nur im Hinblick auf die Überwachung des Embargos besteht ein dauernder Kontakt zur NATO-Flotte im Mittelmeer, die albanische Häfen anläuft. Von der Entsendung von UN-Truppen an die makedonisch-serbische Grenze profitiert auch Albanien; die Warnungen Präsident Clintons an Belgrad vor einer Ausweitung des Kriegs wurden Mitte Oktober mit dem Abschluß eines Militärabkommens zwischen Albanien und den USA untermauert, deren Beispiel Großbritannien und Österreich mit entsprechenden Abkommen folgten.<sup>4</sup>

Mit der Verstärkung der militärischen Kooperation gehen diplomatische Aktivitäten einher. Nach der Aufnahme in die KSZE und den NATO-Kooperationsrat strebt Albanien den Beitritt zur EG und zum Europarat an; letzterer hängt, wie es heißt, nur noch von der Verabschiedung einer neuen albanischen Verfassung ab. Die auf Europa gerichtete Sicherheitsstrategie wird im Hinblick auf den überwiegend islamischen Charakter Albaniens abgerundet durch betonte Zuwendung zur Türkei, zu den Schwarzmeerländern (Teilnahme an der Konferenz in Istanbul) sowie zur arabischen Welt (Beitritt zur Islamischen Weltorganisation) - eine Orientierung, die in Albanien selbst nicht unumstritten ist.

Eine starke Lobby über die Emigration hat Albanien in den USA, Kanada, Australien, aber auch in Europa: Gastarbeiter und Flüchtlinge befinden sich in allen EG-Ländern, aber auch in neutralen Staaten. Deutschland spielt trotz seiner offiziellen Zurückhaltung für die Albaner eine besonders

<sup>1</sup> Zur Armee reform detailliert Hans-Joachim Hoppe, Politische Rolle der albanischen Streitkräfte, Aktuelle Analysen des BIOST, im Druck.

<sup>2</sup> Interview mit Generalstabschef Ilia Vasho zur Sicherheitspolitik in: Mbrojtja, 7-8/1992, S. 2-7.

<sup>3</sup> Siehe Alfred Reisch: Central and Eastern Europe's Quest for NATO-Membership, RFE/RL Research Report, 28, 9.7.1993, S. 33-47, hier S. 39/40.

<sup>4</sup> Zu den jüngsten Militärabkommen siehe Rilindja 23., 25. u. 27.10.1993.



wichtige Rolle, denn hier befindet sich der Sitz der Exilregierung der "Republik Kosovo" (in Stuttgart); von hier aus agieren ebenso wie von der Schweiz, Österreich und Schweden her finanzkräftige Aktive der Demokratischen Liga des Kosovo und der Partei der Prosperität der Makedonien-Albaner.

Neben dem erhofften Beistand seitens der internationalen Gemeinschaft sowie der NATO- und EG-Länder setzt Albanien vor allem auf bilaterale Kontakte zu Ländern im Umfeld des Jugoslawien-Konflikts, insbesondere zu Bulgarien, Rumänien und Ungarn sowie zu den exjugoslawischen Ländern Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Makedonien. Trotz aller Differenzen hat sich eine enge Kooperation zwischen Makedonien und Albanien (u.a. im Wirtschafts- und Verkehrssektor) entwickelt, wobei Albanien dem von Serbien und Griechenland blockierten Makedonien einen Zugang zum Mittelmeer und damit zum Westen bietet, während Makedonien für Albanien eine Brücke zur Schwarzmeerregion, insbesondere zu Bulgarien, den GUS-Ländern und der Türkei darstellt. Bei den Bemühungen um eine verbesserte Stellung der albanischen Minderheit wie auch um die internationale Aufwertung Makedoniens stehen beide Länder in ständigem Kontakt.

Im Interesse der Friedenswahrung scheut Albanien unter strikter Einhaltung des Embargos auch keine direkten Kontakte zu seinen Gegner im früheren Jugoslawien: Serbien und Montenegro. Die unerwartete Annäherung zwischen Israel und der PLO ermunterte auch auf dem Balkan dazu, neue Brücken zu schlagen. Außerdem kalkulierte die albanische Außenpolitik zunehmende Dissonanzen zwischen Serbien und Montenegro ein und bemühte sich ihrerseits um eine differenzierte Haltung. So führte sie Gespräche mit Montenegro über die Situation der dortigen albanischen Minderheit. Als hoffnungsvoller Schritt zur bilateralen Verständigung und Verbesserung des europäischen Mikroklimas wurde der Besuch des montenegrinischen Staatspräsidenten Momir Bulatovic am 15. September 1993 in Tirana gewertet, der in Interviews Entgegenkommen und mehr "Flexibilität" versprach und dies auch der serbischen Seite empfahl.<sup>1</sup> Auch gegenüber Serbien zeigte sich die albanische Regierung zeitweise gesprächsbereit, wie die Blitzbesuche Paniaës im Mai 1992 gezeigt haben. Erst jüngst empfahl der jugoslawische Ex-Premier den Serben direkte Verhandlungen mit Rugova und eine Öffnung der Grenzen, die das Kosovo-Problem entschärfen würden.<sup>2</sup>

Offiziell lehnt die Regierung in Tirana ebenso wie die Führer der Kosovo-Liga jegliche Direktkontakte mit Milošević ab, die dessen Regime nur aufwerten und die Internationalisierung der albanischen Frage gefährden würden. Dennoch laufen eine Vielzahl informeller Gespräche zwischen Oppositionspolitikern und Intellektuellen auf beiden Seiten. Auf heftige Kritik stieß allerdings der Alleingang liberaler Oppositionspolitiker aus Tirana, die sich auf Einladung des Instituts für internationale Politik in Belgrad nicht nur mit serbischen Oppositionellen, sondern auch mit dortigen Regierungsvertretern trafen. Aber selbst angesehene Kosovo-Politiker wie der BBC-Redakteur Veton Surroi oder Sozialdemokrat Shkelzen Maliqi fordern eine Auflockerung der starren Fronten durch Direktgespräche zwischen Rugova und Berisha auf der einen Seite und Milošević auf der anderen; sie widersprechen auch dem Boykottaufruf der Liga bei den bevorstehenden Parlamentswahlen und empfehlen eine Teilnahme, um mit den albanischen Stimmen (ca. 17 %) die

---

<sup>1</sup> Rilindja, 16.9.1993.

<sup>2</sup> Zum Paniaë-Interview siehe Rilindja, 2.11.1993.

serbische Opposition gegen Milošević zu stärken.<sup>1</sup>

In der spannungsgeladenen Balkanszenarie wird von den Politikern auf allen Seiten eine Fülle von Ängsten geschürt: Serben, slawische Makedoniern und Griechen warnen vor einem Großalbanien, das als Kern eines islamischen Gürtels seinen Einfluß über den Sandzhak bis nach Bosnien ausstreckt und im Bündnis mit der Türkei einen gefährlichen Faktor darstellt; die Albaner wiederum sehen sich von einer neuen orthodoxen Allianz zwischen Griechenland, Bulgarien, Serbien und Montenegro bedroht, die auf den Traditionen byzantinisch-orthodoxer Ideologie und dem Chauvinismus ambitionierter exkommunistischer Kader beruht.<sup>2</sup> Daß die Fronten nicht so klar sind, zeigt der immer wiederkehrende Streit der "orthodoxen" Länder um Makedonien; und die Interessen verlaufen völlig quer, wenn Makedonier die Albaner und Serben Albaner geheimer Teilungsabsprachen und Griechen und der albanischen Minderheit eine Torpedierung der Anerkennung Skopjes vorwerfen. Inzwischen ist Makedonien international anerkannt, und der albanische Außenminister Serreqi bekräftigt den Vorzug eines souveränen (multinationalen) Makedoniens vor einem mit Serbien vereinten<sup>3</sup>. Zu völliger Verwirrung führen dann laute Gedankenspiele, bald Kosovo, bald Makedonien zusammen mit den Serben aufzuteilen. Und griechischen Ansprüchen auf Nordepirus (Südalbanien) und angeblichen Autonomieforderungen für die griechische Minderheit sendet der neue Premier Papandreou wie schon sein Vorgänger Mitsotakis ein Dementi nach dem anderen nach Tirana.

Resigniert sprach man auf einem Balkan-Symposium der "Intellektuellen gegen den Krieg" im griechischen Delphi über die Leiden und Laster des "homo balcanicus", über die verheerenden Folgen mittelalterlicher Mythen, osmanischer Fremdherrschaft und kommunistischen Erbes. Der immer noch angesehene albanische Schriftsteller Kadare verwies dabei auf die Polemik der serbischen Akademie und Orthodoxie gegen die Albaner.<sup>4</sup> An anderer Stelle beklagt er die "Indoktriniertheit" der Serben, die das Verhältnis zu den Albanern vergiftet habe, vermerkt aber auch Selbstkritisches über die sein eigenes Volk: die Selbstüberschätzung der Albaner als autochthones und archaisches Kulturvolk, ihre privilegierte Stellung unter den Osmanen sowie ihre Kollaboration mit Mussolini und Hitler, durch die sie sich auf Dauer den Haß von Griechen und Serben zugezogen hätten.<sup>5</sup>

All diese wohlwollenden Vermittlungs- und Erklärungsversuche kommen an einem nicht vorbei: an der Unerbittlichkeit des Belgrader Regimes, das so wie in anderen Teilen des früheren Jugoslawiens auch im Kosovo durch Massierung von Militär (ca. 40.000 Mann), politischen Druck und ethnische Vertreibung Fakten schafft, und an dem zögerlichen und geringem Engagement des Westens, das zumindest für die dort lebenden Albaner zur existentiellen Bedrohung wird. Für die Albaner war es - wie für die anderen Balkanvölker - eine große Enttäuschung, von Bundeskanzler Kohl zu hören, daß für sie eine Vollmitgliedschaft in der EG nicht in Frage kämen. Die Fakten scheinen jedoch konjunkturbedingte Erklärungen zu überholen, wie das wirtschaftliche Engagement Deutschlands,

---

<sup>1</sup> Rilindja, 19., 20., 23.10. u. 1.11.1993.

<sup>2</sup> Siehe Heinz-Jürgen Axt, Der "islamische Bogen" vom Balkan bis nach Zentralasien, in: Südosteuropa 1993; Halil Katana, Konturë të reja të aleance të vjetër (Neue Konturen einer alten Allianz), in: Rilindja, 6.7.1993, S. 2.

<sup>3</sup> Rilindja, 7.10.1993.

<sup>4</sup> Rilindja, 6.4.1993, S. 8.

<sup>5</sup> Novi danas, 24.8.1992.

Italiens und anderer EG-Länder und vor allem der Ausbau Albaniens zu einer militärischen Bastion der NATO zeigen. Nach neuesten Meldungen sollen die Italiener dort nicht nur - wie ursprünglich vorgesehen - zur Verteilung von EG-Hilfsgütern (Aktion "Pelikan") bereitstehen; die Amerikaner sind nach vorliegenden Meldungen dabei, Raketen von Brindisi und aus der Umgebung Madrids an die albanische Küste zu schaffen, von wo aus die Straße von Otranto und der gesamte Balkanraum hervorragend überwacht werden kann.<sup>1</sup>

## **Bulgarien**

von Sabine Riedel

### *Bulgariens Außenpolitik seit Ende des Kalten Krieges*

Nach dem Sturz Todor Živkovs als Partei- und Staatschef am 10. bzw. 17.11.1989 blieb Bulgarien zunächst noch wirtschaftlich und politisch von der damaligen Sowjetunion abhängig. Das antikommunistisch orientierte Oppositionsbündnis Union Demokratischer Kräfte (UDK), welches seit den ersten freien Wahlen vom 10. bzw. 17.6.1990 als parlamentarische Opposition über ca. ein Drittel der Abgeordnetensitze verfügte, forderte von der sozialistischen Regierung Andrej Lukanov eine Loslösung von der sowjetischen Einflußsphäre sowie eine proamerikanische Westorientierung für die bulgarische Außenpolitik. Doch erst unter der Koalitionsregierung von Dimităr Popov, die am 20.12.1990 von der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP, ehemalige BKP), der Bulgarischen Bauernunion (BBU) sowie der UDK gebildet wurde, nahm die angestrebte Umorientierung Konturen an. In seinem Regierungsprogramm vom 23.1.1991 sprach sich das neue Kabinett für die Auflösung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sowie der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) aus, was ein halbes Jahr später Realität wurde. Der daraufhin allmählich wegbrechende sowjetische Markt, von dem der bulgarische Außenhandel zu etwa 60 % abhing, stellte die bulgarische Außen- und Wirtschaftspolitik vor die schwierige Aufgabe, ihren Orientierungswunsch nach Westen zu konkretisieren.

Die neue UKD-Regierung unter Filip Dimitrov sah seit ihrem Amtsantritt am 8.11.1991 ihre Hauptaufgabe darin, das Ziel der Westorientierung weniger auf die Vereinigten Staaten als vielmehr auf Westeuropa zu richten, d.h., sie setzte auf eine möglichst rasche Integration Bulgariens in die

---

<sup>1</sup> Rilindja, 4.11.1993.

politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Strukturen Westeuropas. Während der Amtszeit von Außenminister Stojan Ganev (UDK) wurde Bulgarien am 7.5.1992 in den Europarat aufgenommen. Seit dem 11. Mai 1994 übernahm es sogar als erstes ehemaliges Ostblockland den Vorsitz des Ministerkomitees des Europarats. Die Unterzeichnung der Verträge mit der EFTA sowie der EU kamen erst unter der Regierung von Ljuben Berov zustande, die als parteiübergreifende, sogenannte Expertenregierung seit dem 30.12.1992 im Amt ist. Trat das Abkommen mit den EFTA-Staaten vom 29.3.1993 über die Errichtung einer Freihandelszone bereits mit dem 1.7.1993 in Kraft, wurde der Assoziierungsvertrag mit der EU vom 3.8.1993 bislang noch nicht von allen Parlamenten der EU-Mitgliedsländer ratifiziert. Für diese Übergangszeit vereinbarten Bulgarien und die EU-Kommission ein Interimsabkommen, das offiziell seit dem 31.12.1993 Gültigkeit besitzt.<sup>1</sup>

### *Innenpolitische Kontroversen um Bulgariens nationale Sicherheit*

Heute sind sich fast alle bulgarischen Parteien darin einig, ihr Land möglichst rasch in die Europäische Union zu führen, d.h. es gibt in Bulgarien hinsichtlich Westeuropas so gut wie keine Bedrohungsperzeptionen. Dagegen werden die Implikationen der Westorientierung für die bulgarisch-russischen Beziehungen unterschiedlich beurteilt. War zu Beginn des östlichen Desintegrationsprozesses die Orientierung Bulgariens auf die USA und Westeuropa gleichbedeutend mit einer Abnabelung vom Einfluß sowjetischer Sicherheitsinteressen, findet man derzeit unter den Befürwortern der Westorientierung deutlich weniger antirussische bzw. rußlandkritische Stimmen. Die Diskussion um den Beitritt Bulgariens zur NATO macht dies deutlich. Der russischen Außenpolitik gegenüber kritische Vertreter aus den Reihen der UDK sehen die "Partnerschaft für den Frieden", die Bulgarien bereits am 14.2.1994 unterschrieben hat, als direkten Weg zur NATO-Mitgliedschaft. Diese sei insbesondere wegen der politisch und wirtschaftlich instabilen Lage Rußlands, der Gefahren eines erstarkenden russischen Nationalismus sowie wegen der neuen russischen Militärdoktrin mit der Option eines atomaren Erstschlags die einzige Garantie für die Wahrung bulgarischer Sicherheitsinteressen.<sup>2</sup> Die Sozialisten dagegen betonten auf dem 41. Kongreß Anfang Juni 1994 den europäischen Charakter ihrer außenpolitischen Grundpositionen. Daraus leitet die BSP als Bedingung für einen NATO-Beitritt ab, daß sich dieses Bündnis - wie auch von Rußland gefordert - in ein kollektives Sicherheitssystem verwandeln und für alle europäischen Staaten offenstehen müsse. Da die Entwicklung Europas von den transatlantischen Beziehungen

---

<sup>1</sup> Vgl. das Assoziierungsabkommen in: Bundesrat, Drucksache 799/93, Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 5.11.1993, 218 S., sowie das Interimsabkommen in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft, L 323, 26. Jahrgang, 23. Dezember 1993, 193 S.

<sup>2</sup> Vgl. Vek 21 3/1994, S. 4; vgl. ebenso Demokracija vom 20.6.1994.

abhänge, sei der Zusammenarbeit Bulgariens mit den USA ein wichtiger Stellenwert zuzuschreiben.<sup>1</sup>

Außenminister Stanislav Daskalov sieht keinen Widerspruch zwischen einer auf Westeuropa gerichteten und gleichzeitig Rußland gegenüber freundschaftlich verbundenen Außenpolitik. Er möchte den Beitritt Bulgariens zum NATO-Partnerschaftsvertrag nicht als Politik gegen Rußland verstanden wissen.<sup>2</sup> Dieser Ansicht ist auch Staatspräsident Željko Želez, Mitbegründer und bis zu seinem Amtsantritt Vorsitzender der UDK. In einem Interview äußerte er sich als Staatsoberhaupt sowie als Oberbefehlshaber der Armee zur Frage der NATO-Mitgliedschaft seines Landes wie folgt: "Wir sehen die NATO nicht als eine Organisation an, die Rußland [feindlich] gegenübersteht. Im Gegenteil, das System der kollektiven Sicherheit, welches wir auf der Basis der NATO und über deren Erweiterung zu entwickeln hoffen, muß unserer Meinung nach unbedingt in irgendeiner Form Rußland einschließen, d.h. dessen militärische Präsenz in der NATO."<sup>3</sup> Diese Einschätzung findet sich ebenso in den "Grundprinzipien" zur bulgarischen Militärdoktrin wieder, in der die Zusammenarbeit mit der NATO und der Westeuropäischen Union (WEU) einerseits und mit Rußland sowie den osteuropäischen Staaten andererseits "als eine Etappe der Integration in die bestehenden und der Aufnahme in die künftigen gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen" betrachtet wird.<sup>4</sup>

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit, Nikolaj Slatinski, dagegen sorgte unlängst für Aufsehen mit einer scharfen Kritik an dieser offiziellen Regierungsposition. Er teilte nicht etwa die Einschätzung seiner Radikaldemokratischen Partei in der UDK, nämlich rechtzeitig die versteckten russischen Hegemonialansprüche in der Region aufzudecken. Im Gegenteil sprach er von einem nicht ausbalancierten Kräfteverhältnis der beiden Großmächte in Europa und kritisierte, daß der Frieden und die Sicherheit Europas von der nichteuropäischen Großmacht USA garantiert werden sollten, wohingegen die europäische Großmacht Rußland vom Integrationsprozeß in Europa ausgeschlossen bleibe. Zudem zweifelte er offen an der von bulgarischen Politikern und Medien verbreiteten Gewißheit, der paraphierte Partnerschaftsvertrag führe Bulgarien auf direktem Wege zur NATO-Mitgliedschaft. Weder das endgültige Ziel noch das Tempo des gewünschten Integrationsprozesses seien geklärt.<sup>5</sup> Nach Slatinski gehen die eigentlichen Bedrohungen für Bulgariens Sicherheit vom internationalen Verbrechen, Rauschgifthandel und Terrorismus aus. Dazu gehöre auch die Gefahr eines stärker werdenden islamischen Fundamentalismus, der über die türkische Minderheit die Sicherheit des Landes auch im Innern bedrohen könne.

---

<sup>1</sup> Vgl. Duma vom 4.6.1994, S. 11.

<sup>2</sup> Vgl. Trud vom 7.3.1993.

<sup>3</sup> Vgl. Bългарска национална телевизия vom 29.12.1993, Kanal 1, 20.30 h.

<sup>4</sup> Vgl. Bulgarische Militär-Rundschau 3 - 4 (Dezember) 1993, S. 9.

<sup>5</sup> Vgl. Duma vom 4.6.1994, S. 11.

Das Thema einer stärkeren Besinnung auf die nationalen Interessen Bulgariens, insbesondere gegenüber einem wachsenden islamischen Einfluß, haben sich schon seit längerem nationalistische Politiker und Organisationen zu eigen gemacht. Anlässlich seines Besuchs in Bulgarien verkündete Vladimir Žirinovskij, der Führer der russischen Liberaldemokratischen Partei (LDP), gar die These, daß es auf dem Balkan niemals Moslems, sondern nur Slawen und christliche Völker gegeben habe.<sup>1</sup> Die bulgarische LDP unter Führung von Veselin Košev hat offensichtlich keine Probleme damit, daß sich ein Vertreter des russischen Nationalismus zum Anwalt angeblicher nationaler Interessen Bulgariens aufschwingt. Žirinovskij sprach mit seiner Forderung nach einem Anschluß der Republik Makedonien sowie der griechischen Provinzen Makedonien und Thrakien offen aus, was sich national gesinnte Bulgaren in Erinnerung an das Großbulgarien des Friedens von San Stefano vom 3.3.1878 insgeheim wünschen. Damals war aufgrund des bis zum Berliner Kongreß gültigen Waffenstillstandsabkommens zwischen der siegreichen russischen Armee und dem osmanischen Heer einem von Rußland abhängigen Großbulgarischen Reich der Zugang zur Ägäis zugesichert worden. Die Tatsache, daß dieser Jahrestag von San Stefano vom bulgarischen Parlament 1990 zum neuen Nationalfeiertag bestimmt wurde, zeigt, wie lebendig tradierte Geschichtsbilder heutzutage in Bulgarien sind und wie schnell sie wachgerufen werden können.

### *Bulgariens regionale Sicherheitsinteressen auf dem Balkan*

Der nach dem Ende des Kalten Kriegs einsetzende Desintegrationsprozeß des Ostblocks gab Bulgariens Außenpolitik die Möglichkeit, die Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten Rumänien, Türkei, Griechenland sowie zum ehemaligen Jugoslawien neu zu gestalten. Denn im Zuge seiner Westorientierung konnte die Balkan-Politik Bulgariens als Regionalpolitik aus dem Schatten der globalen und auf die sowjetischen Sicherheitsinteressen ausgerichteten Außenpolitik heraustreten und an Bedeutung gewinnen. Setzte sich bereits der parteilose Ministerpräsident Dimităr Popov für eine sogenannte nicht-achsengebundene Balkanpolitik ein, so führte die UDK-Regierung unter Filip Dimitrov und Außenminister Stojan Ganev diese Politik des Ausgleichs vor allem mit der Türkei fort. Kurz nach der Unterzeichnung eines neuen griechisch-bulgarischen Freundschaftsvertrags am 7.10.1991 wurde mit dem südlichen Nachbarn am 28.11.1991 das erste militärische Abkommen mit einem NATO-Mitgliedstaat geschlossen. Einen Monat später, am 20.12.1991, kam es zur Unterzeichnung des sogenannten Sofioter Dokuments über militärische Zusammenarbeit zwischen Bulgarien und der Türkei, womit die bulgarisch-türkischen Spannungen infolge der Assimilationspolitik Todor Živkovs gegen die türkische Minderheit in Bulgarien offiziell beigelegt wurden. Als Ausdruck der bulgarischen Bemühungen um eine Politik der Äquidistanz zu

---

<sup>1</sup> Vgl. Otečestven vestnik vom 27.12.1993.

den unmittelbar angrenzenden Nachbarländern kann der Auftritt des Staatspräsidenten Željko Željčević auf der Brüsseler NATO-Konferenz am 20.12.1991 gewertet werden. Dort schlug er vor, die Neutralität seines Landes in die Waagschale zu werfen, um über einen Dialog zwischen Athen, Ankara und Sofia die beiden verfeindeten NATO-Länder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Diese Initiative ist jedoch nicht als ein originär bulgarischer Vorschlag zu verstehen. Bereits im Sommer 1991 hatte der griechische Ministerpräsident Konstantinos Mitsotakis Bulgarien und der Türkei Verhandlungen über eine Entmilitarisierung der Grenzregionen vorgeschlagen, in die auch Serbien einbezogen werden sollte. Dieses wiederholt geäußerte Angebot erhielt zwar nicht von der Türkei oder NATO-Politikern, wohl aber von allen bulgarischen Parteien Zuspruch. Doch mit der frühzeitigen Anerkennung der ehemaligen jugoslawischen Republik Makedonien am 15.1.1992 als eines souveränen Staates, die Željko Željčević selbst zum Nutzen seines Präsidentschaftswahlkampfes vorangetrieben hatte, verspielte der bulgarische Staatspräsident unter griechischen Politikern das nötige Vertrauen für ernsthafte Verhandlungen. Die Initiative des damaligen Außenministers Stojan Ganev für eine balkanische Abmachung nach dem Vorbild der KSZE-Verpflichtungen wurde dagegen von einem kleinen Erfolg gekrönt: Am Rande des Helsinki-Treffens Ende März 1992 kam es in der bulgarischen Botschaft in Helsinki zu einer Beratung der Außenminister aller Balkan-Staaten (Albanien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Kroatien, Rumänien, Slowenien, Türkei). Man einigte sich darauf, nach Beendigung der Jugoslawien-Krise eine weitere Balkan-Konferenz u.a. mit dem Ziel durchzuführen, die auf dem Balkan bestehenden Grenzen zu akzeptieren.

Unter den balkanischen Nachbarn haben Griechenland und die Türkei nach wie vor einen besonderen Stellenwert für Bulgariens nationale Sicherheitsinteressen. So vergleicht der amtierende Verteidigungsminister Valentin Aleksandrov die Beziehungen seines Landes zu den beiden NATO-Mitgliedstaaten mit einem "gleichschenkligen Dreieck", aus dem nach einer stärkeren Anbindung Bulgariens an die NATO ein "gleichseitiges Dreieck" entstehen sollte. Vor einer Verschlechterung dieser Beziehungen etwa durch türkische und griechische Truppenverlegungen im Grenzgebiet warnt er jedoch mit den Worten: "Ohne die Legitimität der Modernisierung der Streitkräfte unserer Nachbarn durch die NATO sowie die Militärhilfe für Griechenland und die Türkei im Verhältnis 7 zu 10 und im Wert von Hunderten Millionen Dollar auch im geringsten anzuzweifeln, beeinflussen sie letztendlich das allgemeine Kräfteverhältnis auf dem Balkan, das nicht zugunsten Bulgariens ist."<sup>1</sup>

Der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschusses für nationale Sicherheit, Nikolaj Slatinski,

---

<sup>1</sup> Vgl. Bulgarische Militär-Rundschau 3 - 4 (Dezember) 1993, S. 34 f.

nannte zum Problem der militärischen Unterlegenheit der bulgarischen Armee gegenüber der Türkei und Griechenland in einem Zeitungsartikel folgende Zahlen: Allein im Jahre 1992 habe Griechenland von seinen NATO-Partnern Rüstungsgüter im Werte von 1,918 Mrd. US-Dollar, die Türkei in Höhe von 1,511 Mrd. Dollar erhalten.<sup>1</sup> Dieser von der NATO als "cascading" bezeichnete Waffentransfer wurde durch den Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE) vom November 1990 möglich. Danach dürfen aufgrund der Abrüstung der Länder aus der Zentralzone 1 (Deutschland, Beneluxländer) zwischen November 1990 und August 1995 die NATO-Staaten der rückwärtigen Zone 3 die Obergrenzen ihrer Waffenbestände erhöhen, nämlich Griechenland um 16 % und die Türkei um 24 %. Bulgarien dagegen, das zusammen mit Rumänien ebenfalls zur Zone 3 gehört, muß im gleichen Zeitraum 18 % seiner Waffen abrüsten (Rumänien um 46 %).<sup>2</sup> Slatinski stellt daher resumierend fest: Offensichtlich grenze sich Europa immer stärker vom Balkan ab. Während Mitteleuropa abrüste, verwandele sich Südosteuropa in ein Arsenal modernster Waffensysteme. Dies könne Bulgarien nicht ruhig schlafen lassen.

Konkrete Bedrohungsvorstellungen einer neuen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Griechenland ergeben sich aus den jüngsten Streitigkeiten um die Ausdehnung des Küstenmeers. Die griechische Regierung beschloß unter Berufung auf Bestimmungen im internationalen Seerecht, ihr Küstenmeer von 6 auf 12 Seemeilen eigenmächtig auszudehnen. Diese Erweiterung, die am 16.11.1994 in Kraft trat, suchte die Türkei erklärtermaßen mit militärischen Mitteln zu verhindern. Stimmen in bulgarischen Tageszeitungen werteten diese Drohung als Angriff sowohl gegen Griechenland als auch gegen Bulgarien. Die Türkei wolle zunehmend die Rolle einer regionalen Ordnungsmacht spielen. Darauf deuteten auch die neuen türkischen Durchfahrtsbestimmungen durch den Bosphorus hin, die trotz der Einsprüche von Seiten Rußlands, Griechenlands und Zyperns von der UNO akzeptiert wurden und am 24.11.1994 in Kraft traten.<sup>3</sup> Das offizielle Auftreten der Türkei als neue Ordnungsmacht auf dem Balkan, weil sie "sich eine Mitsprache in ihrem historischen Interessensgebiet vorbehält",<sup>4</sup> scheint sich durch die jüngste Entsendung türkischer Blauhelme vom 20.5.1994 nach Bosnien-Herzegowina zum Schutz der dort lebenden Muslime zu bestätigen. Neben dem griechischen Außenminister Karolos Papoulias hat auch Bulgariens Staatspräsident Željko Želez in seinem Brief vom 16.3.1994 an den UN-Generalsekretär Butros Ghali gegen die geplante Präsenz von 2.700 türkischen Blauhelmen im ehemaligen Jugoslawien protestiert. Trotzdem entschied sich der UN-Sicherheitsrat am 23.3.1994 positiv für den entsprechenden Antrag der türkischen Regierung; d.h. auch Rußland hatte diesem zugestimmt.

---

<sup>1</sup> Vgl. Standart vom 26.5.1994. Vgl. ebenso: "Fuelling Balkan Fires", BASIC Report 93.3 vom 22.9.1993, S. 1.

<sup>2</sup> Vgl. SIPRI Yearbook 1993. World Armaments and Disarmament, Oxford 1993, S. 414 sowie 608 f.

<sup>3</sup> Vgl. Standart vom 13.6.1992; vgl. ebenso: Neue Zürcher Zeitung vom 28.5.1994.

<sup>4</sup> Vgl. Faruk Äen: "Die Türkei als Ordnungsmacht", in: Günther Wagenlehner (Hrsg.): "Konflikte, Konfliktlösungen, und Friedenssicherung in Südosteuropa", Südosteuropa Aktuell 17, München 1994, S. 134 f.



## *Bedrohungsvorstellungen zur inneren Sicherheit*

Während sich die Türkei um ihre neue Rolle als Ordnungsmacht auf dem Balkan bemüht, wachsen derzeit die Vorbehalte in der bulgarischen Bevölkerung gegenüber der türkischen Minderheit. Den ersten, noch inoffiziellen Ergebnissen der Volkszählung vom Dezember 1992 zufolge sind ca. 10 % der Bevölkerung Bulgariens türkischstämmig. Nach einem fünfjährigen, von der Regierung Todor Živkov inszenierten Assimilationsdruck, der die Schließung von türkischen Schulen und Moscheen sowie die Änderung türkischer Namen in slawische erzwang und im Sommer 1989 in einer Massenflucht von über 300.000 Türken aus Bulgarien in die benachbarte Türkei kulminierte, brachte das neue parlamentarische System Bulgariens dieser Minderheit zunächst neue politische Rechte. Zwar sind in der bulgarischen Verfassung vom 12.7.1991 keine speziellen Minderheitenrechte verankert, doch verfügt die Partei der türkischen Minderheit, die Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF), derzeit über ca. 10 % der Abgeordnetensitze im bulgarischen Parlament.<sup>1</sup> In der Absicht, der BRF dieses politische Mitspracherecht zu verweigern und die Minderheitsregierung der Union Demokratischer Kräfte (UDK) durch Neuwahlen zum Rücktritt zu zwingen, hatten sozialistische Abgeordnete (BSP, ehemalige BKP) noch im Frühjahr 1992 vergeblich versucht, die BRF vom Verfassungsgericht verbieten zu lassen.

Seitdem im Sommer 1992 zwischen der UDK und der BRF Meinungsunterschiede in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgetreten waren, gingen auch die beiden ehemaligen Bündnispartner immer stärker auf Konfrontationskurs. Der Gang der Wirtschaftsreformen wurde deshalb von den BRF-Abgeordneten als korrekturbedürftig angesehen, weil die Restitution der alten Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden in ihren "realen Grenzen" die türkische Minderheit vom Privatisierungsprozeß auszuschließen drohte. Im Frühsommer 1992 setzte daher infolge der Vertreibung von ihren Pachtgrundstücken und einer hohen Arbeitslosigkeit ein erneuter Exodus türkischstämmiger Bulgaren in die Türkei ein. Bis August 1992 gab es zwischen 70.000 und 160.000 Flüchtlinge.<sup>2</sup> Im Ergebnis dieser Auseinandersetzung wurde von UDK-Politikern ein antitürkisches Geschichtsbild entworfen, das mittlerweile auch in deutschen Publikationen verbreitet wird, etwa: "Die BRF brachte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung Filip Dimitrov ein und

---

<sup>1</sup> Vgl. Sabine Riedel: "Die türkische Minderheit im parlamentarischen Systems Bulgariens", in: Südosteuropa 2/1993, S. 100 - 124.

<sup>2</sup> Vgl. Oteestven vestnik vom 7.9.1992 und 12.10.1992.

stürzte so die erste nicht-kommunistische Regierung Bulgariens seit über 40 Jahren mit Hilfe der Stimmen der exkommunistischen Opposition.<sup>1</sup> Während die UDK-Regierung zu keinerlei Zugeständnissen bereit war, brachte nicht die BRF den angeblichen Mißtrauensantrag ein. Ministerpräsident Filip Dimitrov selbst stellte am 28.10.1992 die Vertrauensfrage, ohne sich der BRF-Stimmen sicher zu sein. Denn eine Unterstützung seitens der BRF hätte ihn den Preis einer Kabinettsumbildung gekostet, auf den sich der UDK-Koordinationsrat nicht einlassen wollte. Der Anlaß für die Vertrauensfrage waren bekannt gewordene Geheimgespräche über Waffengeschäfte, die Dimitrovs Berater Konstantin Mišev mit politischen Vertretern aus der Republik Makedonien geführt hatte.<sup>2</sup>

Da nach Dimitrovs Rücktritt am 29.10.1992 die UDK-Führung weiterhin alle Angebote der BRF für eine politische Zusammenarbeit in Form einer Koalitionsregierung ablehnte, um Neuwahlen zu erreichen, kam am 30.12.1992 die sogenannte Expertenregierung Ljuben Berovs unter dem Mandat der BRF und mit den Stimmen der Sozialisten sowie Teilen der UDK zustande. Als Reaktion darauf schloß die UDK die 23 abtrünnigen Abgeordneten aus ihrem Bündnis aus und machte fortan die türkische Minderheit für die wirtschaftliche und politische Instabilität des Landes verantwortlich. Die Tatsache, daß die Wahl der neuen Regierung Ljuben Berov unter dem Mandat der BRF zustande kam und seither die türkische Minderheit mit Evgeni Matinèev einen Vizepremier stellt, gibt antitürkischen Stimmungen zusätzlichen Auftrieb. Es häufen sich Zeitungsmeldungen über eine angebliche "Türkisierung" der Pomaken, d.h. der Bulgaren islamischen Glaubens aus den Rodopen. Diese seien bei der Volkszählung im Dezember 1992 von BRF-Vertretern aus den örtlichen Behörden dazu gezwungen worden, sich zu einer ethnisch türkischen Identität zu bekennen und das Türkische statt des Bulgarischen als Muttersprache anzugeben.<sup>3</sup> Unter dem Titel "16 bulgarische Dörfer sind türkisch geworden" berichten Artikel darüber, daß die bulgarische Bevölkerung islamischen Glaubens zur Umbenennung ihrer bulgarischen Namen in türkische gezwungen werde.<sup>4</sup>

Eine qualitativ neue Stufe der antitürkischen Stimmungen ist jedoch seit Anfang 1994 zu beobachten, nämlich seit Pater Georgi Gelemenov in der Presse von sich reden machte. Er ist Vorsitzender der Bulgarischen Christdemokratischen Partei (Zentrum) und Gründer der äußerst rechten Organisationen "Wiedergeburt" und "Vereinigte Bulgarische Armee". In einem Interview warb er für die Idee des Nationalsozialismus mit folgenden Worten: "Ich möchte sie in Bulgarien einführen, unter Vermittlung meiner Theorie über einen gemäßigten Rassismus [...] Das ist eine Theorie, welche die Bevölkerung Bulgariens entsprechend ihrer ethnischen Herkunft in drei Gruppen aufteilt: Die Bulgaren als Herren im Land gehören zur ersten Gruppe; die Zigeuner als Neuankömmlinge zur

<sup>1</sup> Zitiert nach: Wolfgang Höpken: "Bulgarien", in: Werner Weidenfeld (Hrsg.): Demokratie und Marktwirtschaft in Osteuropa, Gütersloh 1993, S. 308.

<sup>2</sup> Vgl. Oteèestven vestnik sowie Demokracija vom 22.10.1992.

<sup>3</sup> Vgl. 168 èasa vom 3.1.1994, S. 93.

<sup>4</sup> Vgl. Trud vom 8.2.1994 sowie Demokracija vom 20.6.1994.

Zeit der großen Völkerwanderung gehören zur zweiten, und die dritte Gruppe stellen die türkischen Invasoren."<sup>1</sup> Gelemenov, der als der bulgarische Žirinovskij gesehen wird, hat nicht nur eine Schar junger Leute um sich sammeln können. Neben diesen sogenannten Glatzköpfen und Skinheads kann er nun auch mit der Unterstützung aus Armeekreisen und vor allem im Zentrum seiner Bewegung, in der Stadt Plovdiv, mit der finanziellen Hilfe einzelner Unternehmer rechnen.<sup>2</sup>

Es bleibt zu hoffen, daß der Wirkungskreis dieser extremen Nationalisten begrenzt bleibt. Dies hängt aber nicht zuletzt vom Verhalten der beiden großen Parteien UDK und BSP ab. Lassen sie sich auch in Zukunft zu antitürkischen Stimmungen hinreißen, könnten sich die seit Živkovs Assimilationskampagne nicht zur Ruhe gekommenen interethnischen Spannungen wie in der Jugoslawienkrise gewaltsam entladen. In einem solchen Fall würde es vielleicht zu dem kommen, was alle als Bedrohung empfinden, nämlich zu einer Intervention der Großmächte, insbesondere der Türkei oder Rußlands.

Bei den letzten Parlamentswahlen vom 18.12.1994 errang die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) im Wahlbündnis mit der Bauernunion (BBU) "Aleksandăr Stambolijski" und dem Politischen Klub (PK) "Ekoglasnost" mit 43,5 % der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit und damit 125 der insgesamt 240 Abgeordnetensitze. Eine grundlegende Kurskorrektur der bulgarischen Sicherheits- und Außenpolitik scheint jedoch in absehbarer Zeit nicht anzustehen. Die wichtigsten Aussagen aus der Regierungserklärung, die der gewählte Ministerpräsident, der BSP-Vorsitzende Žan Videnov, am 25.1.1995<sup>3</sup> dem Parlament vortrug, sind die folgenden: Angemahnt wurde insbesondere das militärische Ungleichgewicht auf dem Balken, was als Argument für eine Stärkung der heimischen Rüstungsindustrie diene. Kritisch wurden außerdem die wirtschaftlichen Folgen des UN-Handelsembargos gegen die Republik Jugoslawien gesehen, welches von Bulgarien zwar seit Sommer 1992 mitgetragen wird, jedoch der bulgarischen Volkswirtschaft einen Verlust in Höhe von 6,139 Mrd. US-Dollar bis Ende September 1994 einbrachte.<sup>4</sup> Daher tritt die neue Regierung zusammen mit Griechenland, Rumänien, Ungarn und der Ukraine für eine baldige Lockerung bzw. Aufhebung des Handelsembargos ein.

---

<sup>1</sup> Vgl. Trud vom 29.12.1993.

<sup>2</sup> Vgl. Standart vom 27.5.1994 sowie vom 29.5.1994.

<sup>3</sup> Vgl. Duma vom 26.1.1995.

<sup>4</sup> Vgl. Trud vom 17.11.1994, S. 1.

## Griechenland

von Heinz-Jürgen Axt

Griechenland empfindet sich, folgt man aktuellen Kommentaren<sup>1</sup>, als Verlierer der weltpolitischen Wende von 1989/90. Während Deutschland seine nationale Einheit gefunden hat, ist Griechenland durch die Konflikte auf dem Balkan vom übrigen Europa getrennt. Griechenlands Streitigkeiten mit seinen Nachbarn im Norden mehren sich, insbesondere die Auseinandersetzung mit der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien (EJRM). Das unruhig gewordene sicherheitspolitische Umfeld korrespondiert mit wenig stabilen wirtschaftlichen und innenpolitischen Verhältnissen in Griechenland. Die politischen Auseinandersetzungen im Land scheinen das gängige Bild aufbrausender mediterraner Mentalität zu bestätigen. Da kann der Blick für Kontinuitäten griechischer Bedrohungsvorstellungen und sicherheitspolitischer Präferenzen schnell verlorengehen.

In den achtziger Jahren verfolgte die PASOK-Regierung von Andreas Papandreou eine eigenwillige und dem Westen gegenüber oft wenig kooperative Politik.<sup>2</sup> Es folgte zu Beginn der neunziger Jahre die Regierung der Neuen Demokratie (Nea Dimokratia) unter Konstantin Mitsotakis, die sich in deutlicher Abgrenzung von der Vorgängerregierung als prononciert prowestliche Kraft dargestellt hat. Wer indes erwartet, daß die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen in Griechenland völlig dem parteipolitischen Dissens unterliegen, sieht sich getäuscht.

### *Nationaler Konsens in der Sicherheitspolitik*

Der Parteienstreit macht sich im rhetorischen und deklaratorischen Element, weit weniger aber in der operationalen Politik bemerkbar. Es gibt in substantiellen Fragen der griechischen Außen- und Sicherheitspolitik einen nationalen Konsens und eine Kontinuität seit Mitte der siebziger Jahre. Grundlegende Kursänderungen haben weder in der Vergangenheit stattgefunden, noch sind sie für eine überschaubare Zukunft zu erwarten.<sup>3</sup>

Nach der Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland im Jahr 1974 hat der damalige Ministerpräsident Konstantin Karamanlis eine Sicherheitspolitik formuliert, die bis heute als gültig angesehen werden kann. Der nationale Konsens in der Sicherheitspolitik beruht in Griechenland auf folgenden Annahmen und Strategien:

- Die Türkei wird als die größte sicherheitspolitische Bedrohung wahrgenommen.
- Aus diesem Grund wird eine starke nationale Verteidigungskomponente als unverzichtbar angesehen.
- Die transatlantischen Beziehungen und die NATO werden als notwendige, aber nicht hinreichende Strukturen verstanden, um griechische Interessen zu verteidigen. Ihr Beistand wurde zu Zeiten des Kalten Krieges für unverzichtbar gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts gehalten;

---

<sup>1</sup> Vgl. in diesem Sinne Johannes Chr. Papalekas, Über Implikationen der Wende für Deutschland und Griechenland. Eine vergleichende Bilanz der Gewinne und Verluste, in: Heinz-Jürgen Axt (Hrsg.), Stabilisierung Südosteuropas. Beiträge aus deutscher und griechischer Sicht, München 1994.

<sup>2</sup> PASOK: Panellinio Sosialistiko Kinima (Panhellenische Sozialistische Bewegung).

<sup>3</sup> Zu Griechenlands außen- und sicherheitspolitischen Perzeptionen und Strategien vgl. ausführlich Heinz-Jürgen Axt, Griechenlands Außenpolitik und Europa: Verpaßte Chancen und neue Herausforderungen, Baden-Baden 1992.

gegenüber der Türkei wird der sicherheitspolitische Stellenwert der USA und der NATO als begrenzt angesehen. Die türkische Invasion auf Zypern 1974 und die weitgehende Untätigkeit des Westens machen sich in Griechenland noch immer als traumatische Erfahrung bemerkbar.

- Um dieses - aus griechischer Sicht bestehende - Defizit auszugleichen, hat Karamanlis in der Mitte der siebziger Jahre eine "multinationale Außen- und Sicherheitspolitik" konzipiert. Um Griechenlands Position gegenüber der Türkei zu stärken, maß er der Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) und möglichst engen Beziehungen mit den Nachbarstaaten auf dem Balkan, der Sowjetunion und der arabischen Welt besondere Bedeutung bei. Bei den Balkan-Staaten ging es ihm ebenso sehr darum, Bündnispartner gegen die Türkei zu finden wie Konflikte an der "Nordflanke" Griechenlands zu vermeiden.

Diesen Prinzipien war die Außen- und Sicherheitspolitik von Karamanlis in den siebziger Jahren verpflichtet. Der Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft (EG) wurde 1975 gestellt, 1981 trat Griechenland der Gemeinschaft bei. Mehr noch als wirtschaftliche und finanzielle Aspekte (Transferzahlungen aus dem EG-Haushalt an Griechenland) spielte auf griechischer Seite das sicherheitspolitische Motiv beim EG-Beitritt eine Rolle.<sup>1</sup>

Die Beziehungen zu den arabischen Ländern und insbesondere zu den Nachbarn auf dem Balkan sowie zur Sowjetunion verbesserten sich in den siebziger Jahren in einer Weise, daß das für den Kalten Krieg gültige Konfrontationsschema zwischen Ost und West auf Griechenland nicht mehr zuzutreffen schien. Wenn von einer "Gefahr aus dem Osten" die Rede war, war damit die Türkei gemeint.

### *Wende von 1989/90: traditionelle "multidimensionale" Politik in Frage gestellt*

Gegen Ende der achtziger Jahre war der Konsens in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik in Griechenland größer als je zuvor. Die PASOK-Regierung hatte sich nicht nur (spätestens ab 1982) die Grundprinzipien der multidimensionalen Politik zueigen gemacht, sondern hatte auch ab Mitte der achtziger Jahre von ihrem rhetorischen Radikalismus Abstand genommen. Nachdem die ab 1990 im Amt befindliche Regierung Mitsotakis das außenpolitische Profil von den letzten deklaratorischen Irritationen der Vorgängerregierung "gereinigt" und die Beziehungen zu den westlichen Verbündeten weiter entspannt hatte, hätte sich Griechenlands sicherheitspolitische Lage nachhaltig verbessern müssen, wenn nicht das Ende des Ost-West-Konflikt und die spezifische Reaktion Griechenlands auf diese Veränderung dazwischengekommen wären. Griechenland war mit einer Vielzahl neu entfachter Konflikte konfrontiert und hat es wenig verstanden, sich auf die neue Lage einzustellen sowie die Auseinandersetzungen vor allem an seinen Nordgrenzen zu entschärfen.

Das Ende des Kalten Krieges hat keine Entspannung im Verhältnis zur Türkei gebracht. Im Gegenteil, der Eindruck verstärkt sich, daß die Türkei in Griechenland noch stärker als früher für eine Bedrohung erachtet wird, denn einerseits verstärkt sich das regionale Gewicht der Türkei, und andererseits steht für viele griechische Politiker, Strategen und Analytiker fest, daß die Türkei auf die Balkan-Konflikttherde Einfluß nimmt - zum Schaden Griechenlands. Die arabischen Länder haben als bevorzugte Partner ebenso an Bedeutung verloren wie die (frühere) Sowjetunion.

Von herausragender Bedeutung ist die Tatsache, daß die Balkanstaaten ihre traditionelle Rolle in der

<sup>1</sup> Dies betont zu Recht Yannis Valinakis, *Greece's Security in the Post-Cold War Era*, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1994.

multidimensionalen Politik verloren haben. Diese Staaten stellen nicht länger privilegierte Bündnispartner in der Auseinandersetzung mit der Türkei dar. Überraschend ist dabei lediglich, daß man in Griechenland bislang noch keine Konsequenzen aus dem sich abzeichnenden Verlust des "Balkan-Pfeilers" gezogen hat. Wäre man sich dessen bewußt, müßte man sich bei den Auseinandersetzungen mit den nördlichen Nachbarn wohl weit mehr um eine Politik der De-eskalation bemühen.

### *Die Makedonien-Frage - ein Sicherheitsrisiko für Griechenland?*

Vor dem Hintergrund der geschilderten Veränderungen lassen sich die einzelnen Konfliktfelder, in die Griechenland verstrickt ist, und deren sicherheitspolitischer Stellenwert einordnen. Viele dieser Auseinandersetzungen waren während des Kalten Krieges "auf Eis gelegt" und sind nunmehr wiederbelebt worden. Das trifft auf die Makedonien-Frage in besonderer Weise zu.

Der Streit um Makedonien, bei dem es um den Staatsnamen, die Benutzung von (griechischerseits reklamierten hellenischen) Symbolen (Stern von Vergina) und die von Griechenland vermuteten expansiven Tendenzen der EJRM geht, spielt für die Athener Politik gegenwärtig die herausragende Rolle. 1944 wurde von Tito die "Föderative Republik Makedonien" geschaffen. Das stieß zwar in Griechenland auf Widerspruch, doch spielte Athen diesen Streitpunkt im Interesse guter Beziehungen zu Jugoslawien herunter. Dazu fand sich die griechische Seite allerdings nicht mehr bereit, als (nach dem Referendum vom 8. September 1991) aus der Republik ein international anerkannter Staat Makedonien werden sollte.

Verhandlungen über die Namensgebung des makedonischen Staates fanden zwischen Athen und Skopje unter Vermittlung der Vereinten Nationen in New York statt, ohne daß sich allerdings Kompromißformeln herausgeschält haben. Am 16. Februar 1994 verfügte Athen einen Handelsboykott gegen Makedonien. Skopje wurde von der Zufuhr wichtiger Rohstoffe abgeriegelt, die ohnehin anfällige makedonische Wirtschaft schwer geschädigt.

Der Streit wäre bei beiderseitigem guten Willen lösbar. Das trifft auch für die beiden Artikel 3 und 49 der makedonischen Verfassung zu, die von Griechenland als Ausdruck des Revisionismus gesehen werden. Denn was in dieser Verfassung steht, entspricht nur den international üblichen Normen zur Frage von Grenzveränderungen.<sup>1</sup>

Was eine Beilegung des Streits um Makedonien in Griechenland behindert, ist der in letzter Zeit überbordende griechische Nationalismus. Wo lange die Überzeugung genährt wurde, die Existenz Griechenlands, ja die hellenische Identität insgesamt stehe auf dem Spiel, hat es eine auf Interessenausgleich bedachte Politik schwer. Es gibt in Griechenland kaum Konzepte, wie die Beziehungen zum nördlichen Nachbarn entwickelt werden sollen, und wie die Lage dort langfristig zu stabilisieren ist.

Für den außenstehenden Beobachter ist es schwer nachzuvollziehen, daß die Makedonien-Frage in Griechenland als sicherheitspolitisches Risiko perzipiert wird.<sup>2</sup> Griechische Analytiker und Politiker

---

<sup>1</sup> Vgl. eingehend dazu Heinz-Jürgen Axt, Mazedonien: ein Streit um Namen oder ein Konflikt vor dem Ausbruch?, in: Europa-Archiv, 48 (1993) 3, S. 65-75.

<sup>2</sup> Vgl. Yannis Valinakis, Greece's Balkan Policy and the "Macedonian Question", Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1992.

sprechen durchaus von einem "Risiko" und einer "Bedrohung", die von Skopje angeblich ausgehe. Das muß überraschen, wenn man sich die militärischen Potentiale beider Seiten vor Augen hält: Zwei Millionen jugoslawische Makedonier stünden im akuten Konfliktfall gegen zehn Millionen Griechen, und eine makedonische Mini-Armee von 11.000 Mann und leichter Bewaffnung stünde gegen eine moderne griechische Armee von gut 170.000 Mann.<sup>1</sup> Und was vor allem nicht zu vergessen ist: Als Mitglied von NATO und WEU genießt Griechenland weitgehende Sicherheitsgarantien.

Sähe die Situation vielleicht anders aus, wenn Makedonien ein Bündnis mit Bulgarien oder der Türkei gegen Griechenland einginge? Ein bulgarisch-makedonisches Bündnis gegen Griechenland ist allerdings derzeit nicht in Sicht. Bulgarien legt zwar Wert auf ein gutes Verhältnis zur Türkei, will dies aber offensichtlich nicht als antigriechische Allianz verstanden wissen.

Auch der Türkei kann aktuell kein besonderes Interesse an Makedonien unterstellt werden - auch nicht die Absicht, Griechenland "einzukreisen". Das "worst case"-Szenario für die griechische Seite ist das Beispiel Bosnien-Herzegowina: Die Türkei initiiert diplomatische Initiativen, vergibt Kredite, liefert Waffen, und eventuell tauchen auch türkische Kriegsfreiwillige auf, aber eine direkte militärische Intervention erscheint nicht realistisch. Die - in Griechenland als Schreckensvision verbreitete - Option eines neuen Osmanenreichs würde nämlich zugleich den vollständigen Abschied der Türkei von der Moderne, vom Westen bedeuten. Trotz kritikwürdiger türkischer Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite scheint es (noch) nicht gerechtfertigt zu sein, eine solche Entwicklung für einen überschaubaren Zeitraum anzunehmen.

In diesem Zusammenhang ist auf das enge Verhältnis Griechenlands zu Serbien einzugehen. Dieses ist nicht nur das Resultat des gemeinsamen orthodoxen Glaubens und gemeinsamer historischer Erfahrungen (Frontstellung gegen Deutschland im letzten Weltkrieg), sondern beruht aus griechischer Sicht auch darauf, daß Serbien den Druck auf Makedonien von Norden her verstärkt und ein Gegengewicht gegen den türkischen Einfluß auf dem Balkan darstellt.

### *Weitere Konfliktpotentiale auf dem Balkan*

Die sicherheitspolitische Lage hat sich aus griechischer Sicht auch darum verschlechtert, weil die Differenzen mit Albanien zugenommen haben und weil Bulgarien seine Beziehungen zur Türkei verbessert hat. Die Entspannung im Verhältnis zu Albanien, die in den siebziger und vor allem achtziger Jahren beachtliche Fortschritte gemacht hatte, steht derzeit wieder auf dem Spiel. Griechenland beklagt sich darüber, daß die griechische Minderheit im südlichen Albanien ("Nord-Epirus"), deren Zahl - je nachdem ob man albanische oder griechische Quellen benutzt - zwischen 65.000 und 300.000 schwankt, systematisch unterdrückt werde. Es fehlt nicht an Hinweisen auf deren diskriminierende Behandlung (Religionsausübung, politische Rechte, wirtschaftliche Lage u.a.). Übersehen wird indessen oftmals, daß es mit der Entwicklung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse in Albanien derzeit noch keineswegs gut bestellt ist, so daß unter den beklagten Umständen nicht nur die Angehörigen der Minderheit, sondern auch die ethnischen

<sup>1</sup> Die drei makedonischen Armeekorps verfügen über leichte Artillerie und vier sowjetische Weltkriegspanzer T 34, aber nicht über schwere Artillerie, Flugzeuge und Flugabwehr. Vgl. Duncan M. Perry, The Military in the Republic of Macedonia, in: RFE/RL Research Report, 1, 46, S. 16.

Albaner zu leiden haben. Die griechische Regierung steht auch in der Nord-Epirus-Frage unter erheblichem innenpolitischen Druck. Das macht es den auf Ausgleich bedachten Politikern schwer, für eine behutsame Entspannung in den Beziehungen zu Albanien einzutreten. Die Medien sind mit dem Vorwurf mangelnder nationaler Gesinnung schnell bei der Hand. Die Politik in Griechenland muß sich also darauf einrichten, daß Albanien zwar keine Bedrohung im engeren (militärischen) Sinne ist, daß hier aber ein Unruheherd auf absehbare Zeit bestehen bleibt.

Die hier skizzierte Lage macht die spezifische Problematik der derzeitigen griechischen Außen- und Sicherheitspolitik deutlich: Man sieht sich mit Konfliktpotentialen an beinahe allen Grenzen konfrontiert. Der Konfliktbogen beginnt im Nordwesten mit Albanien, setzt sich über das ehemals jugoslawische Makedonien fort, erstreckt sich im Osten bis zur Türkei und im Südosten bis nach Zypern. Das Bedrückende dabei ist, daß es der griechischen Politik weder gelungen ist, auch nur eines dieser Konfliktpotentiale zu entschärfen, noch daß Prioritäten und Präferenzen entwickelt worden sind, welche die Handhabung einer durch viele Konflikte bestimmten Situation erlauben würden.

Nachdem Griechenland in der Vergangenheit so gute Beziehungen zu Bulgarien entwickelt hatte, daß schon von der "Achse Athen-Sofia" die Rede war, hat das Land die Verbesserung der Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei als eine nachteilige Entwicklung wahrgenommen. Aus griechischer Sicht, die noch immer stark Konzeptionen der Gleichgewichtspolitik verhaftet ist, war damit ein Bündnispartner gegen die "Gefahr aus dem Osten" verlorengegangen. Die beschleunigte Annäherung zwischen Sofia und Ankara setzte ein, als die Partei der türkischen Minderheit in Bulgarien nach den Wahlen vom Oktober 1991 eine innenpolitisch wichtige Rolle als Mehrheitsbeschafferin für die Regierung erlangen konnte.

Bulgarien hat aber keine Neigung, sich auf die Alternative einzulassen, Alliiertes entweder der Türkei oder Griechenlands gegen die jeweils andere Seite zu sein. Es bevorzugt derzeit - nicht zuletzt, um seine Chancen bei der EU nicht zu gefährden - eine multilateral ausgerichtete Strategie und sieht sich im griechisch-türkischen Streit eher als Vermittler denn als Partei.

### *Die Türkei für Griechenland auch weiterhin der Hauptwidersacher*

Die griechische Außen- und Sicherheitspolitik hat sich auf neue Konflikte bzw. auf die Zuspitzung seit langem bestehender Differenzen einstellen müssen, ohne daß die traditionellen Streitpunkte mit der Türkei einer Lösung nähergebracht worden sind. Die Türkei bleibt für Athen der Hauptfeind. Dabei hat sich ein Konfliktmuster eigener Art herausgebildet: Einerseits sind die griechischen militärischen Potentiale vorrangig gegen die Türkei gerichtet. Noch zu Zeiten des Kalten Krieges zog sich die Athener Regierung den Unmut der westlichen Regierungen zu, als sie 1985 in einer neuen Verteidigungsdoktrin die Türkei zum Hauptgegner erklärt hatte. Dementsprechend mußten die griechischen Militärverbände nicht mehr an der Grenze zu Bulgarien, sondern auf den Inseln vor der Türkei disloziert werden.

Andererseits kann Griechenland (ebenso wie die Türkei) mit diesem Konflikt relativ kontrolliert umgehen, so daß die Gefahr eines militärischen Konflikts begrenzt bleibt. Exemplarisch wird dies immer wieder an folgendem "Ritual" deutlich: Türkische Militärflugzeuge dringen in den von



Griechenland reklamierten Luftraum von zehn Meilen um die Ägäis-Inseln ein, weil die Türkei lediglich sechs Meilen akzeptiert. Daraufhin steigen griechische Jäger auf und drängen die türkischen Flugzeuge ab. Politik und Presse insbesondere in Griechenland protestieren jeweils energisch gegen die "Verletzung des Luftraums". Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation "aus Versehen" ist relativ gering, weil beiden Seiten die Optionen der Gegenseite bekannt sind. Als Plädoyer für die Beibehaltung der derzeitigen Zustände sind die Bemerkungen nicht zu verstehen, bindet doch der bilaterale Konflikt auf beiden Seiten nicht nur erhebliche militärische Potentiale, sondern auch dringend benötigte wirtschaftliche und finanzielle Ressourcen. Mit 6,4 % war der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung in Griechenland 1991 nicht nur auf dem Balkan, sondern in der gesamten NATO der höchste (Türkei 4,9 %).

Es sind drei Konfliktpotentiale, welche die Bedrohungswahrnehmungen in Griechenland gegenüber der Türkei prägen. Bezüglich des Minderheitenkonflikts in Westthrakien befürchtet man, daß die dortige türkisch-muslimische Population als "verlängerter Arm Ankaras" politisch destabilisierend wirkt und daß es aufgrund der demographischen Entwicklung zu einer "Islamisierung" griechischen Territoriums mit anschließender Sezession am Ende kommen könnte. Beim Ägäiskonflikt sieht die griechische Seite Rechtspositionen und eigenes Territorium bedroht.<sup>1</sup> Was Griechenland als unbestreitbares Recht ansieht (u.a. die Ausdehnung der Territorialgewässer um die griechischen Ägäisinseln), hat die Türkei zum "Kriegsgrund" erklärt. Im Falle Zyperns schließlich befürchtet Griechenland, daß die Türkei nicht nur die Abspaltung des nördlichen Inselteils verewigen will, sondern daß auch Übergriffe auf das Territorium der Republik Zypern nicht auszuschließen sind.

### *Noch keine Antworten auf die neuen Herausforderungen*

Daß aufgrund der geschilderten Entwicklung insbesondere auf dem Balkan der traditionellen Sicherheitspolitik Griechenlands der Boden entzogen ist, wird in Griechenland ebenso wenig diskutiert wie Alternativmöglichkeiten. Dies ist die eigentliche Herausforderung für Griechenland. Daß sich die griechische Seite in - zumindest von außen her betrachtet - überflüssigen Auseinandersetzungen (Makedonienfrage) verschleißt, läßt für die Zukunft manche Überraschung erwarten. Griechenland kann in der EU und der NATO nicht nur (wie bisher) ein schwieriger, sondern in mancher Hinsicht auch ein unberechenbarer Partner werden, weil über seine künftigen sicherheitspolitischen Prioritäten zum gegenwärtigen Zeitpunkt wenig Konkretes gesagt werden kann.

Das griechische Dilemma nach dem Ende des Ost-West-Konflikts stellt sich wie folgt dar: Auf der einen Seite erodiert, je mehr die Auseinandersetzungen mit den Balkanstaaten zunehmen, das bisherige Fundament griechischer Sicherheitspolitik, so daß die dem Gleichgewichtsdenken verpflichtete griechische Politik ihre Bündnispartner verliert. Auf der anderen Seite gelingt es der griechischen Seite kaum, das Verhältnis zur Türkei zu entspannen. Die Türkei bleibt unverändert der Hauptwidersacher. Vertrauensbildung und Bemühen um Lösungen stagnieren. Daher wird sich die Türkei aus griechischer Sicht in Zukunft als eine eher wachsende denn abnehmende Bedrohung

---

<sup>1</sup> Was hier nur knapp gestreift werden kann, ist ausführlich dargestellt in: Heinz-Jürgen Axt/Heinz Kramer, Entspannung im Ägäiskonflikt? Griechisch-türkische Beziehungen nach Davos, Baden-Baden 1990. Vgl. auch Heinz Richter, Friede in der Ägäis? Zypern-Ägäis-Minderheiten, Köln 1989.

darstellen.

## **Kroatien**

von Hans-Joachim Hoppe

### *Apokalyptische Bedrohung durch Großserbien*

Die Ambitionen der serbischen Nomenklatura wurde nach Titos Tod (1980) für die anderen Völker und Ethnien in Jugoslawien zur Hauptgefahr. Während Kroaten und Slowenen - angespornt vom Umbruch in Osteuropa 1989/1990 - eine wirkliche Demokratisierung und Umwandlung Jugoslawiens in eine echte Föderation selbständiger Republiken anstrebten, wollten die chauvinistischen und reformunwilligen Kreise in Belgrad dessen Rezentralisierung. Die Kroaten waren nicht mehr bereit, die Dominanzrolle der Serben in Politik, Wirtschaft, Armee und Administration hinzunehmen; die Serben hingegen sahen sich durch das Unabhängigkeitsstreben der Einzelrepubliken von einer privilegierten Schicht zu einer ungeliebten Minderheit degradiert. Auf die Unabhängigkeitserklärung der Kroaten und Slowenen reagierte die Führung in Belgrad im Sommer 1990 mit Krieg, wobei sie sich der Jugoslawischen Volksarmee mit ihrem überwiegend serbischen Offizierskorps bediente. Der zunächst unter dem Vorwand der Wiederherstellung Jugoslawiens und dem Schutz des "bedrohten Serbentums" begonnene Krieg eskalierte zu einem blutigen Eroberungsfeldzug, bei dem es in erster Linie um Sicherung der serbischen Vormachtstellung und die Eroberung von Territorien ging. Die großserbische Parole "Alle Serben in einem Staat" wirkte in den ethnisch gemischten Gebieten als Sprengsatz und gab auch der Sezession der Krajina-Serben eine scheinbare Legitimation.<sup>1</sup>

Dem Vorgehen der Serben sah der Westen weitgehend tatenlos zu; seine Vermittlungsbemühungen sanktionierten nur die serbischen Eroberungen. Auch die Anerkennung Kroatiens kam nach kroatischer Auffassung nicht zu früh, sondern viel zu spät, nämlich als bereits ein Drittel des kroatischen Territoriums von den Serben erobert war. Aus Zagreber Sicht hatte die internationale Anerkennung eine wichtige Sicherheitsfunktion, nämlich die von Belgrad als Straffaktion gegen die abtrünnigen Republiken eingeleiteten Kriegszüge zu delegitimieren und Kroatien Anspruch auf Schutz durch die Völkergemeinschaft zu verschaffen.<sup>2</sup>

Mit der großserbischen Ideologie will Belgrad nach kroatischer Auffassung ein altes Programm verwirklichen: die Serben in allen Teilen Jugoslawiens vereinigen, Lebensraum für eine neue serbische Kolonisation schaffen und neue Ressourcen erschließen als Ausweg aus seiner politischen und wirtschaftlichen Krise. Ohne Rücksicht auf historische oder ethnische Gegebenheiten erhebe es Anspruch auf ein nach wirtschaftlichen und strategischen Kriterien abgerundetes Territorium - auf Dalmatien mit seinem Zugang zum Meer, Tourismus, seiner Schifffahrt und Fischerei, auf Slavonien mit seiner Landwirtschaft und seinen Ölquellen.

---

<sup>1</sup> Sabrina P. Ramet, *Nationalism and Federalism in Yugoslavia, 1962-1991*, Bloomington/Indianapolis 1992.

<sup>2</sup> Siehe Stellungnahmen von Stjepan Sulek (Kroatische Botschaft) und Michael Libal (Auswärtiges Amt) in: *Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Südosteuropa*, hrsg. v. Günther Wagenlehner, Südosteuropa aktuell 17, SOG München 1994, S.48 sowie S.234-238.

Ziel Belgrads ist in kroatischer Sicht die Aufteilung des jugoslawischen Raums auf drei Staaten: ein Großserbien mit Teilen Kroatiens, mit Bosnien und Makedonien (ca. 18 Mill. Einwohnern), ein kaum lebensfähiges Restkroatien mit 2,45 Mill. und Slowenien mit 1,8 Mill. Einwohnern. Seine Ansprüche gingen sogar über Ex-Jugoslawien hinaus und erstreckten sich auf Teile Ungarns, Rumäniens und Bulgariens, auf Griechenland bis Saloniki und Albanien bis Shkoder und Durres. Und schließlich sollen serbische Politiker sogar gedroht haben, die Welt abermals in einen globalen Krieg zu stürzen, falls diese sich ihren Wünschen entgegenstelle.<sup>3</sup>

### *Zwiespältige Haltung gegenüber den Moslems in Bosnien*

Schon Monate vor Ausbruch des Kriegs warnten kroatische Politiker, daß das eigentliche Ziel der Serben Bosnien-Herzegowina sei. Nach dessen Unabhängigkeitserklärung ermunterte Belgrad die bosnischen Serben zur Sezession und zu einem verheerenden Eroberungsfeldzug, bei dem sie 70 % des Landes unter ihre Kontrolle brachten; ihr Vormarsch wurde durch den Zusammenbruch der kroatisch-muslimischen Allianz (im Frühjahr 1993) begünstigt.

Die Haltung der Kroaten gegenüber den Moslems schwankt traditionell zwischen Mißtrauen und Zuneigung, Feindschaft und Kooperation. In Konkurrenz zu den Serben strebte Kroatien mehrfach in der Geschichte danach, Teile von Bosnien-Herzegowina zu vereinnahmen, sei es durch Absprache mit Belgrad über die Köpfe der Moslems hinweg oder gegen die Serben im Bund mit den Moslems, die es als die "Blüte der kroatischen Nation" definierte. Auch die Einstellung der kroatischen Minderheit gegenüber der Republik Bosnien-Herzegowina war unterschiedlich: so gründeten die "Herzegowiner" in ihrem kompakten Siedlungsgebiet nach dem Vorbild der Serben einen eigenen Staat, der die Verbindung zu Kroatien anstrebte, während die verstreut siedelnden bosnischen Kroaten an einer Kooperation mit den Moslems festhalten wollten. Unter den Einfluß der "herzegowinischen Lobby" um Verteidigungsminister Šušak und Kroatenführer Boban suchte Präsident Tudjman offenbar einen Deal mit Milošević über die Teilung Bosniens auf Kosten der Moslems.

Dabei geriet Tudjman unter massiven Beschuß der Opposition (einschließlich der Kirche): Der Bruch mit den Moslems habe die serbischen Eroberungen erleichtert, ohne den Kroaten Vorteile zu bringen; Kroaten und Moslems hätten nur gemeinsam gegen die Serben eine Chance; Milošević suche Kroaten und Moslems zu trennen, um sie dann einzeln zu schlagen; eine eventuelle Einigung mit Belgrad sei wegen der großserbischen Pläne, die über Bosnien bis zur Krajina und nach Dalmatien reichten, nicht von Dauer. Die Teilung Bosniens sei ein gefährlicher Präzedenzfall für Kroatien selbst, das nicht in die Teilung seines Nachbarstaates einwilligen und zugleich Respekt vor seiner eigenen territorialen Integrität erwarten könne.

Eine Korrektur der Zagreber Politik erfolgte erst auf massiven Druck Deutschlands und der USA: Die Vereinbarungen vom März 1994 über eine bosnisch-kroatische Föderation in Bosnien-Herzegowina und deren konföderative Verbindung mit Kroatien wurden von beiden Teilen als Stärkung ihrer Position gegenüber den Serben bewertet; mit der Föderation entstehe ein geschlos-

---

<sup>3</sup> Ausführlich die von der Universität Zagreb herausgegebene Broschüre: Kroatien zwischen Krieg und Selbständigkeit, OKC Zagreb Nov. 1991.

sener Raum, der die moslemischen und kroatischen Gebiete mit dem Meer verbinde; die erneuerte Waffenbrüderschaft ermögliche den Kroaten wie den Moslems, in Bosnien gegen die Serben wieder in die Offensive zu gehen.

Es gab aber auch skeptische Stimmen: der Verdacht einer vom Westen beabsichtigten Neuaufgabe Jugoslawiens, die Tudjman wiederholt ablehnte; Zweifel an ihrer Realisierbarkeit wegen der Verweigerungshaltung der bosnischen Serben, die ihrerseits zusammen mit der Krajina eine

## *Serbische Siedlungsgebiete und Territorialansprüche in Kroatien*

μ §Quelle: Universität Zagreb (Hrsg.), Kroatien zwischen Krieg und Selbständigkeit, Zagreb 1991.

Föderation mit Serbien anstreben; Zweifel an der Dauerhaftigkeit des neuen Bündnisses - wegen alter Ressentiments und der Erinnerung an jüngste Massaker und schließlich kleinliche Zagreber Besorgnisse, man müsse - wie früher zur Tito-Zeit für das weniger entwickelte und vom Krieg verheerte Bosnien die Kosten aufbringen.<sup>1</sup>

### *Die Serben in Kroatien - Belgrads 5. Kolonne ?*

Aus kroatischer Sicht sind die Serben in Kroatien (gegenwärtig 376.000 oder 8 %) ein Instrument Belgrader Bevormundung, denen Tito schon wegen ihrer Verdienste als Partisanen und als Gegengewicht gegen den kroatischen Nationalismus eine Sonderstellung eingeräumt hatte. Nach der Loslösung von Jugoslawien im Mai 1991 war die Zagreber Führung deshalb bemüht, die Serben aus ihren privilegierten Stellungen in Militär, Polizei und Zoll zu entfernen und ihre kompakten Siedlungsgebiete unter Kontrolle zu bringen. - Viele Serben sahen sich durch die rüde Politik Zagrebs mit ihrer nationalistischen Propaganda und alten Symbolik an Ustaša-Traditionen erinnert und wollten weder die Trennung von Belgrad noch den Verlust ihrer Vorzugsstellung hinnehmen; mit Belgrader Unterstützung lösten sich die (überwiegend autochthonen) Krajina-Serben nach heftigen Kämpfen von Kroatien und riefen ihren eigenen Staat aus. Kritiker Tudjmans meinen, daß der "Krajina-Konflikt" durch rechtzeitige Konzessionen und institutionelle Verankerung der Serben im kroatischen Staat hätte vermieden werden können.

Gegen den Versuch Belgrads, die serbische Frage zu "territorialisieren", wandte man kroatischerseits ein, daß nur noch eine Minderheit der kroatischen Serben (ca.160.000) in kompakten Gebieten lebe, während der größere Teil sich auf die wirtschaftlich attraktiveren Städte Kroatiens verteilt habe. Auch sei die Diskriminierung nur ein Vorwand, denn die "städtischen" Serben fühlten sich offenbar nicht bedroht, seien im Parlament vertreten und hätten eigene Parteien, die zur Mitarbeit im kroatischen Staat bereit seien und die Hetzkampagne Miloševićs verurteilten. Tatsächlich ginge es Belgrad weniger um die Rechte der dortigen Serben als um die Amputation einer zusammenhängenden Region von Kroatien im Rahmen des großserbischen Programms ohne Rücksicht auf die historischen Rechte und die realen Bevölkerungsverhältnisse. So handele es sich bei der Lika, Krajina und Norddalmatien um geschichtliches Kernland der Kroaten, dessen Siedlungsverhältnisse erst durch die Türkenzeit verändert wurde; auch verkehrstechnisch sei es ein Schlüssel-

<sup>1</sup> Patrick Moore, Croatia and Bosnia: A Tale of Two Bridges, in: RFE/RL Research Report, 1, 7.1.1994, S. 111-117; ders., The Croatian-Muslim Agreements, in: RFE/RL Research Report, 13, 1.4.1994, S.20-24.

raum, auf den Kroatiens nicht verzichten könne. Mit der Krajina kontrollierten die serbischen Separatisten 20-25 % kroatischen Territoriums und blockierten wichtige Verkehrsverbindungen sowie die Energieversorgung zwischen dem Binnenland und Dalmatien. Den UNPROFOR wirft Zagreb vor, die serbische Politik zu unterstützen und ihre Verpflichtungen aufgrund des Vance-Plans nicht erfüllt zu haben: nämlich die Rückkehr der Flüchtlinge, die Entwaffnung der Serben und die Übernahme der Verwaltung durch kroatische Zivilbehörden. Auch die jüngsten Vorschläge einer Reintegration der Krajina mit einem hohen Grad an Autonomie beließen das Gebiet faktisch in serbischer Hand, das über die Region der bosnischen Serben wie bisher direkt mit Belgrad verbunden bleibe.<sup>1</sup>

### *Regionalismus contra Zentralismus*

Gegen die zentralistische Politik Tudjmans, den Devisenabfluß an die Metropole und die Vorherrschaft der "Oligarchie der HDZ" (= der Regierungspartei) wenden sich neben der Opposition (Sozialliberalen und Bauernpartei) insbesondere die regionalistischen Bewegungen mit ihrer Forderung nach stärkerer Berücksichtigung historischer, ethnischer und wirtschaftlicher Besonderheiten. Ideal wäre eine Gliederung Kroatiens in 6-8 historisch gewachsene Regionen (Zagreb, Kernkroatien, Istrien, Dalmatien, Slavonien und die Lika). Zagreb zeige kein Verständnis für Istrien als transnationale Gemeinschaft, für die Weltoffenheit der Dalmatiner oder die Idee einer Euroregion. So wolle es mit seiner Siedlungspolitik und anderen Maßnahmen ethnische Mischgebiete wie z.B. Istrien "kroatisieren" bzw. unter den Einfluß der HDZ bringen. Was Tudjman und seine Umgebung nicht verstünden, sei die Erfahrung, daß unitaristischer Zwang keinen Konsens schafft, daß die wachsende Unzufriedenheit in den Regionen die Existenz des kroatischen Staates gefährde - sei das Paradoxon, daß hingegen mehr Entfaltungsfreiheit der Regionen die Einheit Kroatiens fördere. "Nur der Regionalismus kann Kroatien integrieren!" - Die Zentrale in Zagreb wiederum beschuldigt die Regionalparteien, Kroatien zu zerschlagen. Die Autonomie einer Region könne ein Präzedenzfall für die Krajina sein und deren Reinkorporation vereiteln. Außerdem könne die Kantonisierung Kroatiens und anderer ehemaliger Teilrepubliken zu einer neuen (von Belgrad beherrschten) jugoslawischen Assoziation führen.<sup>2</sup>

Die Angst vor dem Zerfall Kroatiens wächst, je länger die Sezession der Krajina einschließlich der eroberten Gebiete andauert. Zu der Spaltung Kroatiens in einen besetzten und unbesetzten Teil komme - trotz Waffenstillstands - eine weitere hinzu - nämlich je nach dem Grad der Gefährdung durch serbische Stellungen: So lägen die Städte an der dalmatinischen Küste, der Raum Gospiæ und Karlovac im Inland sowie einige Vorstädte Zagrebs immer noch in der Reichweite serbischer Artillerie bzw. Raketen. 40 % der Bevölkerung auf 60 % des Territoriums seien ständiger Kriegsgefahr und wirtschaftlichen Beschränkungen ausgesetzt, während nur die Grenzgebiete zu Slowenien, Teile Zagrebs sowie die Küstenregion um Rijeka weniger betroffen seien.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Stan Markotich, Croatia: Stalemate over Krajina, in RFE/RL Research Report, 26, 1.7.1994, S.18-24.

<sup>2</sup> Stan Markotich, Croatia's Istrian Democratic Alliance, in: RFE/RL Research Report, 33, 26.8.1994, S.14-19; Iva Dominis, Dalmatia: A Croatian Resource Divided, in: RFE/RL Research Report, 9, 4.3.1994, S.37-42; zum Regionalismus in Kroatien siehe Dokumentation in Osteuropa, 8/1994, S.A 450-460.

<sup>3</sup> Ivo Bicanic, Croatian Struggle to Make Ends Meet, RFE/RL Research Report, 45, 12.11.1993, S.29-34.

## *Kroatien - Bollwerk des Westens?*

Der Belagerungsmentalität im Inneren entspricht das Gefühl des allseitigen Bedrohtseins von außen: Im Osten fürchtet Kroatien eine neue serbische Aggression, im Westen belasten kleinkarierte Streitereien das Verhältnis zu Slowenien und Revisionsansprüche der Regierung Berlusconi das Verhältnis zu Italien. Von den Nachbarn scheinen lediglich Österreich und Ungarn vorbehaltlos Kroatien zu unterstützen. Auch der Vatikan gilt, wie der kürzliche Papstbesuch gezeigt habe, als Kroatien zugeneigt. Als Hauptschutzmacht gilt immer noch Deutschland, das Kroatien zuerst anerkannte, drohende Sanktionen von diesem abwandte, zusammen mit den USA die moslemisch-kroatische (Kon-)Föderation vermittelte und nun mit den anderen Mächten zu einer Einigung mit Belgrad und den Krajina-Serben drängt. Kroatien sei wie auch die anderen Teile Ex-Jugoslawiens globalen Absprachen zwischen den USA, der EU und Rußland unterworfen und seine Konföderation mit Bosnien markiere offenbar die Grenze zwischen einer westlichen und einer russisch-serbischen Einflußzone (einem neuen "Jalta"). Gegenüber der sich auf dem Balkan formierenden orthodoxen Allianz sieht sich Kroatien gern als (katholisches) Bollwerk des Westens.

Aus der Sicht der Opposition hängt die westliche Unterstützung für Kroatien aber nicht nur von der Legitimität seiner Außenpolitik und Kriegsführung, sondern auch von seinem inneren Zustand ab, der von der Herrschaft einer Oligarchie aus Teilen der alten Nomenklatura, Geschäftemachern und unverbesserlichen Emigranten gekennzeichnet sei, die nichts von Demokratie verstünden. Die Annäherung Kroatiens an die EU werde zudem durch die tiefen Differenzen zwischen ihren Mitgliedern erschwert, die der Jugoslawien-Konflikt habe zutagetreten lassen. So suchten England und Frankreich mit einem Großserbien ein Gegengewicht aufzubauen - gegen Deutschland und sein mitteleuropäisches Vorfeld, zu dem auch Kroatien und Slowenien gehörten!

## **Makedonien**

von Hans-Joachim Hoppe

### *Bedrohte Integrität und Identität*

Makedonien wurde als einziger Nachfolgestaat Ex-Jugoslawiens vom Krieg verschont. Während für Slowenien und Kroatien die Unabhängigkeit ein lang gehegtes Ziel war, war sie in Makedonien eher ein taktisches Manöver der Kommunisten, das Land vor Bürgerkrieg, der Wirtschaftskrise und Bevormundung durch Serbien zu schützen. Trotzdem sind die äußeren Gefahren und inneren Bedrohungen durch eine sichtbare Radikalisierung nicht zu unterschätzen. Die schon in der Tito-Ära bestehenden Spannungen, die im größeren Jugoslawien peripher blieben, haben sich in dem kleineren Makedonien durch die Polarisierung zwischen Slawomakedoniern (65 %) und Albanern (20-35 %) potenziert. Dabei stellt sich wie in anderen multiethnischen Staaten die Sicherheitslage für die einzelnen Nationalitäten unterschiedlich dar. Die gegenwärtige Führung sucht Makedonien durch Demokratisierung, vorsichtige Reformpolitik und ein - allerdings unvollkommenes - multiethnisches

---

<sup>1</sup> Interview mit dem in London lebenden kroatischen Serben Stevan Dedijer, Bruder des Titobiographen Vladimir Dedijer, in *Globus*, 19.8.1994, S.41/42. Siehe auch die Äußerungen von Ivan Supek, Präsident der Kroatischen Akademie der Wissenschaften, in: *Nedjeljna Dalmacija*, 23.9.1994, S.4/5 u. 12.

Konzept vor einem Konflikt zu bewahren. Diese Probleme werden durch ein mehrfaches Identitätsproblem verschärft: durch mangelnde Identifikation vor allem der nichtslawischen Ethnien mit dem makedonischen Staat, durch die Infragestellung von Staat und Nation durch Serben, Bulgaren und Griechen.<sup>1</sup>

### *Störfaktor Griechenland*

Makedonien sieht sich durch die Athener Obstruktionspolitik ständig bedroht. Griechenland, das in der Tito-Ära an der gleichnamigen jugoslawischen Teilrepublik keinen Anstoß nahm, nimmt jetzt den Namen, die Staatssymbole, die historische und ethnische Identität der Republik für sich in Anspruch. Es pflegt das Feindbild eines panmakedonischen Chauvinismus und unterstellt Skopje trotz dessen offizieller Dementis und Verfassungsänderungen territoriale Ansprüche auf Nordgriechenland. Die Sorge Skopjes um die dort lebende slawische Volksgruppe (ca. 50-200.000) kontert Athen mit der Konstruierung einer umfangreichen griechischen Minderheit (angeblich 250.000) in Obermakedonien. Unter Hinweis darauf schürt griechische Rhetorik in Belgrad makedonische Ängste. Bekräftigungen Papandreous, er sei an der Integrität Makedoniens und Verhinderung einer Ausweitung des Balkankriegs interessiert, werden unglaubwürdig. In Wahrheit trägt er mit der am 16. Februar 1994 verhängten Wirtschaftsblockade, der Blockierung von Finanzhilfen und der Verhinderung der Integration Makedoniens in die EU und KSZE zu einer Schwächung der Republik bei. Die Anfeindung durch Griechenland droht die Situation in Makedonien zu verschärfen, fördert den makedonischen Nationalismus und die innerethnischen Spannungen. Sie ermöglicht der Führung in Skopje auch eine Ablenkung von den akuten Wirtschaftsproblemen und eine Stärkung des Zusammenhalts.<sup>2</sup>

Die EU übt nach verbreiteter Ansicht im Hinblick auf das Embargo nur unzureichenden Druck auf Griechenland aus, auch die Mahnungen der USA an Athen - zuletzt beim Besuch von Verteidigungsminister Perry im Juli 1994 - haben nicht gefruchtet. Doch stellt man mit Genugtuung fest, daß die jetzige US-Administration trotz starker griechischer Lobby Makedonien wohlwollend gegenübersteht und es als schützenswert erachtet. Athen überschätze seinen Einfluß auf die zahlreichen Griechen in Clintons Umgebung, die offenbar in erster Linie amerikanische Interessen vertreten. Das serbisch-griechische Zusammenspiel weckt in Makedonien die Furcht vor neuen Teilungsplänen. Jedenfalls spiele Griechenland mit seiner destruktiven Politik Belgrad in die Hände und schade sich damit selbst, wenn sich der jugoslawische Krieg durch einen Konflikt in Makedonien seiner Grenze nähere.

### *Bulgarien - Makedoniens Pate?*

Von Bulgarien sieht man in Makedonien gegenwärtig die geringste Gefährdung. Nach der Entlassung Makedoniens aus dem jugoslawischen Verband gefällt sich Sofia sogar als Pate seines "Bruderlandes"; trotz seiner Vorbehalte gegenüber der Existenz einer makedonischen Nation und Sprache

---

<sup>1</sup> Zum Makedonien-Problem siehe Duncan M. Perry, Macedonia: From Independence to Recognition, in: RFE/RL Research Report, 1, 7.1.1994, S. 118-121; ausführlich Wolf Oschlies, Republik Makedonien, Teil I, II u. III, Berichte des BIOS, 48, 1993, 10 u. 14, 1994.

<sup>2</sup> Zum Konflikt mit Griechenland u.a. Nova Makedonija, 23.1., 14. u. 16.3.1994; Neue Zürcher Zeitung, 21.7.1994.



hat es am 15. Januar 1992 die Republik aus "Freundschaft" als erste anerkannt. Wie sich bei Präsident Gligorovs Besuch in Sofia am 25.-26. April 1994 zeigte, belastet aber der Sprachenstreit weiterhin die bulgarisch-makedonischen Beziehungen, weswegen sogar viele Verträge nicht zustande kamen. Dennoch bietet der pragmatische Kurs des Präsidenten Kilev den Makedoniern einen gewissen Rückhalt mit vorrangigem Interesse an der Stabilität des Nachbarlandes als "Pufferstaat" sowie an Wirtschafts- und Verkehrsbeziehungen; für das zwischen Serbien und Griechenland blockierte Makedonien ist Bulgarien wichtiges Transitland zum Schwarzen Meer und zur Türkei (u.a. für den militärischen Nachschub der UNPROFOR-Einheiten). Mit Sorge werden in Skopje allerdings großbulgarische Kräfte betrachtet, die Verbindungen zur makedonischen nationalistischen Opposition unterhalten, paramilitärische Gruppen drillen und unter der Bevölkerung in Makedonien agitieren. Umgekehrt wirken panmakedonische Tendenzen auf Bulgarien, die den Separatismus im westlichen Pirin-Gebiet unterstützen, wo 400-500.000 Makedonier leben und die Bulgaren schon als "Besitzer" angesehen werden.<sup>1</sup>

### *Hauptgefahrenherd Serbien*

Als Hauptgefahr für Makedonien wird immer noch Serbien angesehen - trotz der reibungslosen Trennung von Ex-Jugoslawien und des Abzugs von dessen Armee, die, wie es hieß, "in Bosnien gebraucht wurde". Bis zuletzt hatte Makedonien an einer jugoslawischen Lösung festgehalten, zog aber 1991 den Weg in die Unabhängigkeit vor, um kein Anhängsel Großserbiens zu sein und nicht in dessen Kriegspolitik mit allen negativen Folgen (Inflation, Embargo etc.) verwickelt zu werden. Seitdem sieht sich Skopje einer widersprüchlichen Politik Belgrads ausgesetzt, die zwischen resignierter Akzeptanz, offener Ablehnung und plumpen Drohungen schwankt. So heißt es etwa, Makedonien sei ein scheinsouveräner Staat, der nur so lange existiere, wie es Belgrad gefalle. Wie zahlreiche Zwischenfälle zeigen, respektiert Serbien die Grenze nur halbherzig. Offiziell stellt Belgrad keine territorialen Forderungen, doch gibt es rhetorisch weitreichende territoriale Wünsche bezüglich Makedoniens, das historisch als "Südserbien" betrachtet wird. Beunruhigend ist, daß Milošević Makedonien nicht anerkannt hat; auch sucht er mit Kapital und Subversion eine Destabilisierung Makedoniens zu bewirken und proserbische Kreise zu stärken. Dabei wird er durch die Serbisch-Orthodoxe Kirche unterstützt, die - wie die bulgarische und griechische - der makedonischen Kirche die Anerkennung verweigert und vor allem in Nordmakedonien für die Einheit aller Serben agitiert. Radikale schüren die Unzufriedenheit unter den Serben in Makedonien (offiziell 44.000, laut Belgrad sogar 100.000), die von einer privilegierten Schicht zu einer angeblich benachteiligten Minderheit wurden.<sup>2</sup>

Nach Einschätzung Gligorovs wird Makedonien von Serbien nicht unmittelbar bedroht, die Gefahr wachse jedoch, je länger der Krieg in Bosnien dauere und für Kosovo keine Lösung gefunden werde. Solange die Anerkennung seitens Belgrads nicht erfolgt sei, müsse Makedonien vorsichtig sein. Ähnlich äußerte sich Verteidigungsminister Vlado Popovski: Wenn keine baldige Lösung für Kosovo gefunden werde, drohe ein Aufstand, der eine Massenflucht nach Makedonien auslöse und den

---

<sup>1</sup> Berichte in Rilindja 25., 27., 30.4.u.7., 9.5.1994; außerdem Nova Makedonija, 7.1. und 17.3.1994.

<sup>2</sup> Nova Makedonija, 22.1.1994; Dokumentation in Osteuropa, 9/1993, S. A520-525.

Separatismus der dortigen Albaner anstachele.<sup>1</sup>

### *Der albanische Faktor*

Die Politik Tiranas ist aus makedonischer Sicht widersprüchlich. Präsident Berisha äußerte mehrfach sein Interesse an einer engen Kooperation mit Makedonien, an seiner Integrität und Stabilität und rief die albanischen Parteien dazu auf, zur Konsolidierung Makedoniens beizutragen. Gleichzeitig aber unterstützt er die Forderungen der Makedonien-Albaner nach Anerkennung als staatstragendes Volk, wobei weithin an ein Großalbanien unter Einschluß des Kosovo und Westmakedoniens gedacht wird. Mißtrauen erzeugt in Skopje auch die zwiespältige Haltung der Makedonien-Albaner, die zwar teilweise den makedonischen Staat bejahen und eine Kooperation mit den gemäßigten Slawomakedoniern befürworten, dabei aber den (von letzteren abgelehnten) Status einer zweiten Staatsnation und die Umwandlung Makedoniens in einen multiethnischen Staat anstreben. Die Forderungen der albanischen Radikalen gehen noch viel weiter: Sie reichen von einer Kantonisierung Makedoniens bis zu einem Anschluß an Albanien. In "seltsamer Eintracht mit Griechenland" suchten sie die internationale Anerkennung Makedoniens sowie dessen Aufnahme in die KSZE oder in andere europäische Institutionen von der Erfüllung ihrer Forderungen abhängig zu machen. Die Aufdeckung eines Waffenarsenals und von Plänen für die Aufstellung einer paramilitärischen Truppe (November 1993) steigerte das Mißtrauen der Slawomakedonier und führte in der Albanerbewegung fast zu einer Spaltung. Neben einem Panalbanismus und geringer Identifikationsbereitschaft mit dem makedonischen Staat wird von vielen eine deutliche Benachteiligung in der Gesellschaft, Wirtschaft, Gesellschaft, im Bildungswesen und einer (repressiven) Justiz empfunden. Zur Aversion gegen die slawomakedonische Dominanz samt Staatsymbolik, Sprache und kyrillischer Schrift kommt die Furcht vor einem wachsenden makedonischen Nationalismus, vor paramilitärischen Aktivitäten und einer Wiederannäherung an Serbien hinzu.<sup>2</sup>

Umgekehrt werden die Albaner von den makedonischen Nationalisten als unzuverlässige Fremde angesehen, die den makedonischen Staat unterminieren. Der "albanische Faktor" wirke durch die demographische Entwicklung und wachsende Militanz wie eine Zeitbombe. Die Lunte dazu sei ein Aufstand im Kosovo, der Makedonien automatisch in einen Konflikt mit Serbien verwickeln würde. Militante Albaner-Gruppen würden im Ausland trainiert. Damit verbunden sei ein Waffen- und Drogenhandel, der sich über die Fäden der Liga von Frankreich, der Schweiz und Deutschland nach Skandinavien erstrecke.<sup>3</sup> Selbst albanische Intellektuelle bescheinigen ihren Landsleuten vielfach mangelnde politische Reife. So kritisierte Parlamentsvizepräsident Murati offen deren nationale Romantik, Dilettantismus und Desorganisation und wandte sich gegen faschistoide Tendenzen in der albanischen Partei, gegen Aktivisten aus dem Kosovo und Albanien, die die in der Mehrheit gemäßigte Bevölkerung unter Druck setzen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Siehe Interviews mit Gligorov, in: NIN, 14.1.1994, Politika, 2.2.1994, Spiegel, 14/1994, S. 179; Die Zeit, 19.8.1994.

<sup>2</sup> Ausführlich Rilindja, 25.4.1994, S. 7/8; siehe auch Danas, Nr. 49, 14.12.1993, S. 39 (s. auch Osteuropa, 5/1994, S. A288-290).

<sup>3</sup> Mihajlo Nicota, Makedonija i Albanci, in: Danzas, 14.12.1993, S. 39.

<sup>4</sup> Rilindja, 22.4.1994.

## *Die innere Situation*

Quer durch alle Parteien wollen die Makedonier am bisherigen slawomakedonischen Charakter des Staates festhalten. Das gilt vor allem für die - inzwischen stark zersplitterten - makedonischen Nationalisten, die als immer noch größte Partei mit ihrem Bestand aus Leuten der mittleren Nomenklatura und einem Programmgemisch aus Antikommunismus und Xenophobie schwer berechenbar sind. Ihre Idee eines großmakedonischen Einheitsstaats brüskiert die nichtslawischen Nationalitäten; die von ihnen geschürte Furcht vor der "albanischen Gefahr" und muslimischer Überfremdung heizt die interethnischen Spannungen an. Neben den paramilitärischen Aktivitäten makedonischer wie albanischer Nationalisten wird ein Wiederaufleben des individuellen Terrors befürchtet, der den relativen inneren Frieden und das Verhältnis zu den Nachbarländern empfindlich stören könnte.<sup>1</sup>

Die von exkommunistischen und liberalen Reformkräften gestützte Führung des Landes mit Präsident Gligorov und Premier Crvenkovski an der Spitze sucht eine Ausgleich unter den Ethnien herbeizuführen und den Radikalen auf beiden Seiten zu wehren. Dabei sind erhebliche politische und soziale Hindernisse zu überwinden, die u.a. darin begründet liegen, daß Makedonier und Albaner in zwei Parallelgemeinschaften leben und kaum interethnische Verbindungen eingehen. Ausichtsreicher erscheint der Versuch, unter Hinweis auf den zerstörerischen Krieg in anderen Teilen Ex-Jugoslawiens den - auch von der Makedonischen Orthodoxen Kirche unterstützten - Unabhängigkeitskurs der politischen Führung als Rettung vor dem Übel zu popularisieren. Auch die islamische Gemeinde verteidigt nach dem Zerfall Jugoslawiens ihre neugewonnene Autonomie und lehnt eine Unterordnung unter Sarajevo ab.<sup>2</sup>

## *Äußere Sicherheit*

Nach außen hin sucht Gligorov sein Land durch den Aufbau von Polizei, Grenztruppe und Armee zu stabilisieren. Mit westlicher Hilfe werden aus der Territorialverteidigung hervorgegangene kleine, leichtbewaffnete Einheiten von ca. 11-20.000 Soldaten ausgebildet, ausgerüstet und auf 30.000 Aktive und 100.000 Reservisten verstärkt. Verteidigungsminister Popovski fordert für Makedonien die Aufhebung des über ganz Jugoslawiens verhängten Waffenembargos; es benötige Waffen ausschließlich zur Selbstverteidigung.<sup>3</sup>

Im übrigen sucht Makedonien die auf dem Interessengegensatz der vier Nachbarn beruhende "balkanische Balance" als Gewähr für die Unabhängigkeit zu erhalten. Wegen der Spannungen zu Griechenland und Belgrad pflegt es vor allem die Beziehungen zur traditionellen Schutzmacht Türkei sowie zu Bulgarien und Albanien, die weiterhin den Transit zum Meer ermöglichen. Von strategischer Bedeutung ist der auf der Europäischen Verkehrskonferenz in Kreta unterstützte Bau einer Transversale von der Adria zum Schwarzen Meer. Mit Serbien sucht Skopje eine Konfrontation zu vermeiden und mit Griechenland weiterhin einen Kompromiß zu erreichen, obwohl die Verhandlungen wegen des Embargos stocken. Wegen der Unfähigkeit der EU und USA, Griechenland zur Aufgabe der Blockade zu zwingen, sieht sich Makedonien auch nicht mehr so strikt an das Embargo

<sup>1</sup> Siehe Sonderband RFE/RL Research Report, 16, 21.4.1994, S. 83-86.

<sup>2</sup> Julijana Kočovska, Tri strategii za Makedonija, in: Nova Makedonija, 22.1.1994, S. 13; ferner Nova Makedonija, 7.1.1994 u. Rilindja, 6.1.1994.

<sup>3</sup> Ausführliches Interview mit Verteidigungsminister Popovski, in: Puls, 24.12.1993, S. 7-9.

gegen Restjugoslawien gebunden.

Makedonien bemüht sich um eine enge Anlehnung an die EU, USA und die internationalen Organisationen (UN, KSZE, NATO). Wesentlich zur Stabilisierung trug die Aufnahme Makedoniens in die UN am 8. April 1993 bei sowie die von der EU im Dezember 1993 eingeleitete Welle diplomatischer Anerkennungen. Seinem Wunsch nach Aufnahme in die KSZE und in die NATO-Partnerschaft für den Frieden wurde (u.a. mit Rücksicht auf Griechenland) noch nicht entsprochen, doch wichtiger als die formelle Mitgliedschaft ist die Präsenz von 1.200 UN-Soldaten, darunter 500 US-Soldaten mit schwerer Bewaffnung (Panzer und Helikoptern), die an der Grenze zu Serbien und bei Skopje als "Stolperdraht" gegen eine serbische Aggression stationiert sind; sie sollen auch innenpolitisch auf die ethnischen Konflikte in Makedonien eine dämpfende Wirkung ausüben. Dabei sind die Amerikaner nicht bloß Beobachter, sondern haben das Recht zum Waffengebrauch. Im Hinblick auf den Gefahrenherd Kosovo fordert Gligorov auch dort eine Stationierung von UN-Truppen. Die Beziehungen zu Rußland sind in Makedonien ein sensibles Thema: Der Hinweis von Außenminister Crvenkovski auf die traditionelle Freundschaft zwischen dem makedonischen und russischen Volk wurde von den nichtslawischen Nationalitäten als Affront empfunden. Auch ruft die vom Westen reaktivierte Rolle Rußlands auf dem Balkan Ängste hervor; sie stärke Serbien und Griechenland und leite möglicherweise eine neue Aufteilung des Balkans in Interessensphären ein. Und das vom Westen geförderte Projekt einer bosnisch-kroatischen Föderation weckte in Skopje Befürchtungen einer ähnlich gearteten Anbindung Makedoniens an Serbien.<sup>1</sup>

Aus makedonischer Sicht könnte der Kriegsschauplatz in Ex-Jugoslawien durch serbischen Zugang zu Raketen mittlerer Reichweite sowie zum internationalen Nuklearhandel apokalyptische Dimensionen annehmen. Dann könnte sich die durch humanitäre Aktionen und eine Kette von untauglichen Friedensplänen kaschierte Hilflosigkeit der Mächte im Jugoslawien-Krieg bitter rächen.<sup>2</sup> Wie ernst Makedonien es mit einem friedlichen Zusammenleben meint, zeigt die Gründung eines Balkanzentrums für Friedensforschung in Skopje. Aber es ist noch zu früh, Makedonien anderen Regionen als Modell zur Lösung interethnischer Konflikte zu empfehlen.

## **Rumänien<sup>3</sup>**

von Anneli Ute Gabanyi

### *Bedrohungsszenarien und Sicherheitskonzepte*

Mit dem Umsturz vom Dezember 1989 war in Rumänien eine tiefgehende Wende im Bereich der Außenpolitik vollzogen worden. Unter dem Deckmantel der Offenheit nach allen Richtungen

---

<sup>1</sup> Siehe Mirka Velinovska, *Sezona na konfederaciji*, in: *Puls*, 25.3.1994, S. 6, sowie *Nova Makedonija*, 16.3.1994.

<sup>2</sup> *Nova Makedonija*, 1.3.1993.

<sup>3</sup> Es war vorgesehen, daß die Verfasserin einen früheren Beitrag über Sicherheits- und Bedrohungsvorstellungen in Rumänien für die vorliegende Sammelveröffentlichung neu bearbeiten sollte, nachdem sich die Verhältnisse und Einstellungen in dem Land während der allerletzten Jahre grundlegend verändert hatten. Nachdem jedoch die Verfasserin kurzfristig ausgefallen war, wurde vereinbart, daß an dieser Stelle statt dessen ein bereits in der Zeitschrift "Südosteuropa" (Heft 1-2/1994, S. 1-17) erschienener Artikel plaziert wird, der die rumänische Sicherheitslage unter besonderer Berücksichtigung der NATO-Frage behandelt.

verfolgte die nach 1989 angetretene rumänische Führung bis zum Zeitpunkt der Selbstauflösung der Sowjetunion in wichtigen Bereichen eine Politik, die der Rücksichtnahme auf die Interessenlage Moskaus großen Raum gab. Als erster und einziger Staat des Warschauer Pakts war Rumänien bereit gewesen, mit der Sowjetunion einen bilateralen Vertrag "über Zusammenarbeit, gute Nachbarschaft und Freundschaft" zu schließen.<sup>1</sup> Am Vorabend der Paraphierung des Vertrags hatte Moskau mit "ernsthaften Komplikationen" gedroht für den Fall, daß Rumänien bei der "Wahl seiner Alliierten" Fehler machen oder "Territorialansprüche anmelden" würde.<sup>2</sup> Dementsprechend verpflichtete sich Rumänien, keinem Bündnis beizutreten, das (aus sowjetischer Sicht) gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Auch räumte Rumänien der Sowjetunion in dem Vertrag ein Mitsprache- bzw. Vetorecht hinsichtlich der künftigen militärischen Nutzung seines Territoriums ein. Dieser - vom rumänischen Parlament niemals ratifizierte - Vertrag wurde dann durch die Auflösung der Sowjetunion hinfällig. Anstelle des aufgelösten Warschauer Pakts dachte man im rumänischen Außenministerium 1991 über die Bildung einer Ost- und Mitteleuropäischen Union analog zur WEU nach.

In dieser ersten Phase rumänischer Außenpolitik war die Polarisierung zwischen der Führung um den Präsidenten Ion Iliescu, der die Koordinaten der Außenpolitik bestimmte, und der demokratischen Opposition in Sicherheitsfragen extrem. Aus der Sicht der nachrevolutionären politischen Führung drohte Rumänien vorwiegend Gefahr aus dem Westen. Dagegen helfe nur ein Zusammengehen mit dem Osten. Gegner eines rumänischen NATO-Beitritts wie Generalstabschef Dumitru Cioflinã sprachen sich gegen eine Ausweitung der NATO in absehbarer Zeit aus. Als Grund führte er das Vorhandensein von Spannungen in den Ost-West-Beziehungen sowie in den Beziehungen zwischen den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten an.<sup>3</sup>

Aus der Sicht der demokratischen Oppositionsparteien stellt Rußland die Hauptbedrohung für die äußere Sicherheit Rumäniens dar - sie bejahen einen baldigen NATO-Beitritt des Landes. Die demokratische Opposition des Landes sieht in der Aufnahme Rumäniens in die westlichen Strukturen nicht nur Sicherheitsgarantien gegen eine fortdauernde Bedrohung aus dem Osten, sondern auch einen Schutzschild für die Beibehaltung der demokratischen Werte im Inneren.

Doch auch innerhalb der neuen Führung war der totale Konsens in Sicherheitsfragen schon früh in Frage gestellt. Als Folge davon war die rumänische Außenpolitik über einen Zeitraum von ungefähr zwei Jahren hinweg von Unverbindlichkeit und Zweideutigkeit gekennzeichnet. Westlich orientierte und reformfreundliche Mitglieder der Regierung des Premierministers Petre Roman unternahmen erste Schritte, um Rumänien den politischen und militärischen Institutionen des Westens anzunähern, doch eine west- und reformfeindliche Mehrheit wußte substantielle Schritte auf dem Weg zu einer Integration mit dem Westen eine Zeitlang erfolgreich zu verhindern. So wurde am 27.6.1990 der Beitritt Rumäniens zur Nordatlantischen Versammlung beantragt. Premierminister Petre Roman stattete dem NATO-Hauptquartier im Oktober 1990 einen Besuch ab. Die Aufnahme Rumäniens als assoziiertes Mitglied der Nordatlantischen Versammlung erfolgte am 17.4.1991. Im Juli 1991 besuchte NATO-Generalsekretär Manfred Wörner erstmals Bukarest, im Februar 1992 konnte er

---

<sup>1</sup> Adevărul, 11.4.1991.

<sup>2</sup> Radio Moskau, 27.3.1991.

<sup>3</sup> Interview Dumitru Cioflinã in: Tineresul Liber, 25.5.1992.

das Euro-Atlantische Zentrum in der ehemaligen Ceau<sup>o</sup>escu-Villa in Bukarest einweihen. Am 20. Dezember 1991 wurde Rumänien Mitglied des NATO-Kooperationsrats.

In der im Oktober 1991 auf einem KSZE-Seminar vorgelegten rumänischen Militärdoktrin war die Bündnisfrage offengelassen worden. In dem Dokument hieß es, Rumänien beabsichtige nicht, einem multinationalen Militärbündnis beizutreten, behalte sich aber für den Fall, daß die Sicherheitsrisiken für Rumänien größer werden sollten, das Recht vor, multinationalen Bündnissen und Organisationen beizutreten. Im Zuge der Zuspitzung der kriegerischen Konflikte auf dem Territorium der jugoslawischen Nachfolgestaaten, in der Republik Moldova und im Kaukasus war diese sicherheitspolitische Verschlechterung dann wohl gegeben. Zugleich war im Westen das Interesse an einer stabilisierenden Rolle Rumäniens in der Region und an der inneren Stabilität in diesem Lande gewachsen. Im rumänischen Wahljahr 1992 hatte die amerikanische Bush-Administration aus Enttäuschung über die Niederlage der demokratischen Opposition Rumäniens die Meistbegünstigungsklausel noch einmal verweigert - ein Jahr später gestand die Clinton-Administration Rumänien die Klausel zu. Auch auf dem Weg der europäischen Integration hatte Rumänien 1993 einige lang anvisierte Ziele erreicht: Am 1. Februar 1993 unterzeichnete das Land einen Assoziierungsvertrag mit der EG, am 1. Mai 1993 trat ein provisorisches Handelsabkommen mit der Gemeinschaft in Kraft. Bereits am 10. Dezember 1992 hatte Bukarest ein Abkommen mit der Europäischen Freihandelszone AELS unterzeichnet, das am 1. Mai 1993 in Kraft trat. Am 7. Oktober 1993 wurde Rumänien als Vollmitglied in den Europarat aufgenommen. Im November 1993 wurde Rumänien seitens des COCOM die zweite Phase der Liberalisierung zugestanden, wodurch der Zugang des Landes zu westlichen Spitzentechnologien erleichtert wurde.<sup>1</sup>

### *Rumänien: Option für die NATO*

Auf einer in Bukarest im Januar 1993 abgehaltenen Tagung zu Fragen der Bündnispolitik Rumäniens äußerte Verteidigungsminister Nicolae Spiroiu erstmals eine klare Option für eine Integration Rumäniens in die westlichen Sicherheitsstrukturen. Rumäniens Militärdoktrin erlaube es, so Spiroiu, Militärbündnisse mit jenen Staaten einzugehen, die dem Land politische und militärische Unterstützung bei der Sicherung seiner Interessen garantieren könnten. Die beste Chance für die Gewährleistung und wenn nötig auch für die Verteidigung der nationalen Sicherheit Rumäniens sei ein kohärentes System multilateraler, politischer wie militärischer Beziehungen zu den westlichen Demokratien.<sup>2</sup> Noch einmal erklärte Spiroiu im Anschluß an die Tagung des NATO-Kooperationsrates Ende März 1993 die Bereitschaft Rumäniens, der NATO beizutreten. Die Voraussetzungen hierfür sah er in zwei bis drei Jahren gegeben.<sup>3</sup>

Eine klare Stellungnahme für eine Westoption Rumäniens gab auch der im Oktober 1992 ernannte neue Außenminister Teodor Mele<sup>o</sup>canu im Februar 1993, unmittelbar nach der Unterzeichnung des Assoziierungsvertrags Rumäniens mit der EG, in einem Gespräch mit Vertretern der demokratischen

<sup>1</sup> Alexandra Drăgoi, "Cortina cenu<sup>o</sup>ie" - mai dură decât cea de fier. A doua fază de liberalizare a restricțiilor COCOM pentru România [Der "graue Vorhang" - härter als der Eisenerne Vorhang. Die zweite Phase der Liberalisierung der COCOM-Restriktionen für Rumänien], in: Azi, 4.1.1994.

<sup>2</sup> Nicolae Spiroiu, Rede auf der wissenschaftlichen Tagung Rumänien und die Bündnispolitik. Geschichte und Gegenwart, Bukarest. 27.-29.1.1993, Occasional Paper 4 des Rumänischen Instituts für Internationale Studien.

<sup>3</sup> Interview Nicolae Spiroius in: Adevărul, 30.3.1993.

Opposition ab.<sup>1</sup> Doch erst nachdem sich Staatspräsident Ion Iliescu anlässlich seines Besuchs im NATO-Hauptquartier in Brüssel am 16. Februar 1993 in die Reihe der NATO-Befürworter eingereiht hatte, wurde eine neue Phase in den Beziehungen Rumäniens zur NATO eingeläutet. Rumänien sei bereit, so Präsident Iliescu in Brüssel, in jeder Form mit der NATO zusammenzuarbeiten, um das strategische Ziel seiner vollberechtigten Mitgliedschaft in der Allianz zu erreichen. Die angestrebte neue Dimension der Annäherung Rumäniens an das Bündnis sei Teil der Bestrebungen seines Landes, die Beziehungen zu den westlichen Demokratien zu verstärken, von denen der Erfolg der Reformen in Rumänien abhängig sei. Im Anschluß an das Zusammentreffen der rumänischen Delegation mit Vertretern mehrerer NATO-Gremien bescheinigte Generalsekretär Manfred Wörner Rumänien, in einer delikaten Region Europas ein Faktor der Stabilität und des Gleichgewichts zu sein.<sup>2</sup>

In der Folge wandte sich Präsident Ion Iliescu zweimal - im September und im Dezember 1993 - in Schreiben an NATO-Generalsekretär Wörner sowie an die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten, worin er das konstante Interesse seines Landes an der Erlangung einer Vollmitgliedschaft in der NATO bekräftigte. Aus der Sicht Rumäniens, so Iliescu, stelle die NATO die einzige Organisation dar, die Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa garantieren könne. Er betonte Rumäniens Interesse an der "Partnerschaft für den Frieden", die konzipiert sei als eine wichtige Vorstufe zu einer vollkommenen Integration in die NATO. Der Beitritt zur NATO, so Iliescu, sei ein außerordentlich wichtiger Bestandteil des gesamten Prozesses der Integration Rumäniens in die europäischen Strukturen, die das Hauptziel der rumänischen Außenpolitik darstelle. Diese Position seines Landes stütze sich auf den Konsens aller im Parlament vertretenen Parteien und erfreue sich der Unterstützung des rumänischen Volkes.<sup>3</sup> Die volle Integration in die westeuropäischen Strukturen einschließlich NATO und WEU ist als außenpolitisches Staatsziel Rumäniens in dem im März 1993 veröffentlichten Regierungsprogramm von Premierminister Nicolae Văcăroiu festgelegt.

### *Diplomatische Kontakte, operative Zusammenarbeit*

Im Jahre 1993 kam es zu einer Anzahl hochrangiger Begegnungen zwischen Vertretern Rumäniens und der NATO sowie aus deren einzelnen Mitgliedsländern. Mehrere hohe NATO-Offizielle besuchten 1993 Rumänien: Hans Jochen Peters, der Chef der NATO-Abteilung für die Staaten Mittel- und Osteuropas, im April 1993, Sir Richard Frederik Vincent, der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, im August 1993, und Antonio Milani, der stellvertretende Kommandeur der Alliierten Streitkräfte für Südeuropa, im Dezember 1993. Im Oktober 1993 unterzeichnete Rumänien einen Vertrag über militärische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland, Generalinspekteur Klaus Naumann besuchte Bukarest im Dezember 1993. Es wurden Protokolle über bilaterale militärische Zusammenarbeit mit Holland und Belgien unterzeichnet. Damit bestehen Militärabkommen Rumäniens mit zehn der sechzehn NATO-Staaten. Portugals Verteidigungsminister kam im November 1993 nach Rumänien. Im Oktober 1993 fand in Bukarest

---

<sup>1</sup> Teodor Mele<sup>o</sup>canu in: "Imaginea Romăniei în lume" [Das Rumänienbild in der Welt], in: "22" Nr. 5, 4.-10.2.1993.

<sup>2</sup> "Rumänien strebt rapide Integration in NATO an", in: Allgemeine Deutsche Zeitung, 19.2.1993.

<sup>3</sup> Radio Bukarest, 7.12.1993.

unter der Ägide des NATO-Kooperationsrats ein Seminar über Fragen der Offiziersausbildung in einer demokratischen Gesellschaft statt.<sup>1</sup>

An erster Stelle seiner NATO-Kontakte stehen für Rumänien zweifellos die Kontakte zu den amerikanischen Streitkräften. "Der große Schlüssel" zum Bündnis liege in Washington, sagte Außenminister Mele<sup>o</sup>canu anlässlich seines Amerikabesuchs im Dezember 1993.<sup>2</sup> Im Oktober 1993 besuchten Frank Wisner, Stellvertretender Minister im Verteidigungsministerium der USA, und Stephen Oxman, Stellvertretender Minister für kanadische und europäische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Rumänien.<sup>3</sup> Der rumänische Generalstabschef Dumitru Cioflin<sup>ă</sup> hielt sich im Juni 1993 in den USA und Kanada auf.

Die praktische militärische Zusammenarbeit zwischen den USA und Rumänien war im Jahre 1993 sehr intensiv. Die Vereinigten Staaten unterstützen Rumänien im Rahmen des AIMED-Programms bei der Ausbildung seines Offiziersnachwuchses. Zur Unterstützung des MIL-To-MIL Programms, veranstaltet vom Oberkommando der amerikanischen Streitkräfte, wurde in Rumänien eine gemischte Gruppe aus rumänischen Offizieren und Offizieren der amerikanischen Streitkräfte in Europa eingerichtet. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, Rumänien in dem Prozeß der Einbindung seiner Streitkräfte in - und deren Kontrolle durch die zivile Gesellschaft zu unterstützen.<sup>4</sup>

### *NATO-Stützpunkte in Rumänien?*

Am weitesten ist die operative Zusammenarbeit Rumäniens mit der NATO auf dem Gebiet der Vorbereitung auf friedenserhaltende Maßnahmen gediehen. Mit NATO-Unterstützung hat Rumänien damit begonnen, Spezialeinheiten für den Einsatz in Krisengebieten vorzubereiten, die gemäß den Standards der Allianz für den Gebrauch der NATO-Kommunikationssysteme ausgebildet werden. Ein erstes rumänisches Bataillon sollte im Herbst 1993 einsatzbereit sein. Dies war auf der Sitzung des Obersten Nationalen Verteidigungsrates am 9.6.1993 beschlossen worden.<sup>5</sup> Gerüchteweise war in der Presse auch von der geplanten Einrichtung eines NATO-Stützpunktes auf rumänischem Territorium die Rede. Diesbezügliche Berichte waren erstmals im Herbst des Jahres 1992 von einem der nationalkommunistischen Partei Großrumänien angehörenden Parlamentarier geäußert und seither mehrfach wiederholt worden, ohne daß sie ein offizielles Dementi erfahren hätten.<sup>6</sup> Im Februar 1993, unmittelbar nach dem Besuch Staatspräsident Iliescu in Brüssel, konferierte Gerard Gand, der Vorsitzende des Unterausschusses für ökonomische Zusammenarbeit und Konvergenz der

<sup>1</sup> Zu den interessanten Kontakten rumänischer Militärs außerhalb des NATO-Bereichs im abgelaufenen Jahr gehörten die Besuche von Verteidigungsminister Spiroiu in Israel, im Januar 1993 (wobei die Modernisierung eines Teils der rumänischen MIG 21 Luftflotte durch eine israelische Firma vereinbart wurde) und in China, im Dezember 1993. Der tschechische Verteidigungsminister Antonin Boudys und sein Generalstabschef besuchten Bukarest ebenfalls im Dezember 1993.

<sup>2</sup> Mugurel Rădulescu: "Drumul spre NATO trece prin Washington" [Der Weg in die NATO führt durch Washington], in: Adevărul, 12.10.1993.

<sup>3</sup> ibid.

<sup>4</sup> A.P.: "Armata se aliniază standardelor NATO" [Die Armee richtet sich an den NATO-Standards aus], in: Cotidianul, 23.7.1993.

<sup>5</sup> "România va participa la operațiunile militare de menținere a păcii" [Rumänien wird an friedenserhaltenden Militäreinsätzen teilnehmen], in: România Liberă, 14.6.1993; siehe auch: Dimineat<sup>1</sup>, 11.6.1993.

<sup>6</sup> Tudorel Urian: "Ce mesaj a adus generalul Cioflin<sup>ă</sup> de la Moscova" [Welche Botschaft hat General Cioflin<sup>ă</sup> aus Moskau mitgebracht?], in: Cuvântul Nr. 31, 3.-9.8.1993.



Nordatlantischen Versammlung, in Bukarest mit Verteidigungsminister Spiroiu. Im Anschluß daran erklärte Gand, es gehe "vorläufig" nicht um die Errichtung von NATO-Stützpunkten auf rumänischem Boden, sondern um Technologietransfer und Militärmanagement.<sup>1</sup>

Im Anschluß an den Moskaubesuch des rumänischen Generalstabschefs Dumitru Cioflinã im August 1993 rückte die Frage in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Cioflinã, der mit seinem russischen Amtskollegen ein rumänisch-russisches Militärabkommen paraphiert hatte, berichtete über die Besorgnis Rußlands über die angebliche Bereitschaft Rumäniens, der NATO im Falle einer Ausweitung des Krieges im ehemaligen Jugoslawien Stützpunkte zur Verfügung zu stellen. Er habe seinen russischen Gesprächspartnern jedoch versichert, daß es keine ausländischen Militärstützpunkte in Rumänien geben werde und daß es keiner fremden Armee gestattet sein werde, rumänisches Territorium zu überqueren.<sup>2</sup> Dies stehe im Gegensatz zur rumänischen Verfassung und zur Verteidigungsdoktrin der rumänischen Streitkräfte, sagte Cioflinã.<sup>3</sup>

Die Stellungnahme des rumänischen Verteidigungsministeriums zu den Spekulationen über die Einrichtung ausländischer Stützpunkte, insbesondere der NATO, wich von der des Generalstabschefs ab. Die Streitkräfte, so Spiroiu, seien nicht ermächtigt, so eine Frage zu erörtern, und das sei auch nicht geschehen. Dies falle einzig und allein in die Kompetenz der Organe der Staatsführung und des Parlaments.<sup>4</sup> Die in der Stellungnahme Spiroius implizierte Möglichkeit, daß ein solcher Schritt rechtlich möglich und denkbar wäre, falls er von der politischen Führung für richtig erachtet werde, wurde von Moskauer Seite heftig kritisiert. Das Gerücht über die angeblich geplanten NATO-Stützpunkte in Rumänien, so ein Kommentar von *Radio Moskau*, stelle einen Versuchsballon dar, sei aber zugleich auch ein Indiz dafür, daß die rumänische Führung nach Mitteln und Wegen suche, um in die NATO zu gelangen.<sup>5</sup>

### *Rumänien, Rußland und die NATO*

Zur Zeit ist nicht klar, inwieweit die Annäherung Rumäniens an die NATO die gespannten rumänisch-russischen Beziehungen zusätzlich belastet hat. Präsident Iliescu könnte eingesehen haben, daß seine nach 1989 betriebene Politik der Unterordnung unter die Sicherheitsinteressen Moskaus nicht zu einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen Rumäniens mit der Sowjetunion bzw. Rußland geführt hat. Der Grund: die ungelöste Territorialfrage um die 1934 unter dem Hitler-Stalin-Pakt von der Sowjetunion annektierten rumänischen Ostgebiete. Trotz aller von rumänischer Seite gemachten Zugeständnisse sind die Beziehungen Rumäniens zu Rußland die schlechtesten im Bereich des ehemaligen Ostblocks. Als einziger ehemaliger Mitgliedsstaat des Warschauer Pakts besitzt Rumänien keinen Grundlagenvertrag mit Rußland, nur Rumänien hat der russische Präsident Jelzin (wie vor ihm der sowjetische Präsident Gorbatschow) noch keinen Besuch abgestattet. Die rumänisch-russischen Wirtschaftsbeziehungen lahmen, Rumänien hat Zahlungsschwierigkeiten. Moskau setzt seine Energielieferungen als Druckmittel ein. Der geplante Besuch des russischen

<sup>1</sup> "Vorläufig keine NATO-Basen", in: Allgemeine Deutsche Zeitung, 20.2.1993.

<sup>2</sup> Evinimentul Zilei, 22.7.1993.

<sup>3</sup> Tudorel Urian: "Ce mesaj a adus generalul Cioflinã de la Moscova" [Welche Botschaft hat General Cioflinã aus Moskau mitgebracht?], in: Cuvãnsul Nr. 31, 3.-9.8.1993.

<sup>4</sup> Petre Barna: "In spiritul transparenței" [Im Geiste der Transparenz], in: Armata Romãniei Nr. 30, 28.7.-3.8.1993.

<sup>5</sup> Zitiert nach: Tinevetul Liber, 10.9.1993.

Verteidigungsministers Gratschow in Bukarest zur Unterzeichnung des in der rumänischen Öffentlichkeit heftig kritisierten, im August 1993 paraphierten Militärabkommens wurde im Dezember 1993 erneut verschoben. Um sein internes und internationales Prestige aufzupolieren, ergriff Iliescu beim Wiener Gipfeltreffen der Mitgliedsstaaten des Europarats die Gelegenheit, den Wunsch Rumäniens auf Eintritt in die NATO zu erklären. Dem Versuch des russischen Präsidenten Boris Jelzin, einen NATO-Beitritt der ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten zu verhindern, erteilte Iliescu eine Absage mit der Bemerkung, Rumänien brauche die Erlaubnis Rußlands nicht, um Mitglied der NATO zu werden.<sup>1</sup>

In einer Rede vor dem Senat, der zweiten Kammer des rumänischen Parlaments, betonte auch Verteidigungsminister Spiroiu, Jelzins an die westlichen Staatschefs gerichtete Forderung, die ehemaligen Sowjetsatelliten nicht in das westliche Bündnis aufzunehmen, sei für Rumänien nicht bindend. Bukarest werde den einmal eingeschlagenen Weg der Annäherung an die NATO fortsetzen. Zugleich nutzte Spiroiu die Aufregung im Zusammenhang mit den blutigen Auseinandersetzungen zwischen Jelzin und den Anhängern des Parlamentspräsidenten Chasbulatow, um den monatelang von westfeindlichen Volksvertretern blockierten Entwurf des Gesetzes zur Landesverteidigung im Eilverfahren vor das Parlament zu bringen.<sup>2</sup>

In Bukarest schätzt man die Empfindlichkeit Moskaus hinsichtlich der Annäherung seiner ehemaligen Satelliten an die NATO nicht anders ein als in Budapest, Prag oder Warschau. Verteidigungsminister Spiroiu argumentierte jedoch, es sei nicht die alte NATO aus der Zeit des Kalten Krieges, der man sich annähere, sondern ein Bündnis neuen Typs, das über die Fähigkeit verfüge, neue Dimensionen der Sicherheit für die Region zu finden. Für die Gewährleistung dieser Sicherheit seien allerdings ein demokratisches Rußland mit einer demokratischen russischen Armee und eine unabhängige Ukraine unabdingbar.<sup>3</sup> Es sei wichtig, so Außenminister Mele<sup>o</sup>canu im Anschluß an seine Gespräche mit Frank Wisner vom US-Verteidigungsministerium, daß die NATO-Integration der ost- und mitteleuropäischen Staaten von den anderen Staaten der Region, Rußland mit eingeschlossen, als stabilisierender Faktor wahrgenommen werde.<sup>4</sup> In ihren Ausführungen verweisen rumänische Politiker geschickt auf die Tatsache, daß sie ihre Standpunkte in dieser Frage im Gespräch mit Vertretern der NATO-Staaten abgesprochen hätten und einer von Washington vorgegebenen Linie folgten.<sup>5</sup> Rumänische Vertreter bestehen darauf, daß Rußland nicht gemeinsam mit der NATO zum Garanten der Sicherheit der kleinen Reformstaaten aufgewertet werden dürfe.<sup>6</sup>

---

<sup>1</sup> Ion Cristoiu: "Bucure<sup>o</sup>tiul nu se teme de Moscova" [Bukarest fürchtet sich nicht vor Moskau], in: Evenimentul Zilei, 2.10.1993.

<sup>2</sup> Petru Ionescu: "La Senat, nimic despre evenimentele din Rusia" [Im Senat, nichts über die Ereignisse in Rußland], in: Cotidianul, 5.10.1993.

<sup>3</sup> Interview Niculae Spiroiu in: Reuter, 9.1.1994.

<sup>4</sup> Mugurel Rădulescu: "Drumul spre NATO trece prin Washington" [Der Weg in die NATO führt durch Washington], in: Adevărul, 12.10.1993.

<sup>5</sup> Interview Teodor Mele<sup>o</sup>canus in: Romănia Liberă, 29.12.1993; Dan Spanily, "Disfuncționalități" la Externe ["Funktionsstörungen" im Außenministerium], in: Cotidianul, 4.1.1994.

<sup>6</sup> C.G.: "Deutschland soll Aufnahme Rumäniens in die NATO unterstützen. Verteidigungsminister Spiroiu fordert sicherheitspolitische Gleichbehandlung aller Staaten Osteuropas", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.10.1993.

## *Die Reform der Streitkräfte hat begonnen*

Die Verschärfung der Spannungen in der unmittelbaren Nachbarschaft Rumäniens und die Gefahr, in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien sowie in Moldova unmittelbar einbezogen zu werden, hat in Rumänien, so scheint es, zu einer Aufwertung der Streitkräfte und zum Anwachsen ihres Einflusses auf die Gestaltung der rumänischen Außenpolitik geführt. So ist möglicherweise die Aussage Präsident Iliescu im Gespräch mit Frederick Vincent, dem Vorsitzenden des NATO-Militärkomitees bei dessen Rumänienbesuch im August 1993 zu interpretieren, als er sagte, "in der gegenwärtigen internationalen politischen und militärischen Lage erweisen sich die Militärs als die besseren Politiker als die Berufspolitiker".<sup>1</sup>

Verteidigungsminister Spiroiu verwies darauf, daß die Staaten der westlichen Sicherheitsorganisationen NATO und WEU sogar Grund dazu hätten, Rumänien ein "besonderes Interesse" entgegenzubringen. Er begründete dies mit dem Hinweis auf den "Sonderstatus", den die rumänische Armee innerhalb des ehemaligen Warschauer Vertrags eingenommen hatte.<sup>2</sup> Auch sei Rumänien zum Unterschied von den anderen Warschauer-Pakt-Staaten nicht auf die "Doktrin des Lagers" eingeschworen gewesen, sondern habe eine nationale, defensive Verteidigungsdoktrin formuliert. Die rumänischen Streitkräfte seien daher "die einzigen Streitkräfte in Ost- und Mitteleuropa, die keine wesentlichen Änderungen an ihrer Verteidigungsdoktrin durchführen" müßten.<sup>3</sup> In der Presse wurden die rumänischen Außenpolitiker der Nach-Wende-Zeit beschuldigt, die "große Chance, die sich aus der einzigartigen unabhängigen Position Rumäniens innerhalb des ehemaligen Warschauer Pakts" ergeben habe, nicht genutzt zu haben. Wodurch, so fragte der Autor, seien die anderen Staaten Osteuropas, die bis zuletzt fest in die Strukturen des Warschauer Pakts integriert gewesen seien, besser für eine technologische und logistische Zusammenarbeit mit der NATO vorbereitet als Rumänien, das bereits 1968 in eine enge militärische Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten eingetreten sei und mit ihnen bei der Ausrüstung seiner Truppen zusammengearbeitet habe.<sup>4</sup> Westliche Sicherheitsexperten haben ihrerseits darauf hingewiesen, daß die vergleichsweise lose Einbindung Rumäniens in den Warschauer Pakt sowie der Aufbau einer unabhängigen Waffenindustrie sich vorteilhaft auf eine rasche Integration Rumäniens in die Strukturen der NATO auswirken müßte.<sup>5</sup>

Am 30. Mai 1991 hatte Nicolae Spiroiu, der dritte rumänische Verteidigungsminister nach der Wende, seinen Plan zur Reformierung der rumänischen Streitkräfte dem Obersten Nationalen Verteidigungsrat präsentiert. Im Zuge seiner "samtenen Reform" der Armee wollte Spiroiu sowohl die Fehlentwicklungen der Ceau<sup>o</sup>escu-Diktatur als auch die schwerwiegenden Verstöße gegen die nationale Sicherheit und die innere Stabilität des Landes während der Nach-Wende-Zeit korrigieren.<sup>6</sup> Die Reform der rumänischen Streitkräfte hat klare politische Vorgaben: Hinführung der

---

<sup>1</sup> "Europa zwischen NATO und Balladur-Plan", in: Azi, 11.1.1994.

<sup>2</sup> Interview in: Armata Romăniei Nr. 8, 24.2.-3.4.1993.

<sup>3</sup> Interview Nicolae Spiroiu in: Tineretul Liber, 23.10.1991.

<sup>4</sup> Dumitru Tinu: "O <sup>o</sup>ansă pierdută înainte de Bruxelles" [Eine noch vor Brüssel verlorene Chance], in: Adevărul, 10.1.1994.

<sup>5</sup> Jonathan Eyal in: Adevărul, 27.10.1993.

<sup>6</sup> Gheorghe Grigora<sup>o</sup>, Valentin Arsenie: "Unitatea de doctrină" [Die Einheit der Doktrin], in: Armata Romăniei Nr. 2, 13.-19.1.1993.

rumänischen Armee an die Standards der demokratischen Armeen des Westens und Herstellung NATO-kompatibler Strukturen in Vorbereitung auf die mögliche Aufnahme in das westliche Bündnis.<sup>1</sup> Weitere Grundprinzipien der Reform sind: Entpolitisierung und Demokratisierung der Armee, politische Äquidistanz und die Anerkennung des Primats der Politik, die Einführung militärisch-ziviler Schnittstellen, die Kontrolle der Streitkräfte durch die Zivilgesellschaft, die Herstellung von mehr Öffentlichkeit und Transparenz, Modernisierung, Retechnologisierung, die Rückkehr zu den eigentlichen Aufgaben der Armee, die Rückkehr zu den traditionellen Wertkategorien der rumänischen Armee einschließlich der Wiedereinführung der Militärseelsorge.<sup>2</sup> Vorgesehen ist auch die Zerstörung von Waffen, Rekonversion und Retechnologisierung der eigenen Waffenproduktion, die Modernisierung der Ausstattung der rumänischen Streitkräfte insbesondere im Bereich defensiver Techniken, die Erhöhung des Anteils der Berufssoldaten von 32 % im Jahre 1993 auf 45-60 % innerhalb von 3 bis 4 Jahren, die Erhöhung des Anteils der Personalkosten am Jahresbudget der Streitkräfte von bislang 38 % auf ein Niveau, das sich dem in entwickelten Staaten (bis zu 60 %) annähert.<sup>3</sup>

Die neue rumänische Verteidigungsdoktrin ist defensiv im Sinne des Prinzips der Rundumverteidigung ausgerichtet. Ein Feindbild gibt es nicht. Die Verteidigungsanstrengungen des Landes gründen auf dem Prinzip der Hinlänglichkeit der Mittel und der Einbeziehung der gesamten wehrfähigen Bevölkerung und aller Ressourcen des Landes. Bei der Konzipierung der neuen Strukturen der Streitkräfte hat man die Erfahrungen mehrerer demokratischer Armeen studiert, am Ende wählte man einzelne Elemente mehrerer Modelle auf der Grundlage der eigenen Traditionen aus. Besonderen Wert legt Spiroiu auf die Ausbildung einer neuen Generation von Offizieren und zivilen Militärfachleuten an einer neugegründeten Nationalen Verteidigungsakademie (Colegiul Național de Apărare).

Zu den Schwierigkeiten auf dem Wege der Reformen gehören nicht nur die unausweichliche Knappheit der Haushaltsmittel, sondern auch Widerstände im militärischen, politischen und parlamentarischen Bereich. Nach längerem Tauziehen hatte der Oberste Nationale Verteidigungsrat im Februar 1993 die der neuen Verteidigungsdoktrin zugrundeliegenden Prinzipien aufgenommen und die fünf Gesetze, die darauf aufbauen und den gesamten Verteidigungsbereich neu gestalten sollen, nach langem Zögern dem Parlament zugestellt. Dort wurde die Vorlage der Gesetze jedoch von reform- und westfeindlichen Kräften hinausgezögert. Dies ist nicht nur im Hinblick auf die Gewährleistung der nationalen Sicherheit gefährlich, sondern auch unter dem Aspekt der angestrebten NATO-Integration.

Ein Teil der geplanten Strukturreform der Armee wurde bereits verwirklicht. Die vorgesehene Einführung einer zivilen Komponente in die Leitung der rumänischen Streitkräfte wurde im März bzw.

---

<sup>1</sup> A.P. "Armata se aliniază standardelor NATO" [Die Armee richtet sich an den NATO-Standards aus], in: Cotidianul, 23.7.1993.

<sup>2</sup> Zum Zeitpunkt des Sturzes der Ceaușescu-Diktatur waren 80000 Angehörige der Streitkräfte auf Baustellen und in der Wirtschaft eingesetzt: Nicolae Spiroiu: "O guvernare militară ar fi o catastrofă [Eine Militärregierung wäre eine Katastrophe], in: Expres Nr. 16, 21.-26.4.1993.

<sup>3</sup> Vasile Stan: "Ministrul apărării naționale crede că în armată tranziția trebuie să fie de "catifea"" [Der Minister für nationale Verteidigung glaubt, daß in den Streitkräften eine "samtene" Wende stattfinden muß], in: Armata României Nr. 9, 3.-9.3.1993.

April 1993 verwirklicht: In Gestalt von Ioan Mircea Pa°cu und Liviu Mure°an wurden zwei Zivilisten als Staatssekretäre an der Spitze des Verteidigungsministeriums eingesetzt. Beide entstammen Iliescus persönlichem Beraterstab und können nebenbei auch die Kontrolle des Verteidigungsministers durch den Präsidenten gewährleisten. Der Einsetzung eines Zivilisten als Minister hatte sich die Spitze der Armee bis zum März 1994 unter Hinweis auf die Tradition und eine mögliche Gefährdung der Sicherheit des Landes widersetzt.

### *Zweitklassig in die NATO?*

In Rumänien fand im abgelaufenen Jahr 1993 eine lebhafte öffentliche Debatte zu Sicherheitsfragen statt. Im Mittelpunkt stand zwangsläufig die Bündnisfrage. Mit einer gewissen Besorgnis wurde dabei auf die Tatsache hingewiesen, daß in den Äußerungen der meisten westeuropäischen Politiker und Kommentatoren unterschieden wurde zwischen einer Gruppe bevorzugter NATO-Anwärter (den sogenannten Visegrád-Staaten Ungarn, Polen, Tschechien und - aber nicht immer - Slowakei) und einem gestaffelten Feld weiterer Staaten des zerfallenen östlichen Verteidigungsbündnisses und der ehemaligen Sowjetunion, die der NATO nur zu einem späteren Zeitpunkt - wenn überhaupt - beitreten könnten. Rumänien wurde dabei der zweiten Gruppe zugerechnet, nahm aber auch im Classement der Zweitklassigen keinen bevorzugten Rang ein. In der rumänischen Öffentlichkeit hat diese Einschätzung unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Die Skala reicht von Selbstmitleid, Angst und Enttäuschung bis zu einem zuweilen gesteigerten Selbstbewußtsein.

Rumänien, so wurde in der Presse des Landes beklagt, sei aus westlicher Sicht eben nur "ein Land zweiter Klasse". Zwar habe Bukarest im Jahre 1993 außenpolitisch erfolgreich agiert, wie die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens mit der EG, die Aufnahme in den Europarat und die Gewährung der Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA bewiesen. Dies alles könne jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Land in fast allen Fällen als letztes Land Ostmitteleuropas durchs Ziel gegangen sei.<sup>1</sup> Mehrere Kommentatoren lasteten der nachrevolutionären Führung in Bukarest an, mit ihrer Außenpolitik bewußt oder unbewußt auf ein Verharren Rumäniens in den von Moskau beherrschten östlichen Strukturen hingearbeitet zu haben. Dies habe dem Image Rumäniens im Ausland schwer geschadet.<sup>2</sup>

In der Presse wurde viel über angebliche Interessenkoalitionen und -kollisionen der Groß- und Mittelmächte in der Region spekuliert. Man glaubt nicht an ein besonderes Interesse der Vereinigten Staaten an Osteuropa und ist vielmehr davon überzeugt, daß Washington die ehemaligen Staaten des Warschauer Pakts mit Rücksicht auf Moskau nicht in die NATO aufnehmen werde. Wenn es jedoch zu irgendeinem Zeitpunkt zu einer NATO-Erweiterung kommen werde, dann stehe die Reihenfolge fest: Zuerst die Staaten Mitteleuropas und wahrscheinlich niemals jene Osteuropas, wobei diese beiden Begriffe nicht geographisch, sondern eindeutig politisch definiert seien. Das geringe globale Interesse der USA an Ostmitteleuropa erlaube es den europäischen Mächten, die Region in Einflußsphären aufzuteilen. In der rumänischen Presse (wie auch in den Medien anderer Staaten der Region) zirkulierten Presseberichte östlicher und westlicher Provenienz, denen zufolge Rumänien

---

<sup>1</sup> Bogdan Chireac: "Ne vom felicita din nou pentru ultimul loc?" [Werden wir einander erneut wegen des letzten Platzes beglückwünschen?], in: Adevărul, 6.1.1994.

<sup>2</sup> Siehe beispielsweise: Octavian Paler: "Obsesia Yaltei" [Besessen von Yalta], in: România Liberă, 5.10.1993.

von einer solchen angeblich geplanten Abgrenzung von Einflußsphären in zweifacher Hinsicht betroffen wäre: durch Eingliederung in die Einflußsphäre Rußlands einerseits und durch Territorialverluste an Ungarn andererseits.<sup>1</sup> Am Vorabend des Brüsseler NATO-Treffens wurde die Frage aufgeworfen, ob man den Versprechungen des Westens hinsichtlich einer gleichberechtigten Behandlung Rumäniens überhaupt Glauben schenken dürfe.

Im Gegensatz zur veröffentlichten Meinung äußerten sich Vertreter der rumänischen Führung sowie der demokratischen Oppositionsparteien hinsichtlich der erwarteten Ergebnisse des NATO-Gipfels zuversichtlich. Ihre Zuversicht wurde in zunehmendem Maße mit dem Hinweis darauf begründet, daß die geostrategische Bedeutung Rumäniens nach dem Zusammenbruch der *pax sovietica* gewachsen sei. Die Verschärfung der Konflikte im ex-jugoslawischen und ex-sowjetischen Krisenbogen habe nicht nur zu einer zusätzlichen Gefährdung der nationalen Sicherheit Rumäniens geführt, sie habe zugleich auch das Interesse der NATO an "verstärkten sicherheitspolitischen Investitionen" in Rumänien erhöht.<sup>2</sup> Die Ausgrenzung Rumäniens aus dem Kreis der reformwilligen und -fähigen "mitteleuropäischen" Staaten der Visegrád-Organisation will man nicht hinnehmen. Man begegnet ihr mit dem Hinweis, Rumänien habe sich traditionell als ein Land Mitteleuropas verstanden und sei als solches auch jüngst von der Westeuropäischen Union in ihrer Petersberger Erklärung ausdrücklich anerkannt worden. In offiziellen rumänischen Kreisen vertraut man der von Generalsekretär Manfred Wörner geäußerten Zusicherung, die NATO werde keinerlei Differenzierung zwischen den Staaten Ost- und Mitteleuropas vornehmen. "Wir gehen weiterhin davon aus", so der Staatssekretär im Verteidigungsministerium Ioan Mircea Pa°cu, "daß das von Manfred Wörner gegenüber Verteidigungsminister Generalleutnant Nicolae Spiroiu gemachte Versprechen eingelöst wird, Rumänien werde zugleich mit den Staaten der Visegrad-Gruppe in die NATO aufgenommen."<sup>3</sup> Auch die Vereinigten Staaten bestärkten rumänische Vertreter in dieser Haltung, zuletzt während des offiziellen Amerikabesuchs von Außenminister Teodor Mele°canu im Dezember 1993. Ihm sei versichert worden, so Mele°canu nach seiner Rückkehr, daß Rumänien zugleich und gleichauf mit den anderen mittel- und osteuropäischen Staaten am Partnerschaftsprogramm teilnehmen und in Konsultationen über die konkrete Ausgestaltung dieses Programms aktiv einbezogen werde. Mele°canu gab zu, daß Rumänien gerne an dem Treffen Präsident Clintons mit einigen mittelosteuropäischen Staatschefs in Prag teilgenommen hätte. Auch würde man einen Besuch des amerikanischen Präsidenten Clinton in Bukarest sehr gerne sehen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Ilie 4erbănescu: "Occidental ne cam rezervă un loc în CSI" [Der Westen reserviert uns einen Platz in der GUS], in: Tineretul Liber, 13.12.1993.

<sup>2</sup> Rumänien versteht sich als "mitteleuropäisches Land am Rande des Balkans". Diese Bezeichnung, so Außenminister Mele°canu, sei bis zum Zweiten Weltkrieg allgemein üblich gewesen und geopolitisch gerechtfertigt: "Security in Central Europe: A Positive Sum Game", in: NATO Review, Oktober 1993, und Nine o'Clock, 20.10.1993. Zu diesem Thema schrieb Staatssekretär Mircea Ioan Pa°cu: "Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien hat die Aufmerksamkeit auf die Region gelenkt und damit automatisch auch auf die Stellung, die Rumänien darin einnimmt. Noch wichtiger ist aber meiner Meinung nach die Lage Rumäniens in bezug auf Rußland und die Ukraine. Alle Großmächte versuchen zur Zeit, entsprechend der künftigen Entwicklung in dieser Region Position zu beziehen, so gesehen rückt Rumänien in eine zentrale Lage." Interview in: Südosteuropa 10/1993.

<sup>3</sup> Radu Tudor: "Romania se află în compețitie cu Ungaria la poarta NATO" [Rumänien steht im Wettbewerb mit Ungarn vor dem Tor der NATO], in: Evenimentul zilei, 20.9.1993.

<sup>4</sup> Interview mit Teodor Mele°canu in: Romănia Liberă, 29.12.1993.

In der Frage der Option für die Westintegration kristallisierte sich in Rumänien zwischen den demokratischen Oppositionsparteien und der Armeeführung eine klare Übereinstimmung heraus, die auch in den Gremien der NATO Beachtung fand. Im Rahmen der jüngsten Zusammenkunft der Nordatlantischen Versammlung in Kopenhagen demonstrierten Vertreter aller im rumänischen Parlament vertretenen Parteien Einigkeit in dem Bestreben, der festen Absicht Rumäniens, in die NATO einzutreten, Ausdruck zu verleihen.<sup>1</sup> Die bei dieser Gelegenheit erfolgte Ernennung des früheren Premierministers Petre Roman, zur Zeit Vorsitzender der Demokratischen Partei (Front der Nationalen Rettung), zum Rapporteur für Fragen der "Neuen Sicherheitsordnung in Europa" wurde von den Vertretern aller Parteien als ein Sieg der westlich orientierten Reformkräfte interpretiert. Die demokratischen Parteien, so Roman in einem Interview, erhofften sich von dem angestrebten NATO-Beitritt Rumäniens nicht nur ein Mehr an äußerer Sicherheit, sondern auch Schutz für den Ausbau demokratischer Verhältnisse in Rumänien.<sup>2</sup> Sowohl die Demokratische Partei Romans als auch die in der Demokratischen Konvention zusammengeschlossenen Parteien unterstützen die von General Spiroiu gesteuerte Politik der Reformen und der Westintegration ausdrücklich.<sup>3</sup> Um den nationalen Konsens in der Frage der Integration Rumäniens in die westlichen Sicherheitsstrukturen zu unterstreichen, wurde im November 1993 ein sogenannter Nationaler Konsultativrat für die euroatlantische Integration gegründet, dem Vertreter der Regierung und aller im Parlament vertretenen Parteien angehören. Die Option zugunsten eines NATO-Beitritts Rumäniens wird auch von einer Mehrheit der Bevölkerung getragen. Gemäß einer vom Meinungsforschungsinstitut IRSOP in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium durchgeführten und im August 1993 veröffentlichten repräsentativen Umfrage waren 51,37 Prozent der Befragten der Meinung, daß die nationale Sicherheit am besten im Rahmen eines Bündnisses mit der NATO gewährleistet werde.<sup>4</sup>

Einen Konsens gibt es vor allem in der Ablehnung jeglicher Diskriminierung Rumäniens gegenüber den anderen ehemaligen Ostblockstaaten. Für Außenminister Teodor Mele<sup>o</sup>canu würde die Schaffung einer neuen Demarkationslinie in der Region, und sei es auch nur durch eine zeitlich gestaffelte Aufnahme dieser Länder in die NATO, eine neue Quelle der Instabilität für jene Länder bedeuten, deren Aufnahme sich zeitweilig verzögere. Ihre Aufnahme in die NATO zu einem späteren Zeitpunkt würde sie vom Wohlwollen einiger ihrer ehemaligen Alliierten im Warschauer Pakt abhängig machen. Auch könnte eine solche Maßnahme in den betreffenden Ländern selbst ganz allgemein als Zeichen des Desinteresses der NATO interpretiert werden oder, schlimmer noch, als eine Aufforderung, ihre Sicherheitsinteressen anderweitig zu befriedigen. Dies hätte eine Destabilisierung der gesamten Region zur Folge.<sup>5</sup> Auch der rumänische Präsident Ion Iliescu hatte Ende September 1993 seinerseits in Briefen an NATO-Generalsekretär Manfred Wörner und die

---

<sup>1</sup> Radu Bu<sup>o</sup>neag: "Am afirmat categoric vrem intrarea în NATO" [Wir haben kategorisch erklärt: Wir wollen den Eintritt in die NATO], in: Cotidianul, 13.10.1993.

<sup>2</sup> Petre Roman im Gespräch mit der Tageszeitung Cotidianul, 11.10.1993.

<sup>3</sup> Die patriotische Gesinnung der rumänischen Generäle und der Konsens der Rumänen in militärisch-strategischen Fragen hätten NATO-Generalsekretär Wörner am meisten beeindruckt, berichtete Emil Constantinescu, der Vorsitzende der Demokratischen Konvention, nach einem Besuch in Brüssel: Bogdana Păun: "Convenția Democratică sprijină actuala conducere a MApN" [Die Demokratische Konvention unterstützt die gegenwärtige Führung des Verteidigungsministeriums], in: Evenimentul Zilei, 9.11.1993.

<sup>4</sup> Adevărul, 10.8.1993.

<sup>5</sup> Communiqué des rumänischen Außenministeriums nach einem Treffen Außenminister Mele<sup>o</sup>canus mit NATO-Generalsekretär Manfred Wörner, in: Adevărul, 4.9.1993.

Staats- und Regierungschefs der Staaten des westlichen Verteidigungsbündnisses dafür plädiert, allen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten die gleichen Rahmenbedingungen für Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten und sie - wenn überhaupt - nur gemeinsam enger in die NATO einzubinden.<sup>1</sup>

### *Die rumänische Reaktion auf den Brüsseler NATO-Gipfel*

Angesichts der nicht eingetretenen Befürchtungen zeigte sich das offizielle Rumänien mit dem Ergebnis des Brüsseler NATO-Gipfels sehr zufrieden. Das Klassenziel war erreicht: Die Diskriminierung gegenüber den Visegrad-Staaten war vermieden worden, und Rumänien hat die Beziehung zu den NATO-Staaten, insbesondere den USA, nicht durch unerfüllbare Forderungen belastet. Entsprechend positiv klangen die ersten Reaktionen der Führung. In einer ersten Erklärung sprach der rumänische Präsident Iliescu von einer "historischen Entscheidung", wodurch die Sicherheit Rumäniens und der anderen Staaten der Region gestärkt werde. Er betonte das bleibende Interesse Rumäniens, Mitglied der NATO zu werden - ein Ziel, das von den wichtigen politischen Kräften des Landes mitgetragen werde. Rumänien akzeptiere die angebotene "Partnerschaft für den Frieden", in der man eine Vorphase der Integration und eine Form der Vorbereitung auf die Anforderungen der Vollmitgliedschaft in der Allianz sehe.<sup>2</sup> Die rumänische Regierung begrüßte die Einladung zur Teilnahme Rumäniens an dem Partnerschaftsprogramm der NATO ebenso wie der Nationale Konsultativrat für euro-atlantische Integration.<sup>3</sup> Der NATO-Beschluß über die "Partnerschaft für den Frieden", so der Politiker Petre Roman, biete allen Betroffenen Bedenkzeit: den Mitgliedern der NATO, den mittel- und osteuropäischen Staaten, Rußland. Er äußerte Verständnis für die Politik der USA gegenüber Rußland, die darauf hinzielen müsse, den dortigen Demokratisierungsprozeß zu unterstützen, um so dem Wiederaufleben des russischen Militarismus und Hegemonismus entgegenzutreten. Die an Rumänien ergangene Einladung zur NATO-Partnerschaft für den Frieden interpretierte er als Aufforderung nicht nur an die Armee, die konkrete Zusammenarbeit mit der NATO auszubauen, sondern an alle politischen Kräfte des Landes, die demokratischen Strukturen zu stärken. An den Westen richtete Roman die Erwartung, den schwierigen Prozeß des wirtschaftlichen Übergangs im Osten durch Investitionen und die Öffnung der Märkte zu unterstützen.<sup>4</sup>

Im Gegensatz zur uneingeschränkt positiven Reaktion der rumänischen Politiker auf die in Brüssel getroffene Entscheidung der NATO sind die Kommentare der rumänischen Presse zu diesem Ereignis fast einhellig kritisch. Dumitru Tinu, der Chefredakteur der zweitgrößten Tageszeitung *Adevărul*, äußerte sein Unverständnis angesichts des "überbordenden Enthusiasmus der offiziellen rumänischen Erklärungen zum Beschluß. Rumänien habe keinerlei Grund zur Freude, behauptete Tinu. Schließlich sei die angebotene "Partnerschaft für den Frieden" doch bloß ein "Trick der Amerikaner, mit dessen Hilfe der Westen uns erneut dem Willen Moskaus ausliefert". Auch darüber, daß die Visegrad-Staaten und Rumänien die gleiche Behandlung seitens der NATO erfahren hätten,

---

<sup>1</sup> D. Constantin: "Aflute de la pre°edinte in zborul Bratislava-Bucure°ti" [Vom Präsidenten während des Fluges von Bratislava nach Bukarest erfahren], in: *Adevărul*, 27.9.1993.

<sup>2</sup> *Adevărul*, 12.1.1994.

<sup>3</sup> Radio Bukarest, 12. und 14.1.1994.

<sup>4</sup> "Petre Roman despre "Parteneriatul pentru pace." S-a deschis o cale, s-a creat un timp de gândire" [Petre Roman über die "Partnerschaft für den Frieden". Es wurde ein Zugang eröffnet, es wurde Bedenkzeit geschaffen], in: *Azi*, 12.1.1994.



sei Freude nicht angebracht. Der Westen, so Tinu, werde schon Mittel und Wege finden, um diese Staaten dafür zu entschädigen.<sup>1</sup> Die Aussage Manfred Wörners, daß die NATO keinerlei Diskriminierung und Differenzierung praktiziere, daß es aber im Verlauf der künftigen Zusammenarbeit dieser Staaten mit der Allianz sehr wohl zu einem Prozeß der "Selbstdifferenzierung" kommen könne, ist von rumänischen Kommentatoren aufmerksam registriert worden. Die osteuropäischen Staaten, so heißt es, seien nun in einen neuen Wettlauf auf dem Gebiet der Demokratisierung, der wirtschaftlichen Umgestaltung und der Modernisierung ihrer Streitkräfte eingetreten. Der politische Wille dazu, so wird betont, werde aber nicht ausreichen; möglicherweise würden am Ende finanzielle Kriterien über den Grad der künftigen Zusammenarbeit eines jeden Landes mit der NATO und damit über seine künftigen Integrationschancen entscheiden.<sup>2</sup>

Die Pressekommentare verdeutlichen, was das gegenwärtige hektische Ringen um neue Mehrheiten und Koalitionen im rumänischen Parlament widerspiegelt: Auf dem Feld der Innenpolitik ist der Kampf um die Schaffung der politischen, rechtlichen und materiellen Voraussetzungen für eine künftige NATO-Integration Rumäniens bereits in vollem Gange.

Vertreter der nationalkommunistischen Parteien starteten in der Presse eine beispiellose Schmutzkampagne gegen Verteidigungsminister Spiroiu. Unter dem Vorwand, dem westlichen Drängen nach der Ernennung eines zivilen Verteidigungsministers nachzugeben, ersetzte Präsident Iliescu ihn Anfang März 1994 mit Gheorghe Tinca - einem Zivilisten mit langjähriger Erfahrung als Abrüstungsexperte im Auswärtigen Amt, dem allerdings enge Beziehungen zu Geheimdienstkreisen nachgesagt werden.<sup>3</sup> Eben diese Kreise hatten intensiv an der Demontage des früheren Verteidigungsministers mitgewirkt. Damit dürfte die Stellung von Generalstabschef Dumitru Cioflinã innerhalb der rumänischen Streitkräfte aufgewertet worden sein.<sup>4</sup>

Es stellt sich die Frage, ob und welche Auswirkungen die Ablösung des betont westfreundlichen Verteidigungsministers Spiroiu auf die künftige Außen- und Sicherheitspolitik Rumäniens haben wird. Auffallend ist, daß der russische Verteidigungsminister Pawel Gratschow Rumänien vom 28.-30. März seinen zuvor mehrfach verschobenen Besuch abstattete. Tinca und Gratschow unterzeichneten ein auf fünf Jahre ausgelegtes Abkommen über militärische Zusammenarbeit. Während man auf rumänischer Seite bemüht war, die Bedeutung dieses Besuchs herunterzuspielen und das geschlossene Abkommen als eine von vielen bilateralen Vereinbarungen über militärische Zusammenarbeit darzustellen, die Bukarest seit der Wende getroffen habe, wollte Gratschow seine offizielle Visite als ein Ereignis von großer, über den militärischen Bereich weit hinausreichender politischer Bedeutung verstanden wissen. Die "Entfremdung", die in den bilateralen Beziehungen nach der Wende in Rumänien und dem Zerfall der Sowjetunion eingetreten sei, müsse nun überwunden werden.

---

<sup>1</sup> Dumitru Tinu: "Parteneriat pentru confort" [Partnerschaft fürs Wohlbefinden], in: Adevãrul, 14.1.1994.

<sup>2</sup> Andrei Bãrsan: "Acum, est-europenii sunt (mai) aproape de portile NATO" [Jetzt stehen die Osteuropäer noch näher vor den Toren der NATO], in: Cotidianul, 14.1.1994; Romulus Cãplescu: "'Parteneriatul pentru pace' la modul concret" [Konkretes zur "Partnerschaft für den Frieden"], in: Adevãrul, 12.1.1994.

<sup>3</sup> Siehe die offizielle Erklärung der Demokratischen Partei Petre Romãns, veröffentlicht in: Romãnia Liberã, 19.3.1994; Cornel Dumitrescu, "Armata romãnã sub controlul securitãþii" (Die rumänische Armee unter der Kontrolle des Geheimdienstes), in: Romãnia Liberã, 15.3.1994.

<sup>4</sup> Dorina Bãe°u, "Gheorghe Tinca a lucrat în spionaj" (Gheorghe Tinca hat in der Spionage gearbeitet), in: Romãnia Liberã, 9.3.1994.

Im rumänischen Außenministerium hatte man wenige Tage vor Gratschows Eintreffen Besorgnis über das Ausgreifen Moskaus auf den Balkan und dessen Versuch geäußert, die russische Militärpräsenz auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion international absegnen zu lassen. Man fürchtete, daß Rußland die von der NATO angebotene "Partnerschaft für den Frieden" als neuen Rahmen für die Rückgewinnung bzw. Absicherung seiner alten Einflußzonen mißbrauchen könnte.<sup>1</sup> Der Besuch Gratschows hat diese Befürchtungen wohl nicht zerstreuen können. Die veränderte geostrategische Lage, so Gratschow bei einer Pressekonferenz, fordere von Rußland erhöhte Anstrengungen auf der Suche nach neuen Wegen für die Gewährleistung seiner nationalen Sicherheit. Er postulierte das Recht Rußlands auf Einflußnahme in der Region - "auf zivilisierte Art und Weise", wie er sagte.<sup>2</sup> Auch ließ er keinen Zweifel daran, daß die enge Annäherung Rumäniens an die euroatlantischen Sicherheitsstrukturen aus Moskauer Sicht nicht wünschenswert sei. Die besondere Sorge Moskaus galt dabei der möglichen Einrichtung von NATO-Stützpunkten auf rumänischem Territorium. Zur gleichen Zeit wie Gratschow besuchten auch Vertreter der NATO Rumänien, um Möglichkeiten für die Einrichtung solcher Stützpunkte im Bereich des Donauhafens Sulina zu erkunden.

## **Serbien**

von Hans-Joachim Hoppe

### *Bedrohte Serben?*

Die serbische Nationalideologie aktiviert zur Legitimation ihres Herrschaftsanspruchs über Ex-Jugoslawien vielfältige Bedrohungsängste und greift, wie etwa Präsident Milošević am 28. Juni 1989 in seiner Rede zum 600. Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld, auf uralte Mythen und Legenden zurück.

In der serbischen Volksdichtung wird ein tiefes Bedrohungsgefühl tradiert und zugleich die brutale Gewalt verherrlicht: So wird im Wolfsmythos der Wolf als serbisches Totemtier weniger als reißendes Raubtier denn als der verfolgte, geschlagene "lahme Wolf" dargestellt; im Kosovo-Mythos wird die Niederlage von 1389 zum "heiligen Krieg" gegen den "heidnischen Erzfeind", die Osmanen, verklärt; der Königssohn Marko, der berserkerhaft seine Ehre und seinen Besitz verteidigt, wird zum Vorbild; die Hajduken, blutrünstige Straßenräuber, avancieren im Kampf gegen die Türken zu nationalen Helden. Der Komplex des Geschlagenen entlud sich im Verlangen nach Vergeltung am Erzfeind, an allen Abtrünnigen und "Verrätern". Die Erinnerung an die einstige Größe, die jahrhundertlang Fremdherrschaft überdauerte, wurde seit dem 19. Jahrhundert zum politischen Programm erhoben mit der Verpflichtung zur Wiederherstellung des serbischen Großreichs. Der Anspruch auf Vorherrschaft auf dem Balkan gründet sich zudem auf den Status der Serben als größtes südslawisches Volk und die Rolle Serbiens im 19. Jahrhundert als erster selbständiger Staat und Kern der Vereinigung der Südslawen; der politische Anspruch wird durch die Rolle Serbiens als

---

<sup>1</sup> ul., "Bukarest befürchtet Ost-West-Konfrontation auf dem Balkan", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.3.1994.

<sup>2</sup> Radio Bukarest, 30.3.1994.

Vorposten der orthodoxen Christenheit gegenüber dem Islam und dem Katholizismus religiös legitimiert.<sup>1</sup>

Das nach dem Ersten Weltkrieg gegründete Jugoslawien war ein verbrämtes Großserbien; auch in Tito-Jugoslawien hatten die Serben eine führende Stellung, obwohl die heutige serbische Propaganda das Gegenteil behauptet. In den achtziger Jahren begannen die serbischen Kommunisten u.a im berühmten Akademie-Memorandum von 1986<sup>2</sup> mit einer Umwertung der Tito-Ära: So habe Tito mit der Verfassung von 1974 Serbien durch die Abspaltung der autonomen Gebiete (Vojvodina und Kosovo) schwächen wollen; die westlichen Republiken Slowenien und Kroatien beschuldigten sie, die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Serbiens durch eine antiserbische Politik in Jugoslawien zu behindern. Dokumentationen über die Verfolgung der Serben in Kroatien und Kosovo suggerierten ihre Benachteiligung, obwohl sie in den Republiken und Regionen Schlüsselstellungen in Politik, Wirtschaft, Militär und Verwaltung einnahmen, die sie nicht räumen wollten. Die Bestrebungen der Republiken nach mehr Selbständigkeit (zunächst im Rahmen der jugoslawischen Föderation) sahen sie als Bedrohung ihrer privilegierten Stellung an. Sie akzeptieren nicht, daß die Serben als größtes Volk (8 Mill.) nicht in einem Staat Jugoslawien, sondern ähnlich wie die Russen verstreut in verschiedenen Republiken als Minderheit leben. Die Demokratisierungs- und Föderalisierungsbestrebungen der anderen Republiken beantworteten sie mit der Forderung nach Verstärkung der Belgrader Zentrale und Straffung der Föderation.

Auf die Sezession der westlichen Republiken reagierte die Führung in Belgrad mit Waffengewalt unter Nutzung ihrer führenden Stellung in der jugoslawischen Armee. Die Intervention gegen Slowenien und Kroatien erfolgte zunächst unter dem Vorwand der Erhaltung Jugoslawiens, in einer späteren Phase zur Durchsetzung großserbischer Ziele. Wie schon 1990 die angebliche Bedrohung der Serben im Kosovo als Vorwand für die Beseitigung der Autonomie und Unterdrückung der albanischen Bevölkerung diente, wurde diesmal die angebliche Bedrohung der Serben in Kroatien und Bosnien-Herzegowina als Rechtfertigung für die Intervention und Sezession. Dabei wurde gegenüber Kroatien die Gefahr eines neuen Faschismus (in der Tradition des Ustaša-Staats 1941-1945) und gegenüber den bosnischen Moslems die Gefahr des Fundamentalismus hochgespielt. Letztlich dient die Bedrohungstheorie (neben dem Selbstbestimmungsrecht) der Legitimation für die Vereinigung aller Serben in einem Staat und die serbische Dominanz im Raum Ex-Jugoslawiens ohne Rücksicht auf die Rechte der anderen dort lebenden Völker und Nationalitäten.

Unter der Parole "Alle Serben in einem Staat" solle den neuen Desintegrationsprozessen, denen die in den anderen "fremden" Republiken lebenden Serben ausgesetzt seien, entgegengewirkt werden. Nachdem die Serben sich in der bisherigen Geschichte in katholische Slowenen und Kroaten, muslimische Bosnier und die von Tito erfundenen Makedonier gespalten hätten, müsse nun einer weiteren in West- und Ostserben, in Serben und Montenegriner, in (eigentliche) Serben und "Serbijanzen" vorgebeugt werden. Der Unitarismus treibt bei einigen Vordenkern kuriose Blüten, in der Weise, daß sogar regionale sprachliche und kulturelle Besonderheiten der Serben außerhalb

---

<sup>1</sup> Siehe Reinhard Lauer, Serben und Kroaten in Gegenwart und Geschichte, in: Schriftenreihe des Niedersächsischen Landtags, Heft 22, Hannover 1994.

<sup>2</sup> Siehe das "Memorandum" SANU, in: Izvori velikosrpske agresije, Zagreb 1991.

Serbiens gleichgeschaltet werden sollen.

Die Fiktion "unabhängiger" Republiken außerhalb Serbiens - in der Krajina, in Bosnien und möglicherweise auch in Montenegro - ist offensichtlich nur ein Übergangsstadium bis zur Schaffung eines Großserbiens, das nach Belgrader Vorstellungen allein den Serben die Sicherheit, wirtschaftliche Prosperität und den nötigen "Lebensraum" garantieren könne. Dabei strebt Belgrad aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht nur nominell, sondern auch rechtlich die Nachfolge Jugoslawiens an.<sup>1</sup>

### *Bedrohte Nationalitäten*

Viel zu lange hielten die Führungen in Kroatien und den anderen Republiken an der jugoslawischen Idee fest, bis ihnen klar wurde, daß sie von den serbischen Kommunisten rücksichtslos für ihre Zwecke mißbraucht wurde. Nach dem Abfall von Slowenien und Kroatien wurde auch für Bosnien-Herzegowina und Makedonien angesichts der im verkleinerten Jugoslawien gewachsenen serbischen Position ein Verbleiben unhaltbar. Während Belgrad Makedonien kampflos räumte, provozierte es in Bosnien einen verheerenden Krieg, bei dem es durch Eroberungen 70 % des Territoriums gewann und durch ethnische Säuberungen die Bevölkerungsstruktur zu seinen Gunsten änderte.

In dem nur noch aus Serbien und Montenegro bestehenden Restjugoslawien verschlechterte sich durch das überwältigende serbische Übergewicht die Situation der Minderheiten zusehends. Nach dem Verlust ihrer potentiellen Verbündeten in den anderen Republiken und der Aufhebung der Verfassung von 1974 waren sie der Belgrader Repressionspolitik, verbunden mit Maßnahmen zur Serbisierung, nahezu schutzlos ausgesetzt. Während Belgrad im Hinblick auf die Beziehungen zu Ungarn auf die maßvollen Autonomiewünsche in der Vojvodina einzugehen bereit scheint, lehnt es die Autonomieforderungen der Moslems im Sandžak und die Unabhängigkeits- wie auch die Vereinigungsbestrebungen der Albaner im Kosovo mit Albanien aus historischen, wirtschaftlichen und politischen Gründen brüsk ab. Beim Sandžak und Kosovo handele es sich außerdem um urserbisches Gebiet, das zusammen mit dem heutigen Montenegro Kern ihres mittelalterlichen Reiches und des serbischen Patriarchats gewesen sei. Zudem würde ein unabhängiges Kosovo, erweitert durch drei weitere albanische Bezirke an der makedonischen Grenze, den serbischen Zugang nach Süden nur auf einen schmalen Korridor beschränken. Die Albaner wiederum pochen auf ihre älteren Rechte als autochthones Volk sowie auf ihre überwältigende Majorität mit ca. 90 %; wegen der serbischen Repressionspolitik halten sie ein Verbleiben im Verband Serbiens oder in einem serbisch beherrschten Jugoslawien, wie es wohl von den Mächten favorisiert wird, für unannehmbar. Auf die serbische Zwangsadministration reagierten sie mit Boykott und der Errichtung einer Schattenrepublik mit einem in eigener Regie geführten Bildungs- und Gesundheitswesen sowie mit der Forderung nach sofortiger Unterstellung Kosovos unter ein UN-Protectorat.<sup>2</sup> Noch mehr als Ko-

---

<sup>1</sup> Sabrina P. Ramet, *Nationalism and Federalism in Yugoslavia 1962-1991*, Bloomington/Indianapolis 1992; siehe auch Mojmir Križan, *Nationalismen in Jugoslawien. Von postkommunistischer Emanzipation zum Krieg*, in: *Osteuropa*, 2/1994, S. 121-140; Stan Markotich, *Serbian President Focuses on Creating a Greater Serbia*, in: *RFE/RL Research Report*, 30, 29.7.1994, S. 11-16.

<sup>2</sup> Stan Markotich, *Vojvodina: A Potential Powder Keg*, in: *RFE/ RL Research Report*, 46, 19.11.1993, S. 13-18; Patrick Moore, Fabian Schmidt, *Possible Ways Out of the Deadlock Over Kosovo*, a.a.O., vol. 3, no. 15, 15.4.1994, S. 7-9; zum Protectorat Erklärung Rugovas in: *Rilindja*, 22.11.1994, S. 1.

sovo hat Sandžak für Serbien eine enorme strategische Bedeutung als Verbindung zu Montenegro und damit zur Adria; zugleich fürchtet es die potentielle islamische Barriere, die ein autonomes Sandžak als Bindeglied zwischen Bosnien und Kosovo quer durch Restjugoslawien errichten könnte. Hinzu kommt die Furcht vor islamischer Überfremdung: laut demographische Berechnungen dürfte sich der Anteil der Moslems und Albaner allein in Restjugoslawien dramatisch erhöhen.<sup>1</sup>

Die Serben in Restjugoslawien sehen sich aber nicht nur durch die Sezessions- und Sonderwünsche der verbleibenden Minderheiten gefährdet, sondern auch durch Dissenz zwischen den beiden Kernrepubliken Serbien und Montenegro. So sieht Montenegro seine kulturelle und politische Eigenständigkeit durch die Bemühungen Serbiens bedroht, die kleine Republik zu einer gewöhnlichen administrativen Einheit herunterzustufen und seiner direkten Kontrolle zu unterstellen. Mit Mißtrauen betrachtet Belgrad die eigenständige Politik Montenegros, die es als Vorstufe zu einer möglichen Sezession wertet: die Anzeichen einer Distanzierung der Montenegriner von Belgrad, die für dessen kriminellen Machenschaften nicht länger mit Sanktionen mitbestraft werden wollen, die flexiblere Außenpolitik Montenegros mit ihren Bemühungen um bessere Beziehungen zur EU, zu Italien, Kroatien und Albanien, die größere Konzilianz in der Innenpolitik insbesondere gegenüber ethnischen Minderheiten (Albaner, Moslems). Das eigene Außen- und Verteidigungsministerium versuchte Belgrad mit Tricks abzuschaffen, die integrative Politik durch Provokationen in den ethnischen Mischgebieten (an der Küste und im Sandžak) zu stören und durch seine starke militärische Präsenz in der Bucht von Kotor Druck auszuüben. Gegen die Bevormundungsversuche Belgrads wehrt sich Präsident Bulatoviæ, gestützt auf eine breite liberale Parteienkoalition und die inzwischen wieder gegründete Montenegrinische Orthodoxe Kirche. Der montenegrinische Oppositionsführer Novak Kilibarda hielt der Belgrader Führung wiederholt vor, unter dem Deckmantel der serbischen Einheit und Standardisierung der serbischen Schriftsprache ein zentralistisches Regime im gesamten serbischen Siedlungsraum einrichten zu wollen.<sup>2</sup>

### *Mangelndes Bedrohungsgefühl*

Daß die Serben mit ihrer Eroberungspolitik so erfolgreich waren, liegt nicht etwa am Empfinden einer tatsächlichen oder vermeintlichen Gefährdung, sondern im Gegenteil an ihrem mangelnden Bedrohungsgefühl sowohl gegenüber seinen Nachbarn als gegenüber der internationalen Gemeinschaft! Gestützt auf die hochgerüstete, inzwischen fast völlig serbisierte Jugoslawische Volksarmee fühlen sie sich mit Recht allen anderen Völkern und Nationalitäten in Ex-Jugoslawien waffentechnisch weit überlegen. Zudem profitier(t)en sie von der Uneinigkeit ihrer Gegner, dem Zwist zwischen Kroaten und Moslems, der Zerstrittenheit unter den Moslems selbst, wie die Kämpfe zwischen den Gefolgsleuten Abdiæ und den bosnischen Regierungstruppen bei Bihæ zeigten, und schließlich von der Passivität und Schwäche der Albaner. Vor der internationalen Gemeinschaft, sei es UNO, NATO, EU oder sonstigen Organisationen wie auch vor den einzelnen Mächten scheinen sie jeden Respekt verloren zu haben: die von der internationalen Gemeinschaft vermittelten Waffenstillstandsvereinbarungen wurden immer wieder gebrochen und die Friedenpläne nie

<sup>1</sup> Fabian Schmidt, The Sandzak: Muslims between Serbia and Montenegro, RFE/RL Research Report, 6, 11.2.1994, S. 29-35.

<sup>2</sup> James Gow, Serbia and Montenegro: Small "FRY", Big Trouble, in: RFE/RL Research Report, 1, 7.1.1994, S. 127-134.

umgesetzt; die verhängten Sanktionen erfolgten zu spät und hatten nur begrenzte Wirkung, und als das verschärfte Embargo im Sommer 1994 die Belgrader Führung schließlich zum Einlenken zu veranlassen schien, verstand es Milošević, durch taktische Manöver - zur Schau getragene Friedensliebe und Distanzierung von den bosnischen Serben - politische Zugeständnisse zu vermeiden und zugleich eine Lockerung der Sanktionen gegen Restjugoslawien zu erreichen. Das Flugverbot über Bosnien sowie vereinzelte Bombardierungen serbischer Stellungen hatten kaum Effekt auf den Vormarsch der Bodentruppen; wie die kürzlichen Ereignisse um Bihać zeigen, sind die Mächte noch nicht einmal bereit und in der Lage, die proklamierten Schutzzonen zu verteidigen. Die Serben wissen, daß die internationale Öffentlichkeit trotz ihrer Empörung über die serbische Kriegsführung, die Kriegsverbrechen sowie die Zustände in den Konzentrations- und Gefangenenlagern nicht bereit ist, den westlichen Regierungen das Mandat für eine direkte militärische Intervention zu geben. Zudem können die Serben auf die Uneinigkeit der Mächte spekulieren: So scheinen klassische Interessenkonflikte zwischen den Mächten wieder aufzutreten, daß Rußland, England und Frankreich ein Großserbien unterstützen, Deutschland eher Slowenien und Kroatien und die USA die Moslems. Die Folge ist, daß die beteiligten Mächte sich im Rahmen der ohnehin schwerfälligen Mechanismen zwischen NATO, EU und UNO nur auf einen "kleinen gemeinsamen Nenner" einigen können - im wesentlichen auf "friedensstiftende" und humanitäre Aktionen, und kein Handeln ohne UN-Mandat. Anders als im Irak sehen die Westmächte in Jugoslawien seitens Serbien offenbar nicht ihre vitalen Interessen bedroht; außerdem hat offenbar die "Harmonie" zwischen den Mächten Vorrang: Deutschland will innerhalb der NATO und EU die anderen Partner nicht brüskieren, die Westmächte insgesamt wiederum wollen das Verhältnis zu Rußland nicht trüben. Wegen der Interessengegensätze konnten die USA bis jetzt noch nicht die Aufhebung des Embargos gegen die Moslems durchsetzen. Und weder die USA noch ihre Bündnispartner in der NATO waren bisher bereit, 50-100.000 Mann nach Bosnien zu entsenden, die laut Experten dort zur Durchsetzung des Friedensplans der Kontaktgruppe erforderlich seien.<sup>1</sup>

### *Freunde und Feinde*

Von der serbischen Propaganda wird Deutschland zum Hauptfeind hochstilisiert mit angeblichen Ambitionen eines "Vierten Reiches" im Bunde mit Österreich, Slowenien und dem "faschistischen" Kroatien, das seinen im Zweiten Weltkrieg begonnenen Genozid an den Serben zu vollenden trachte. Einige serbische Theoretiker versteigen sich darüber hinaus in so absurde Ideen wie eine Weltverschwörung des Vatikans und der USA gegen Serbien.<sup>2</sup> Andererseits werden die katholischen Kroaten zum gemeinsamen Kampf gegen die islamische Gefahr aufgerufen. Tatsächlich ist das Engagement der islamischen Staaten in Bosnien auf diplomatische und materielle Hilfe und die Entsendung von Friedenstruppen begrenzt; die Zahl islamischer Kämpfer soll ca. 1.000 nicht übersteigen; und auch die Türkei als säkularer Staat hält sich nicht zuletzt mit Rücksicht auf die EU zurück. Daß die Serben es dabei mit ihren Feindvorstellungen nicht so genau nehmen, zeigen Kontakte zum (islamischen) Irak und anderen Gegnern der USA sowie zu möglichen Partnern und

---

<sup>1</sup> Günther Wagenlehner (Hrsg.), Konflikte, Konfliktlösung und Friedenssicherung in Südosteuropa, Südosteuropa aktuell 17, SOG München 1994; Patrick Moore, Bosnian Partition Plan Rejec-ted, in: RFE/RL Research Report, 33, 26.8.1994, S. 1-13.

<sup>2</sup> Ramet, Nationalism and Federalism, S. 224ff., 253ff.

Geschäftemachern unter Kroaten, Moslems und Albanern.<sup>1</sup>

Als wichtigster Freund der Serben gilt Rußland, dessen Diplomatie trotz der Abstimmung mit dem Westen auf die starke proserbische Lobby und die russischen Nationalisten Rücksicht nehmen muß. Dabei beschwört Belgrad den Gedanken einer neuen slawisch-orthodoxen Allianz, erweitert durch das orthodoxe Rumänien und Griechenland. Letzteres scheint auch in der NATO und der EU sowie durch seine aggressive Haltung gegenüber Makedonien und Albanien die Belgrader Politik zu sekundieren. Rumänien und Bulgarien sind trotz ihrer Vorbehalte gegenüber der serbischen Kriegspolitik an einer Aufhebung des Handelsembargos interessiert; auch Ungarn, das der NATO Stützpunkte zur Überwachung des Luftraums über Jugoslawien (nicht aber für Bombardements) überläßt, verhält sich in Sorge um die ungarische Minderheit in der Vojvodina konzilient. Die Stationierung von US-Truppen in Makedonien ließ den Belgrader Respekt gegenüber der von ihm noch nicht anerkannten abtrünnigen Republik wachsen; im Süden gilt Albanien wegen des Kosovo-Problems und der großalbanischen Strömungen sowie der engen Verbindungen zur NATO als Hauptgegner, obwohl Belgrad wegen der Vorbehalte der EU und wegen der Geländeschwierigkeiten im Nordosten eine Unterstützungsaktion für einen Aufstand im Kosovo nicht zu befürchten braucht. Die Hauptbasis für NATO-Luftaktionen ist das "faschistische" Italien, dessen Differenzen mit Slowenien und Kroatien Belgrad zu schüren trachtet. Verbreitet ist die Ansicht, daß Serbien unter den Westmächten vor allem England als treuen Freund ansehen könne, dessen Elite die Serben als größtes staatsbildendes und auserwähltes Volk (nebeski narod) auf dem Balkan schätze, das berufen sei, die anderen Völker im jugoslawischen Raum zu beherrschen und damit zusammen mit England ein Gegengewicht zu Deutschland zu bilden.<sup>2</sup>

Wie auch immer die Freund-Feind-Konstellation von den Serben gesehen werden mag, das großserbische Programm bedroht potentiell fast alle "Nachbarn" Restjugoslawiens und sogar Belgrads "besten Freund" Griechenland mit Ansprüchen auf ganz Makedonien bis Saloniki, womit es auch Englands Interessen tangieren würde (siehe Karte S. 6).

### *Dissidenten und Kritiker*

Das großserbische Programm wird von einer breiten Öffentlichkeit, der Serbisch-orthodoxen Kirche und den wichtigsten Parteien im Belgrader Parlament mitgetragen, wobei die ultranationalistischen Radikalen Milošević noch zu übertreffen suchen. Auch die "demokratische" Opposition um den ideologisch wankelmütigen Vuk Drašković und andere Parteiführer bedient sich aus Überzeugung und im Hinblick auf die Wählerschaft nationaler Parolen. Und der 2. Kongreß der serbischen Intellektuellen in Belgrad im April 1994 erweckte - bis auf vereinzelte Stimmen - den Eindruck der Einmütigkeit.<sup>3</sup> Offenbar ist das Potential an echten Oppositionellen und Dissidenten in Serbien erheblich geschwunden, nachdem ein Großteil der Intelligenz - schätzungsweise 100.000 - ins Ausland emigriert ist; auf Unzufriedenheit mit der offiziellen Linie lassen auch gelegentliche Protestaktionen und eine wachsende Zahl an Deserteuren schließen. Leider ist der Kreis derer sehr

<sup>1</sup> Patrick Moore, Islamic Aspects of the Yugoslav Crisis, in: RFE/RL Research Report, 28, 10.7.1992, S. 37-42.

<sup>2</sup> Stan Markotich, Patricia Moy, Political Attitudes in Serbia, in: RFE/RL Research Report, 15, 15.4.1994, S. 33-36.

<sup>3</sup> Stan Markotich, Serbian Intellectuals Promote Concept of "Greater Serbia", in: RFE/RL Research Report, 23, 10.6.1994, S. 18-23; Berichte in Borba, 22.4.1994, Politika, 23.4.1994 und NIN, 29.4.1994.

klein, die wie einige Liberale und Bürgerrechtler glauben, daß die von der serbischen Propaganda beschworenen Bedrohungsvorstellungen der Beseitigung der Unabhängigkeit der anderen Republiken, der Rechtfertigung der chauvinistischen Propaganda, der Kriegspolitik nach außen und der Repression nach innen und damit der Festigung des autoritären Regimes in Serbien dienen. Durch die künstliche Hervorrufung der Konflikte und des Kriegsnotstandes werde in Serbien die demokratische Entwicklung eingefroren und Opposition als Verrat unpatriotisch hingestellt, da sie das nationale Programm beeinträchtigt. Eine Lösung des interethnischen Konflikts sei aber allein durch Toleranz, Garantie der Bürger- und Minderheitenrechte und eine wirkliche Demokratisierung Jugoslawiens/Serbiens möglich:

"Es gibt Prioritäten, die das Leben setzt, die durch nationale Demagogie, Religion oder Ideologie nur vernebelt werden können: wichtiger als Serbe ist es, Mensch zu sein, wichtiger als das Vaterland ist das Haus, wertvoller als der Staat ist die Freiheit."

Serbischer ethnischer Kernraum und "Großserbien"\* Quelle: Kroatien zwischen Krieg und Selbständigkeit, Zagreb 1991, S. 25.

---

<sup>1</sup> n Siehe Kosovski èvor: drešiti ili seæi? Izveštaj nezavisne komisije, Beograd 1990, S.155-157; Zitat aus Republika (Novi Sad), 1-15.9.1994, S. 17.



**Gerhard Wettig (Ed.)**

**Conceptions of Security and Threat in South-East Europe**

Sonderveröffentlichung des BIOst 1995

Summary

### **Introductory Observations**

*In the theatre of international relations, it is eminently important to appreciate the extent to which the player states feel threatened, in what way and by whom. These conceptions of being threatened, in turn, largely depend on how the players define their own security, i.e. what they consider essential to their own existence and thus what they consider worthy of protection at all cost. From these conceptions of threat on the one hand and conceptions of security on the other, each state decides which efforts it has to undertake to guarantee its external security. These efforts are not restricted to military activities or to membership of alliances which promise mutual assistance, they also include everyday political, economic, ecological and other precautionary measures. All these issues may be the subject of differences of opinion or at least differences of accentuation between the various political forces in any country. These differences must also be taken into account in the external observer's picture of that country. These are the basic considerations underlying the brief studies on conceptions of security and threat on the Balkans presented in this compendium.*

### **Findings**

- 1. The Serb wars of aggression in the former Yugoslavia have given rise to diverse conceptions of threat not only in the acutely threatened countries of Croatia and Bosnia and Herzegovina but also in the broader region, especially in Macedonia.*
- 2. Paradoxically, the people of Serbia also feel threatened. This is the result of the hyping of actual and imaginary dangers which on the one hand are associated with Serbia's own aggressive behaviour and on the other serve to justify that same behaviour.*
- 3. The discrepancy between the power of threat which Serbia wields and even employs against its neighbours and the fears of threat on the part of others to which the country itself claims to be exposed is enormous: at present there is no state nor any group of states that is offering decisive resistance to Serb expansion.*
- 4. Croatia feels inadequately supported by the West in its defensive battle against Serbia. This is Zagreb's official reason for the Croatian president's various controversial attempts to strike a deal with Belgrade, but there is at least some substance to the viewpoint that sees Croatia's weakness in the face of the Serb aggressor as being essentially attributable also to*

*the lack of solidarity shown by Croatia towards other victims of Serb aggression, in particular towards the moslems in Bosnia and Herzegovina.*

- 5. Macedonia has up to now been able to present itself as an "oasis of peace" and a model of multi-ethnic symbiosis in the region but is very much aware of the dangers associated with its exposed and difficult position. The status quo at present appears to be above all the result of the Serbs having other goals to concentrate on and of the presence of American military observers.*
- 6. The Romanian leadership, in the wake of the disintegration of the Warsaw Pact, at first sought support and protection from the Soviet Union, which was still in existence at that time. But when Moscow's "inner empire" likewise collapsed, Moldova with its largely Romanian population gained a precarious independence, while at the same time Romania's relations with its Serb neighbours deteriorated as a result of growing uncertainties, some and later most politicians in Bucharest came to see a turn towards NATO as an escape route from isolation and insecurity.*
- 7. Following the demise of the communist regime, Bulgaria endeavoured to cast off the animosity it had cultivated against Turkey up to that time and to build up good relations with all its neighbours based on the principle of equidistance. In the meantime, however, anti-Turk and pro-Greek tendencies are becoming more noticeable, and at the same time prominent political forces see their country's peace as being latently threatened by the possible repercussions of policies being pursued by Athens and Belgrade.*
- 8. Albania, having got rid of its communist regime and emerged from its decades of self-imposed isolation, is now confronted with an extremely unsettled and possibly even perilous geopolitical environment, against which it is seeking refuge and support in the West.*
- 9. The external challenges facing Macedonia are being seriously exacerbated by the hostile attitude maintained by Greece. Athens was not content merely to dispute the legitimacy of its neighbour's name and thus its identity as a state, and to oppose Skopje's endeavours to gain international recognition; it has even gone so far as to push the Macedonian economy to the brink of disaster by denying it access to the Greek port of Saloniki.*
- 10. With its far-reaching national ambitions, Greece has manoeuvred itself into a position of bitter antagonism not only with Turkey but also with Macedonia and Albania and is attempting to counter-act the adverse impact of these animosities by establishing ties with "enemies of my enemy" - especially with Bulgaria (albeit with limited success), with Serbia and, if possible, with Russia. The case of Greece, too, serves to illustrate how threatening behaviour towards others is likely to backfire into perceptions of being threatened oneself.*